

Samstag, 8. Juni 1985... Sichere Existenz... Kapital gesucht... Bauland... INSHÄUSE... Saarland... Berlin-Stegh... Fischerhof... Alte Mühle... Berlin... Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

TAGESSCHAU

POLITIK

Schüler: Bei gestiegenen Anforderungen an die Schüler ist das Leistungsprofil an deutschen Schulen immer uneinheitlicher geworden. Die Durchschnittsnoten der Abiturkassen sind länderweise nur noch schwer vergleichbar, wurde auf einer Tagung der Hermann-Ehlers-Akademie in Berlin festgestellt. (S. 7)

Vertrag: Als erster französischer Regierungschef reist Premier Fabius heute zu einem offiziellen Besuch in die „DDR“. (S. 10)

Flucht: Ohne Zwischenfall konnten drei junge Tschechoslowaken am Wochenende über die Grenze nach Bayern flüchten.

Dialog: Die Außenminister der EG haben bei ihrem informellen Treffen im italienischen Stress im Prinzip eine Empfehlung Italiens zugestimmt, mit dem Wirtschafts- und Sozialpakt der kommunistischen Staaten, BGW, einen formlosen Dialog aufzunehmen.

WELT-Serie Länderchefs: Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie die Politiker „zum Anfassen“ oder mehr das Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat ihnen beim Regieren zugehört. Im zehnten Beitrag dieser Serie porträtiert er den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Seite 6

WIRTSCHAFT

Umwelt: Die westlichen Industriestaaten haben signifikante Fortschritte bei der Lösung der Umweltschutzprobleme erzielt, stellt die OECD fest. Jedoch müßten die Verunreinigungen der Luft und des Wassers sowie der Lärm noch stärker bekämpft werden. (S. 11)

Ötmarkt: Die Lage entspannt sich weiter, meldet die Internationale Energieagentur. Bei sinkender Nachfrage nehme das Angebot von allen der UdSSR zu. (S. 11)

Sowjetunion: Trotz der Bemühungen der neuen Führung, die

ZITAT DES TAGES

„Eine Partei, die in ihrem Kern industriefeindlich und damit arbeitnehmerfeindlich ist, kann nicht Verhandlungs- und Bündnispartner für die Gewerkschaften sein.“ Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau und SPD-Bundestagsabgeordneter, über die Grünen (S. 4)

KULTUR

Oper: Von Jules Massenot haben sich drei Opern fast ins Repertoire einbürgern können: „Manon“, „Werther“ und „Don Quixote“. Einen Erfolg landete das Opernhaus von Lüttich jetzt auch mit einer aufwendigen Inszenierung von Massenot, seit Menschengedenken nicht mehr gespielter „Hérodiade“. (S. 17)

SPORT

Nationalfeil: Der zum Spieler der Fußball-Saison gewählte Ludwig Kigel von Bayern München wurde von Teamchef Franz Beckenbauer für die Spiele gegen Mexiko und England in Mexiko-Stadt nominiert. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Mittagsmahl: Bei einem durch ein Erdbeben ausgelösten Felsbruch in 3500 Meter Tiefe sind in der südafrikanischen Goldmine Western Deep Levels mindestens acht Kumpel getötet worden. Kein anderes Bergwerk der Welt operiert unter solch extremen Bedingungen wie Tiefe, Gefahrdruck, Kosten - und Unfallrisiken. (S. 18)

- Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe: Meinungen: Nach dem Unionsgipfel - Hoffen auf ein vorläufiges Ende der Krisenzeit? S. 2; Deutsche Frage: Plädoyer für „nationalen Konsens“ - Kuratorin von Unterteilbares Deutschland S. 4; Indien: Moskau bleibt der außenpolitische Pfeiler - Von Maria Weidenhiller S. 5; Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6; Fernsehen: Richard Gordon - Der englische Autor und seine satirischen Arzt-Romane S. 9; Vatikan: Eine Enzyklika über die verfallene Kirche? - Andeutungen von Kardinal Tomasek S. 10; Agrarpolitik: Namensartikel von Ignaz Kiechle - Zum EG-Beitritt von Spanien und Portugal S. 12; Sport: Glückwunsch, Bayern. Im Jahr eins nach Rummenigge das beste und stärkste Team S. 14; Kultur: Tagung des Zentrums Welkersheim - Wovon sollen wir in Zukunft geistig leben? S. 17; Aus aller Welt: Der Heilpraktiker - Seit Köhlmacher im Gespräch - Erster Verbandstag S. 18

Bonn und Peking setzen auf langfristige Zusammenarbeit

Deutsche Kernkraftwerke für China? / KP-Chef Hu Yaobang eingeladen

Co/Mfr. Bonn: In Anwesenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl und des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang werden Repräsentanten der deutschen und chinesischen Industrie heute in Bonn ein Memorandum für die Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie unterzeichnen. Gegenstand der Zusammenarbeit sind die Planung und Errichtung von vier Kernkraftwerksblöcken mit einer Leistung von jeweils 1000 Megawatt. Federführend ist auf deutscher Seite die Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU). Ein Vertrag über den Bau der ersten beiden Anlagen in Sunan westlich von Shanghai ist damit aber noch nicht perfekt. In dem Memorandum wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das deutsche Konsortium nur zum Zuge kommen kann, wenn es international wettbewerbsfähige Preise und Bedingungen offeriert. Darüber wird aber noch verhandelt. Die internationale Konkurrenz, vor allem aus Frankreich, wird als sehr stark eingeschätzt. Experten bezeichnen das Memorandum allerdings als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Auftragsvergabe, da China bisher mit keinem anderen Land eine entsprechende Rahmenvereinbarung getroffen hat. Unterzeichnet wird heute im Bundeskanzleramt auch die Verlängerung des Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahre 1979, und zwar gleich um zehn Jahre. Unter Dach und Fach gebracht werden ferner das Doppelbesteuerungsabkommen und ein Regierungsabkommen über die finanzielle Zusammenarbeit. Zhao Ziyang war am Samstag nachmittag zu einem achtstägigen Besuch in der Bundesrepublik eingeladen worden. Nach einer Begrüßung mit militärischen Ehren vor dem Bundeskanzleramt führten Kanzler Kohl und der chinesische Regierungschef ein erstes Gespräch. Dabei sagte Zhao: „So wie ihr Besuch in China ein Signal für die Intensivierung unserer Beziehungen war, so soll auch mein Besuch ein Signal sein für den weiteren Ausbau unserer guten Beziehungen.“ Langfristig sollten die stabilen Grundlagen des deutsch-chinesischen Verhältnisses bis ins 21. Jahrhundert reichen. Auch Kohl unterstrich die umfassende und langfristige Perspektive der Zusammenarbeit. Der Kanzler bat den Gast, dem Generalsekretär der chinesischen KP, Hu Yaobang, eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zu übermitteln. Nach Angaben Kohls will die deutsche Wirtschaft auf seine Initiative 150 Stipendien für chinesische Hochschulabsolventen zur Verfügung stellen. Die Stipendiaten sollen nach einem dreimonatigen Deutschunterricht sieben bis acht Monate an deutschen Universitäten studieren und in der restlichen Zeit ihres 18monatigen Aufenthaltes in Firmen der Bundesrepublik arbeiten. Die ersten 50 Stipendiaten könnten schon am 1. Oktober nach Deutschland kommen. Gestern unternahm der Ministerpräsident eine private Rheinfahrt. Er wird während seines Aufenthalts auch Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg besuchen. Seite 11: Über Preis noch nicht einig

„Freiheit - Kern der deutschen Frage“

Bundespräsident auf dem Kirchentag: Zusammengehörigkeit als politische Aufgabe

WILM HERLYN, Düsseldorf: Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in einem Vortrag über die Identität der Deutschen auf dem Evangelischen Kirchentag an seine vielbeachtete Rede zum 8. Mai angeknüpft. Ins Zentrum seiner Ausführungen stellte das Staatsoberhaupt den Satz: „Es ist unsere Sache, dem Begriff Deutsch einen Inhalt zu geben, mit dem wir selbst und mit dem die Welt gern und in Frieden leben können.“ Er definierte Deutschland nicht als „unentrinnbares Schicksal“, sondern als „Aufgabe“. Weizsäcker: „Wenn ein Volk nicht weiß, wie es zu seiner Vergangenheit steht, dann kann es auch in der Gegenwart stolpern, dann hat es ein Identitätsproblem.“ Der Bundespräsident wies darauf hin, daß die Teilung schwer auf den Deutschen lastet, warnte aber vor wohlfeilen Ratschlägen: „Für uns gibt es nichts besser zu wissen oder zu patronisieren. Aber wir haben allen Grund, uns mit Kopf und Herz den Menschen in der DDR zuzuwenden und verbunden zu fühlen.“ Der Begriff Deutsch sei wesentlich vom Schicksal der Teilung gezeichnet, dennoch sei er selbst der Teilung nicht zum Opfer gefallen. So wie die Bundesrepublik Deutschland der Osten des Westens geworden ist, sei die „DDR“ der Westen des Ostens geworden. Deutschland bleibe von den Bedingungen seiner Lage in der Mitte Europas geprägt. Weizsäcker: „Zwar ist diese Mitte geteilt, aber sie bleibt Mitte.“ Die Zusammengehörigkeit der Deutschen sei eine politische Aufgabe. „Die Mitte unseres Kontinents soll nicht Konflikte schüren, sie soll blocküberwindende Kräfte der Friedensförderung stärken.“ Ausdrücklich bekannte sich das Staatsoberhaupt zu einer festen Bindung der Deutschen in der Bundesrepublik an den freien Westen. Unter dem Beifall von 18 000 Zuhörern wiederholte er sein Bekenntnis: „Die deutsche Frage ist solange offen, als das Brandenburger Tor zu ist.“ Mit dieser Bemerkung sprach er den Kern der deutschen Frage an, „der heute die Freiheit ist.“ Und nirgends sei er „deutlicher spürbar als im Zentrum des geteilten Berlin.“ Ein Fortschritt in Richtung auf Einheit um den Preis von Freiheit wäre ein Rückschritt. Es gehe nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern den Grenzen ihren trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen. Der Bundespräsident wandte sich ferner gegen parteisches Denken und Verhalten, das auch in der Sicherheits- und Rüstungsfrage der einen Seite stets alles Gute, der anderen nur das Böse und Falsche zuweise. Vor allem die Äußerungen über die Identität der Deutschen fanden bei den ausländischen Gästen in Düsseldorf starke Beachtung. So erklärte der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des polnischen Parlaments, Ryszard Wojcik, die Rede werde ebenso wie Weizäckers Ansprache zum 8. Mai in Polen ein positives Echo finden. Der Kirchentag verabschiedete eine Erklärung, in der die Friedenssicherung durch atomare Rüstung als unchristliche Handlungsweise verworfen wird. Der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker, ein Bruder des Bundespräsidenten, stimmte der „Düsseldorfer Erklärung“ nicht zu. Seite 4: Weitere Berichte

Kanzler mußte „einiges schlucken“

Anfechtungen, Schuldzuweisungen und emotionale Ausbrüche beim Gespräch Kohl-Strauß

MANFRED SCHELL, Bonn: Das Spitzengespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Strauß hat Überraschungen in wichtigen Sachfragen gebracht. Mit einem „Milliardenprogramm für Städte und Dörfer“, einer Aufstockung der zinsgünstigen Mittel für Umweltschutzmaßnahmen auf mehrere Milliarden Mark und großzügigen Erleichterungen bei der Abschreibung von Wirtschaftsgebäuden sollen vor allem in der notleidenden Bauwirtschaft neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Trotz weiterhin bestehender Bedenken der CSU ist es jedoch bei der Steuerreform in zwei Stufen. Die CSU, die sich für ein Entlastungsprogramm „in einem Stück“ eingesetzt hat, wird das Zweistufen-Konzept im Bundesrat nicht zu Fall bringen. Sie hat sich allerdings vorbehalten, bei einer Verschlechterung der Konjunkturlage auf ihre Forderung zurückzukommen. Gleichzeitig haben sich CDU und CSU auf eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts verständigt, Verarmung und passive Bewaffnung von Fall zu Fall als „Vergehen“ zu bestrafen. Die öffentlichen Erklärungen beider Parteien sind relativ unverbunden, weil zunächst die jeweiligen Parteigremien unterrichtet werden sollen und weil sich CDU und CSU diesmal vorgezogen haben, sich nicht gegenseitig als „Sieger“ oder „Verlierer“ darzustellen. Dennoch ist die sechsstündige Gesprächsrunde zwischen Spitzenpolitikern der Union nicht „geräuschlos“ verlaufen. Es gab Aufrechnungen, Schuldzuweisungen, auch emotionale Ausbrüche. Kohl, so berichteten Teilnehmer, habe über große Strecken hinweg Geduld bewiesen und „einiges schlucken müssen“, aber dann auch seinen Kritikern entgegengehalten: „Ich habe keinen Nachholbedarf an Solidarität und menschlichem Anstand.“ Der Kanzler nutzte für seine scharfe Replik einen Redebeitrag von Stöber, dem er vorhielt, er habe sich mit seinen Stellungnahmen zu Entscheidungen im Bundesbahnbereich in die Regierungsverantwortung in Bonn eingemischt und ihn, den Kanzler, ohne Not in Schwierigkeiten gebracht. Kohl zu Stöber: „Das geht Sie gar nichts an.“ Andererseits hörte sich der Kanzler ruhig das „Sündenregister“ an, das ihm Strauß für das zurückliegende Jahr vorhielt. Strauß forderte Verbesserungen an Inhalt, Stil und der Darstellung der Bonner Politik. Kohl verwarf sich, auch mit Blick auf die Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen, gegen „Schuldzuweisungen“. Von ihm seien solche auch im Jahr 1980 - nach der verlorenen Bundestagswahl - nicht gekommen. Allerdings räumte der Kanzler ein, daß so manches nicht gut gelaufen sei und er schon einen gewissen Handlungsbedarf spüre. Zu einem Zeitpunkt ist offenbar das Verhältnis zwischen Kohl und Bundesinnenminister Zimmermann geworden, wie ein kurzer Disput zwischen dem Kanzler und dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Waigel, signalisierte. Waigel, so war zu hören, forderte ein Ende der „Blockadepolitik der FDP in der Innenpolitik“; die Union könne sich hier ihre Positionen nicht durch die FDP „kaputtmachen“ lassen. Seite 4: Weitere Berichte

DER KOMMENTAR

Identität der Deutschen

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Das Ereignis, das den Kirchentag 1985 im öffentlichen Bewußtsein prägen wird, ist die Rede, die Richard von Weizsäcker in Düsseldorf vor meist jungen Menschen gehalten hat. Seine Rede zum 8. Mai ist noch in Erinnerung. Man darf sagen: Zusammengekommen ergänzen sich die beiden zu einer überwältigenden Aussage, die Zeugnis gibt von der integrierenden Kraft, welche vom höchsten Staatsamt ausgehen kann. Auf der Suche nach ihrer Identität bedürfen die Deutschen der Wahrheit und der Klarheit. Beidem ist von Weizsäcker gerecht geworden. Das Staatsoberhaupt des freien Teils Deutschlands erfüllt seine Aufgabe am besten, wenn es aus dem Menschenrecht der Freiheit heraus als Sprecher aller Deutschen im geteilten Vaterland auftritt. Seine Legitimation dazu beschreibt der Bundespräsident treffend, als er sagte, der Begriff „deutsch“ sei von der Teilung gezeichnet, ihr aber nicht zum Opfer gefallen. Als Ort der Klarheit über die gegenwärtige Situation der Deutschen nannte von Weizsäcker Berlin. Es gehe um die Freiheit der Menschen, und das sei nirgends spürbarer als im Zentrum Berlins. Wenn die Freiheit das Maß ist, dann ist die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland als Entscheidung für eine Wertordnung unanfechtbar. Es ist von Weizsäcker dafür zu danken, daß er gerade auf dem in vielen Schattierungen pazifistisch gefärbten Kirchentag für Klarheit der Begriffe gesorgt hat, als er sagte, die Bindung an den ständig verbesserungsbereiten, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat sei endgültig und unwiderruflich. Die Lebenswirklichkeit im anderen Teil Deutschlands verschwiege der Bundespräsident nicht. Er sprach von der Last der Teilung, die alle Erfahrung unserer Landleute unter dem „real existierenden Sozialismus“ existentiell bestimmt. Man kann von Weizsäcker nur zustimmen, wenn er das Urteil der Deutschen in Honeckers Machtbereich zur Gewissensfrage über die Deutschlandpolitik derjenigen Deutschen macht, die in der Freiheit des Grundgesetzes leben. Dieser Maßstab läßt den bequemen Rückzug auf die Kulturunion der Deutschen, wie es wohl Schmäde vorschwebt, ebenso wenig zu, wie gut gemeinte Betrachtungen über Gut und Böse in der Abrüstungspolitik zwischen Ost und West weiterführen. Der Bundespräsident hat recht, wenn er sagt, in Europa gebe es weniger um Grenz- oder Gebietsfragen als darum, den Grenzen ihren trennenden Charakter zu nehmen. Doch dem ist hinzuzufügen: Es muß noch viel harte und illusionslose Arbeit vollbracht werden, wenn die Freiheit die Grenzen nach Osten durchdringen soll.

Auch Portugal für Beteiligung an SDI-Forschung

Co. Bonn

Außer der hochrangigen Bonner Delegation, die heute unter Leitung von Ministerialdirektor Horst Telschick, dem Abteilungsleiter für Außen- und Sicherheitspolitik im Kanzleramt, nach Washington fliegt, werden auch noch andere europäische Abordnungen in bilateralen Konsultationen die Möglichkeiten einer Beteiligung am amerikanischen Weltraumforschungsprogramm (SDI) erörtern. Nach amerikanischen Angaben war schon eine britische Delegation in Washington; eine weitere wird in Kürze erwartet. Der portugiesische Außenminister Gama hat seinem amerikanischen Amtskollegen Shultz mitgeteilt, daß sein Land sich grundsätzlich zu einer Forschungs- und Entwicklungsbeteiligung an SDI entschlossen habe. Auch Finanzminister aus Frankreich werden vermutlich in die amerikanische Hauptstadt fliegen, nachdem ein Gespräch von Außenminister Dumas mit Shultz ein neu erwachtes französisches Interesse an SDI erkennen ließ. Amerikanische Informationen vermitteln in diesem Zusammenhang ein nuanciertes Bild von dem französischen Widerstand gegen eine positive Erwähnung des SDI-Projektes im Lissabonner Abschlussummünkt. Danach haben die Franzosen intern erklärt, die Vereinigten Staaten seien durchaus berechtigt, Methoden für eine Verteidigung im Weltraum zu erkunden. Paris opponiere also keineswegs gegen die SDI-Forschung, sei aber nicht bereit, sie im Text des NATO-Kommunikationsausdrucks zu unterstützen.

US-Präsident für Festhalten an SALT-2-Vertrag?

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat sich nach übereinstimmenden Informationen der „Washington Post“ und der „New York Times“ am Wochenende in Camp David offenbar entschieden, daß die Vereinigten Staaten grundsätzlich weiter am Strategischen Rüstungsbeschränkungs-Vertrag (SALT 2) festhalten, aber auch „angemessen“ auf sowjetische Vertragsverletzungen reagieren wollen. Falls Washington SALT 2 im wesentlichen weiter gelten läßt, folgt der Präsident damit den Ratschlägen seines Außenministers George Shultz, zahlreichen Kongressmitgliedern und allen 15 europäischen NATO-Verbindeten. Die Entscheidung Reagans, auch „angemessen“ auf sowjetische Vertragsverletzungen zu reagieren, könnte bedeuten, daß die USA im Herbst ein Atom-U-Boot vom Typ „Poseidon“ nicht abwracken, sondern es zunächst auf Dock legen. Außerdem wird eine Beschleunigung des „Midgetman“-Raketensystems erwogen. Dies wäre zwar eine technische Verletzung des SALT-2-Abkommens, jedoch ist Außenminister Shultz der Auffassung, daß sie politisch durchaus zu vertreten sei und von den Verbündeten akzeptiert würde. Wie es heißt, war US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger als einziges Kabinettsmitglied dafür, SALT 2 künftig nicht mehr zu beachten. Er habe dies mit sowjetischen Verletzungen des Abkommens begründet und argumentiert, jede andere Haltung Washingtons würde als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden.

Spionageaffäre Walker nur Spitze eines Eisbergs?

FRITZ WIRTE, Washington

Die Affäre Walker - die Geschichte der Spione, die aus der Kälte einer tiefgefrorenen und schließlich zusammengebrochenen Eise kamen - ist zu einer Fortsetzungserie geworden, deren Schlüsselpunkt noch nicht abzusehen ist. Vier Verdächtige befinden sich in Haft, weitere Verhaftungen hat das FBI bereits angekündigt. Mit der Zahl der Verhaftungen wächst die Sorge über das Ausmaß ihres angeblichen Verrats. Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der vor einer Woche von „schweren Verlusten“ sprach, hat sein Verdikt nun auf „sehr schwere Verluste“ gesteigert. Die Nachrichtenagentur UPI zitiert einen Beamten des Pentagon, der vermutet, daß dieser Spionage ring im Laufe der Jahre die Sowjets mit einer „Straßenkarte zur Umgehung des amerikanischen Sonar-Netzwerkes“ versorgt habe. Hohe Offiziere der amerikanischen Navy haben inzwischen damit begonnen, Alarmnachrichten, wonach die amerikanische Nuklearflotte nach dieser Affäre nicht mehr so unverwundbar sei, wie bisher behauptet wurde, herunterzuspielen.

John Walker, der angebliche Chef des Spionagerings, der einst als Radio-Offizier auf einem amerikanischen Nuklear-U-Boot Dienst tat, kann sehr wohl den Sowjets das amerikanische Wissen über den Standort sowjetischer U-Boote im Atlantik mitgeteilt und außerdem Geheimcodes verraten haben. Man weiß jedoch im Pentagon darauf hin, daß Walker die Marine vor zehn Jahren verlassen und daß sich seither mit Hilfe neuer Technologien die amerikanischen Unterwasser-Aufklärung erheblich verbessert habe. Bisher sind drei Mitglieder der Familie Walker und ein enger Familienfreund namens Jerry Whitworth verhaftet worden. Inzwischen hat die geschiedene Frau John Walkers bestätigt, daß sie ihren ehemaligen Mann dem FBI ausgeliefert habe. Walker sei zum Spion geworden, weil er Geld für sein bankrottes Restaurant brauchte. Vor dem Hintergrund dieser Affäre appellierten die Senatoren Nunn und Roth an Präsident Reagan, die Zahl der Geheimnissträger in den Streitkräften und in der Administration von gegenwärtig 4,3 Millionen auf die Hälfte zu reduzieren.

Honeckers Ja zu Seoul verschwiegen

DW. Moskau

Die Sowjetunion hält sich weiterhin mit einer öffentlichen Stellungnahme zurück, ob sie bei den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul antreten wird. Sowohl das Parteigebäude „Pravda“ als auch die Sportzeitung „Sowjetski Sport“ äußerten sich zwar am Samstag zu der in Ost-Berlin abgehaltenen 90. IOC-Vollversammlung. Sie ließen aber das Ja-Wort des „DDR“-Staats- und Parteichefs Erich Honecker zu Seoul unerwähnt und enthielten sich jeden Hinweises auf die sowjetische Haltung. Das Nationale Olympische Komitee (NOK) der UdSSR hatte im März die Frage einer Beteiligung in Seoul offengelassen. Moskau unterhält keine diplomatischen Beziehungen zu Südkorea, das als militärischer Brückenkopf der USA dargestellt wird.

Zahnprothese von Josef Mengele?

DW. São Paulo

Die These vom Tode des ehemaligen KZ-Arztes Josef Mengele hat sich am Wochenende weiter verdichtet. Obwohl mit einem klaren Untersuchungsbefund der am Donnerstag hundertsten Leiche nicht vor Ende Juni gerechnet wird, teilte das Institut für Gerichtsmedizin in São Paulo vorab mit, daß die in dem Grab gefundene Zahnprothese Kennzeichen aufweise, die den aus der Bundesrepublik identifizierten Mengeles entsprechen. Außerdem scheinen Details über zwei Besuche von Rolf Mengele in São Paulo, dem Sohn Josef Mengeles, zu belegen, daß dieser im Februar 1979 bei einem Badeunfall ums Leben kam. Seite 3: Ein Phantom wird sichtbar

Hessens Grüne „widersprüchlich“

DW. Wiesbaden

Die hessischen Grünen haben auf ihrer Landesversammlung am Samstag beschlossen, mit der SPD über die Bildung einer Koalition zu verhandeln. Die Voraussetzungen, die sie für ihren Eintritt ins Kabinett des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner formulierten, geben jedoch teilweise erheblich über die Vorstellungen der SPD hinaus. In einer ersten Stellungnahme zu den Forderungen der Grünen sagte der SPD-Landesgeschäftsführer Paul Leo Giani, die Grünen hätten das Angebot Börners „widersprüchlich“ beantwortet. Da die SPD einen verbindlichen Partner suche, werde der SPD-Landesvorstand auch über die Möglichkeit einer vorgezogenen Neuwahl des Landtags beraten. Seite 4: Weitere Berichte

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Apokalypse jetzt?

Von Günter Zehm

Ernst Benda, Verfassungsrechtler und Leiter einer Kommission, die die Bonner Legislative bei der Meinungsbildung über die Gentechnologie berät, hat in öffentlicher Rede schweres Geschütz aufgeföhrt. Er sprach von einem drohenden „Wissenschafts-Totalitarismus“ und forderte die schnellstmögliche Ausarbeitung von strengen Gesetzen, die den Ärzten und Forschern sagen, „welche Eingriffe eine Manipulation an Menschen darstellen und daher unzulässig sind“. Er sprach in diesem Zusammenhang davon, daß nun „zum ersten Mal der gezielte Eingriff in die Natur des Menschen“ möglich werde und daß die Rechtsordnung sich dem durch eine „radikale Änderung ihrer Funktion“ anpassen müsse.

Das Engagement und der Eifer des Professors sind zu loben, der apokalyptische und allzu etatistische Ton seiner Rede muß indessen Bedenken wecken. Es ist in der Gentechnologie (wie übrigens auch beim sogenannten Embryo-Transfer) noch nichts geschehen, was eine neue Gesetzgebung nötig machte. Die bisherigen Gebote über die Unverletzlichkeit der Person reichen völlig aus; von einer demnächst ins Haus stehenden radikalen Änderung der Rechtsordnung kann keine Rede sein.

Ein Parlament sollte grundsätzlich keine Zukunftsgesetze verabschieden. Gesetze müssen sich der Wirklichkeit anpassen, nicht umgekehrt die Wirklichkeit den Gesetzen. Ein Staat, der von sich aus die „Natur des Menschen“ festlegen will, gibt viel mehr zu totalitären Befürchtungen Anlaß als ein vielleicht etwas voreiliger Forscher.

Im übrigen stimmt es nicht, daß die Gentechnologie „zum ersten Mal“ Eingriffe möglich macht. Zumindest an den diversen Fürstentümern der Welt gab es schon immer eine gewisse Eugenik, die das genetische Potential herrschender Geschlechter nicht unwesentlich beeinflusste (von Tier- und Pflanzenzüchtung ganz zu schweigen). Der Schöpfer hat zweifellos ein gut Teil der Menschennatur zur Disposition des Menschen selbst gestellt, und der Mensch hat reichlich davon Gebrauch gemacht. Andererseits säße er heute noch als affenähnlicher Primat auf den Bäumen der Urwälder.

Es ist klar: Eine Degradierung des Menschen zum bloßen Versuchsobjekt und beliebig manipulierbaren Gen-Reservoir darf es nicht geben. Andererseits sollten wir uns vor staatlichen Instanzen hüten, die kraft Gesetzgebung ein bestimmtes Menschenbild verordnen wollen.

22 205 gegen 210

Von Joachim Neander

Ein Medienforscher aus Köln hat jetzt mit wissenschaftlichem Anspruch anhand einer Programmwoche das öffentlich-rechtliche und das private Fernsehen in der Bundesrepublik miteinander verglichen. Das ist verdienstvoll, zumal wenn dabei - wie in der Zeitschrift „Media Perspektiven“ veröffentlicht - auch Dinge zutage kommen, die der Forscher offensichtlich selber nicht erwartet hat, wie zum Beispiel die Tatsache, daß das private SAT-1-Programm der Zeitungsverleger in der Zeit zwischen 18 und 22 Uhr mehr aktuelle Informationen bietet als ARD und ZDF.

Aber was ist das schon wert in den Augen deutscher Medienforscher, wenn es um die medienpolitisch und kulturpolitisch wirklich wichtigen Kriterien geht, zum Beispiel um die Frage, wie groß der Anteil der Eigenproduktionen an den Programmen ist? Und da zeigt sich, wie könnte es anders sein: Die bösen Kommerzveranstalter kaufen mehr, als sie selbst produzieren. SAT 1 zum Beispiel sendete in der Untersuchungswoche zu 57 Prozent Fremdproduktionen, ARD und ZDF 33 Prozent. Bei dieser Feststellung der kulturpolitischen Verdienste des öffentlich-rechtlichen Systems beläßt es unser Forscher. Nun gehört aber zur Wissenschaft auch, Daten in Beziehung zu anderen Daten zu setzen. Dies sei hier nachgeholt. ARD und ZDF beschäftigen (laut ihren Jahrbüchern) zusammen 22 205 festangestellte Mitarbeiter. Bei SAT 1 sind es 210.

Selbst wenn man beim öffentlich-rechtlichen Giganten alles abzieht, was nur mit Hörfunk, Eigenwerbung oder Monopolverwaltung zu tun hat, bleibt immer noch eine Zahlenrelation übrig, die den Vergleich in Sachen Eigenproduktion als das kennzeichnet, was er ist: ein schlechter Scherz. Dietrich Schwarzkopf, der geschickte-witzige ARD-Programmdirektor, hat gesagt, die Privaten hätten allein durch das „Vorziehen der Folterwerkzeuge“ bei der öffentlich-rechtlichen Konkurrenz mehr bewirkt als mit ihrem Programm. Die Folgen scheinen bis in die öffentlich-rechtliche Wissenschaft auszustrahlen.

Unglaublich glaubwürdig

Von Dankwart Guratzsch

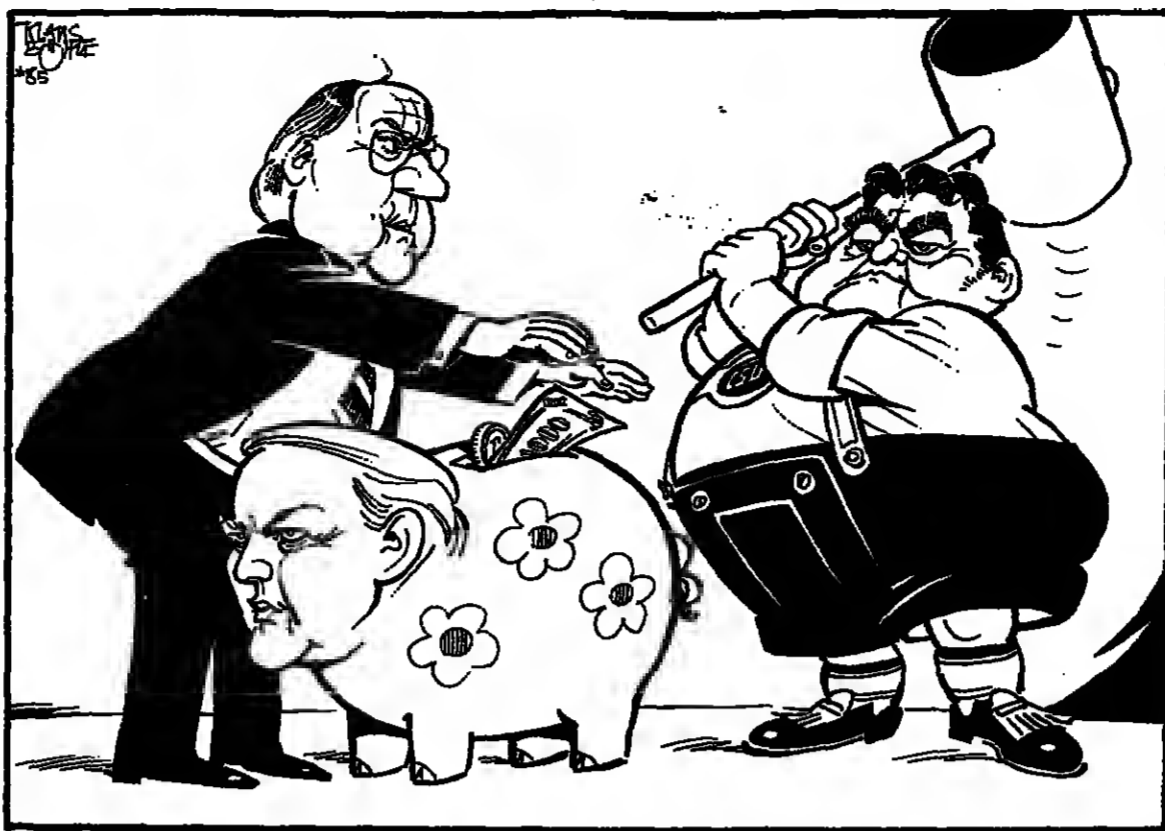
Nach vor wenigen Tagen hatte Hermann Rappe, der IG-Chemie-Chef, die murrenden Gewerkschafter zu beschwichtigen versucht: Das Koalitionsangebot des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner an die Grünen sei nicht eine Zwickmühle für die SPD, sondern eine für die Grünen. Rappe: „Wenn wir die Diskussion über das Verhältnis der SPD zu den Grünen jetzt wieder neu beginnen würden, dann wären wir von allen guten Geistern verlassen.“

Seit dem Wochenende sind Rappe und seine Freunde von allen guten Geistern verlassen. Denn die Grünen haben die Zwickmühle an die SPD zurückgegeben. Die Grünen haben die Bezirksparität in Nordhessen, wo der Arbeitnehmerflügel der SPD stärker als im Süden ist, mit überwältigender Mehrheit feststellte: „Unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen gibt es keine glaubwürdige Alternative zu einem rot-grünen Bündnis“, formulierten die Grünen auf einer Landesmitgliederversammlung ein quälendes „Ja, aber“ zum Bündnisangebot der Sozialdemokraten.

Börner hat die Notwendigkeit seines „Gegengewichts zu Bonn“ so oft und so laut verkündet, daß er von dieser Formel, die nur durch rot-grüne Bündnispolitik einzulösen ist, nicht ohne Schaden herunterkam. Aber es wird immer deutlicher, daß die von ihm erdachte Konstruktion in sich brüchig ist. Seine „Architektur einer neuen Politik“ ist auf Sand gebaut.

Die Logik von Börners Koalitionsangebot lag in der Erwartung, in ihnen einen verlässlichen Partner zu finden. Er machte zur Bedingung, daß sich die Grünen bereit erklären, nicht nur dem längst überfälligen Haushalt für 1985, sondern auch noch in diesem Jahr einem Doppelhaushalt für den Rest der Legislaturperiode bis 1987 zuzustimmen. Genau diese Bereitschaft haben sie ihm nun verweigert.

Der Rückweg auf festen Grund scheint Börner versperrt. Zu weit hat er sich bereits vom einstigen Konsens der „etablierten Parteien“ zum Beispiel über die Nutzung der Kernenergie entfernt. Sein Experiment droht in einem Scherbenhaufen zu enden. Der Ruf nach Neuwahlen in Hessen wird lauter.



„Einverstanden, Franz Josef, es besteht Hondlungsbedarf - aber doch nicht so!“ KLAUS BÖHLE

Bibelarbeit und Pferdefüße

Von Jens Motschmann

Wir haben fünf Tage Kirchentagsfrieden erlebt“, rief Kirchentagspräsident Wolfgang Huber den Teilnehmern am Abschlußgottesdienst im Rheinastadion zu. Welchen Frieden meinte er? Ist es ein Zeichen des kirchlichen Friedens, wenn während des Abendmahls kurz vor Hubers Worten unter dem Beifall vieler Teilnehmer aggressiv formulierte Politiparolen durch das Stadion getragen werden konnten?

Erfüllt von vielen Eindrücken kehren die Besucher des 21. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Düsseldorf in ihre Gemeinden zurück. Die Veranstalter können in mancher Hinsicht zufrieden sein. Der Kirchentag hat wieder einmal eine Anziehungskraft - besonders auf die Jugend - bewiesen. Von den 130 000 Damenteilnehmern waren immerhin über 80 000 im Alter unter dreißig Jahren. Das ist erfreulich. Noch erfreulicher ist, mit welcher auffallenden Aufgeschlossenheit und Fairneß die ganz überwiegende Mehrheit dieser jungen Menschen bei der Sache war. Wird nicht allein dadurch deutlich, wie ernst es ihnen um die Kirche ist? Sie suchen Antworten auf ihre Fragen und sehnen sich nach Frieden und Gerechtigkeit und nach glaubwürdiger Autorität.

Welche Chance für die Kirche! Aber zugleich auch eine unerhörte Versuchung zur Manipulation der Gewissen. Es hätte schon seinen Grund, daß der leitende Geistliche der pastorenbildenden Rheinischen Kirche, Präses Gerhard Brandt, am Tage der Eröffnung die Hoffnung aussprach, „daß das Zeugnis der Heiligen Schrift nicht zum Deckmantel eigener Interessen mißbraucht, sondern als das leitende Kraftzentrum des ganzen Kirchentages zur Geltung“ komme.

Es steht außer Zweifel, daß biblische Verkündigung in einer Fülle von Gottesdiensten, Bibelarbeiten, Meditationen und anderen Veranstaltungen reichlich angeboten wurde, aber eben leider auch das glatte Gegenteil.

Die Hamburger Professorin Dorothee Sölle montierte in einer Bibelarbeit vor Tausenden von Zuhörern, daß die aus dem Psalm 24 entnommene Kirchentagslosung „Die Erde ist des Herrn“, „sexistisch“ sei. Sie hätte es besser gefunden, wenn sich der Kirchentag für die Formulierung entschieden hätte: „Die Erde hat die Gott, unserer Mütter.“ Ist dies eine Außenseiterposition? Auf dem Kirchentag gewiß nicht! Selbst Huber meinte in seiner Predigt: „Begriffli-

che Empörung ist mir vor allem bei Frauen begegnet. Wie wird da der Gott benannt, zu dem Christen sich bekennen sollen? Von Gott, dem Vater, und von Jesus Christus, dem Herrn“, ist da die Rede. Auf solche Formeln reagieren viele Frauen mit wachsendem Zorn.“

Ein anderes Beispiel: Ein Besucher berichtet von dem Schock, den es für ihn bedeutete, als er nach dem morgendlichen Besuch einer Bibelarbeit in eine Veranstaltung gerät, auf der der Hauptredner sich als „schwul“ bezeichnet und vor rund 500 begeistert applaudierenden Zuhörern für den sexuellen „Seitensprung“ eine Lanze bricht: „Es ist ungeheuer instabil, Grenzen zu sprengen.“

Ein letztes Beispiel: Auf dem sogenannten „Markt der Möglichkeiten“ wird am Stand der Militärseelsorge die offizielle Linie der evangelischen Kirche zur Frage der Friedenssicherung erläutert, die nach wie vor darin besteht, daß sowohl der Wehrdienst als auch der Zivildienst als „Friedensdienste mit und ohne Waffen“ verstanden werden können. Ein paar Meter weiter wird an einem Stand der Evangelischen Diakonie das Gegenteil behauptet. Flugblätter, die dort ausliegen, fordern junge Menschen zur Wehrdienstverweigerung und zum Widerstand gegen „Zivildienst-Überwachung“ auf.

Gott sei Dank war in vielen Fällen „der Deckmantel der Heiligen Schrift“, von dem der Präses sprach, so kurz geraten, daß der Pferdefuß erkennbar war. Aber in wie vielen Fällen gelang die Täuschung? Dabei



Der liebe Gott, die böse Rüstung: Kirchentag FOTO: AP

darf man nicht vergessen, daß unzählige viele Menschen unter persönlichen Opfern diesen Kirchentag vorbereitet haben. Für die Zukunft ist jedoch eine andere Vorbereitung gefordert.

Die geistliche Qualität des aus allen Fugen berstenden Kirchentages ist neu zu entwickeln. Das bedeutet auf keinen Fall ein Nein zur Vielfalt der Formen und Ausdrucksweisen. Eine lebendige Volkskirche kann darauf nicht verzichten - und natürlich auch nicht der Kirchentag als ihr Spiegelbild. Es geht allein darum, daß der theologische Pluralismus, dieser Wegbereiter für Glaubensverwirrung, nicht weiter ausartet. Was im weltanschauungsfreien Staat notwendig ist, kann nicht auf die Kirche übertragen werden. Sie hat zwar missionarisch offen zu sein für alle, aber nicht für alle.

Es kann doch nicht wahr sein, daß unter dem Dach der Kirche und also des Kirchentages alles und jedes gleichberechtigt nebeneinander bestehen kann. Die Kirche ist kein Selbstbedienungsladen, und der Satz: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, und jeder geht zufrieden aus dem Haus“ steht bei Goethe und nicht in der Bibel.

Die Tatsache, daß zur gleichen Zeit neben dem Kirchentag der „Gemeindetag unter dem Wort“ in Stuttgart stattfand, zeigt das Dilemma, in dem gegenwärtig der deutsche Protestantismus steckt. Dieser Gemeindetag, der ohne große Werbung 60 000 Besucher anlockte, versteht sich nach eigenen Angaben als „bewußte Alternative“ zum Kirchentag. Einer seiner Sprecher, der Schorndorfer Dekan Rolf Scheffbuch, betonte: Es gäbe keinen Gemeindetag, wenn der Kirchentag eindeutig biblisch orientiert wäre, wie es noch in den fünfziger Jahren der Fall gewesen sei.

Wenn man bedenkt, wie viele Ratschläge und Rezepte aus der evangelischen Kirche kommen, um alle möglichen Weltprobleme zu lösen, dann drängt sich am Ende eine ganz schlechte Frage auf: Sollten die Evangelischen nicht zuerst alle Mühe frogernut darauf richten, das eigene Haus in Ordnung zu bringen? Auch in Düsseldorf wurde - wie es heute in kirchlichen Kreisen üblich ist - viel von „Träumen“ gesprochen. Es wäre schön, wenn dieser eine Traum in Erfüllung ginge, daß Kirchentag und Gemeindetag wieder zu einem Strom zusammenfließen.

IM GESPRÄCH Muhammad Mzali

Tunesischer Kronprinz

Von Volker S. Stahr

Lange Zeit hielt sich Tunesiens greiser Staatschef Bourguiba (81) in der Frage seiner Nachfolge bedeckt. Nun scheint es heraus: Erstmals benannte er offiziell seine rechte Hand, den 59jährigen Premier Muhammad Mzali, als Möglichkeit für die „Zeit nach Bourguiba“. Zwar hatte die Stellung als Regierungschef Mzali schon bisher als „Kronprinz“ ausgewiesen, doch in Tunesien gilt nur, was der „Vater der Nation“, Bourguiba, gesagt hat.

Muhammad Mzali stammt wie sein Förderer aus Monastir. Als Student wie später als Lehrer in Tunis trat auch er bereits früh für die Unabhängigkeit Tunesiens ein. Dabei schrieb er in Zeitungen für eine eigenständige tunesisch-islamische Kultur und Identität.

So gehörte Mzali bereits der ersten Regierung des unabhängigen Tunesien 1956 als Kabinetts-Direktor im Erziehungsministerium an. Drei Jahre später wurde er Abgeordneter der Neo-Destour-Partei Bourguibas. Seit 1964 gehört er zu deren ZK und Politbüro. In den sechziger und siebenziger Jahren leitete er die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt und führte die Ministerien für Jugend und Sport, für Gesundheit und für Erziehung.

Mzali hat sich der Berufsbildung einer selbstbewußten und eigenständigen tunesischen Nation verschrieben - aufbauend bei der Jugend wollte er allen Tunesien das Bewußtsein islamisch-arabischer Wurzeln vermitteln. Die französische Sprache und Kultur sollte allerdings eine privilegierte Stellung einnehmen. Im Frühjahr 1980 berief Bourguiba seinen langjährigen Freund an die Spitze des Kabinetts.

Es war eine Zeit der Unruhe in Tunesien: Ausschreitungen wegen wirtschaftlicher und sozialer, aber auch politischer Mißstände; der Ruf nach mehr Brot und mehr Bürgerrechten wurde lauter. Mzali leitete eine (wie er es nannte) „Politik des sozialen und politischen Konsenses“ ein, und es gelang, die Lage zu beruhigen. Doch der Versuch einer politischen Liberalisierung schlug fehl: Bei den Wahlen 1981 waren zwar erstmals mehrere Parteien zugelassen - doch keine überschritt die Fünf-Pro-



Kein Charisma wie Bourguiba: Mzali FOTO: BECKHIA/STUDIOX

zent-Hürde. Gerade der glänzende Wahlsieg der Regierungspartei (94,4 Prozent) wurde deswegen als Mißerfolg des Regierungschefs gewertet.

Eine weitere Niederlage gab es vor einem Jahr. Verfürgtigen wirtschaftlichen Argumenten folgend, setzte Mzali eine drastische Erhöhung der Brotpreise durch. Doch in einem Staat ohne soziales Netz ist die künstliche Niedrighaltung der Preise für Grundnahrungsmittel unabdingbar. So kam es zu blutigen Unruhen. Bourguiba persönlich nahm die Preisbremse zurück. Um seinen Schützling jedoch nicht zu desavouieren, stempelte man den auf Mäßigung drängenden Innenminister Guiga zum Sündenbock.

Doch die Stellung des Premiers blieb angeschlagen. Mzalis politische Waffe war stets das Wort, zumeist wohlformuliert und wissenschaftlich fundiert. Er war und blieb ein Lehrer und Theoretiker - niemals wird er ein Volkstribun wie Bourguiba sein.

Für den greisen Staatschef gilt es, sein Haus zu bestellen. Leicht dürfte es ihm nicht fallen sein, das Schweigen zu brechen: Bourguiba ist Präsident auf Lebenszeit. Wer künftighin gerne den Nachfolger, wenn die Voraussetzung für dessen Amtübernahme der eigene Tod ist? In Tunis spekuliert man deswegen, daß Bourguiba seinen Stuhl vorzeitig räumen könnte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hannoversche Allgemeine

Die kommentiert zur Arbeitslosigkeit: Wir reiben uns an dem Problem der Arbeitslosigkeit wund. Die meisten scheinen zu glauben, es müsse ein wirkungsvolles Rezept gegen dieses Übel geben, man müsse es nur finden und anwenden. Dabei hatte Kurt Biederkopf recht, als er vor kurzem sagte, wer behauptet, ein solches Rezept zu haben, sei ein Lügner.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt hat Fragen an Strössner und Mengele: Ob es zwischen der Ankündigung aus Paraguay und gleichzeitigen Berichten aus Brasilien, Mengele sei schon 1979 in São Paulo ertrunken und begraben worden, einen inneren Zusammenhang gibt, ist vorerst nicht für Bonn undurchsuchbar. Strössner wird vorgeworfen, dem weltweit gesuchten KZ-Arzt Unterschlupf gewährt und ihn gedeckt zu haben. Den General eindringlich über seine Rolle zu befragen, gehörte zu den wesentlichen Erwartungen der Bundesregierung an den nun verschobenen Besuch. Ist Strössner nun entlastet, oder wird er durch neue Untersuchungen im Fall Mengele belastet werden?

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Die meinen vom Widerstand der IG Metall: IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Preis hätte besser geschwiegen. Mit seinem verbalen Ausfall gegenüber

der Bundesregierung hat er den DGB-Gewerkschaften keinen Gefallen getan. Klar, daß es dem DGB nicht gleichgültig sein kann, wenn von Teilen der Union und FDP hartnäckig eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes betrieben wird. Schließlich sind die Prüfer der DGB-Gewerkschaften in den Betriebsräten in Gefahr. Aber muß man deshalb allen, aber auch allen denkbaren Widerstand mobilisieren, wie Preis fordert? Es scheint mittlerweile Mode zu sein, bei allem, was einem nicht paßt, das Widerstandsrecht für sich in Anspruch nehmen zu wollen. Welch eine Verkenntnis dieses Grundrechtes.

Il Giornale Nuova

Die chinesische Zeitung schreibt über Arbeitsverträge: Das Grundproblem aller Vereinbarungen über die Begrenzung der Rüstung ist: Keines dieser Abkommen hat je funktioniert. Seit der Unterzeichnung von SALT II hat die UdSSR 4000 neue Nuklearsprengköpfe hergestellt und die USA kaum weniger. Solche Verträge legen nicht die Abrüstung fest, sondern sind allenfalls notarielle Akte für das Wettrennen. Hinzu kommt, daß Moskau diese Vereinbarungen mehr oder weniger offen verletzt. Das einzige Argument, das die Verteidiger von SALT vorbringen, ist, daß die Russen bei Wegfall dieses im unterzeichneten Vertrages in den nächsten zehn Jahren 20 000 neue Raketen statt der geplanten 10 000 bauen werden.

Hoffen auf ein vorläufiges Ende der Kritiksucht

Nach dem Unionsgipfel / Von Thomas Kielinger

Was die Runde der Unions-Aufrechten, die sich am Freitag über sechs Stunden lang im Kanzleramt berieten, wirklich bewirkt hat, wird erst die Zukunft lehren. Aber es ist ein gutes Omen, daß diese Zukunft nicht mehr allzu lange auf sich warten läßt. Von Zusage, man werde sich in der häufig fälschlicherweise „Union“ genannten Partei schon zusammenraufen, hat die Öffentlichkeit genug gehört. Nur Taten können jetzt noch überzeugen.

Erster sichtbarbarer Ausdruck der Kompromisse wird die Verabschiedung der zweistufigen Steuerreform durch den Bundesrat am Freitag sein. Franz Josef Strauß wird sich nicht querlegen, nicht mehr damit drohen, den Vermittlungsausschuß anzurufen. Der Bundeskanzler ist in dieser Frage nicht erpressbar. Doch hat auch Standhaftigkeit ihren Preis. Dazu gehören die beiden Versprechen, die Bundesmittel für die Staatsanleihe jeweils für die kommenden beiden Haushaltsjahre zu vertei-

len (auf 990 Millionen Mark) sowie auf 0,5 Prozent Bundesanteil an der Umsatzsteuer zu verzichten. Dieser verbesserte Finanzausgleich schlägt für die Bundesländer pro Jahr mit 600 Millionen Mark zu Buch.

Auf jeden Fall bleibt das Konsolidierungskonzept dieser Regierung dadurch ungefährdet. Die Haushaltssteigerung des Bundes wird über die vereinbarten drei Prozent nicht hinausgehen, die Zinngung vom Freitag bringt keine Neuverschuldung mit sich. Die vereinbarten Maßnahmen zur Behebung der Baukonjunktur - Verbesserung der Hilfen aus dem ERP-Vermögen, neue Abschreibemöglichkeiten für Wirtschaftsgebäude und anderes kommt hinzu - stellen keine verschwendischen Beschäftigungsprogramme klassischer Schnur dar. So konnte Gerhard Stoltenberg, auch wenn er nun „ein bißchen Leine“ gab, am Freitag seiner Konjunkturanalyse bis 1987 einen ungeschmälert optimistischen Anstrich geben. Nicht

nur die Arbeitslosen hoffen, daß das bald zu Buche schlägt.

Was die Öffentlichkeit aber ebenso stark bewegt wie die weiteren Aussichten der Wirtschaftsbelebung sind die politischen Aussichten dieser Regierung. Richtlinienkompetenz ausüben kann kein Kanzler, der von einem solchen Ausmaß an Illoyalität und Disziplinlosigkeit umgeben ist wie zuletzt Helmut Kohl in seiner Regierung. Wir haben den Eindruck, daß auch in dieser für das Überleben der Kohl-Koalition zentralen Frage am Freitag die richtigen Weichen gestellt wurden.

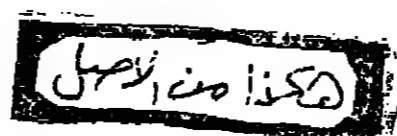
Die Zeit dafür ist nicht nur reif, sondern auch günstig. Zum einen steht die FDP nach den für sie erfreulichen Wahlergebnissen der letzten Monate nicht mehr vor der Gretchenfrage ihrer Existenz. Das Bibbern und Zagen vor der Fünf-Prozent-Hürde kann einer souveränen Einschätzung der eigenen Position, einer größeren Kompromißbereitschaft weichen. Und was die CSU angeht, so meldet sich

durchaus die Erkenntnis an, daß ein Übersoll an Kritik gegenüber dem eigenen Kanzler selbst in Bayern nicht mehr nur gutgeschrieben wird. Man hat gewiß seine Staatskanzlei, aber dies Gewicht würde nicht bedeutsamer durch den Verlust der Macht in Bonn.

So wurde in zwei bisher umstrittenen Punkten der Innen- und Rechtspolitik der lange überfällige Kompromiß gefunden. Im Rahmen des Demonstrationsstrafrechts soll Vermummung - wie unter den Rechtsexperten früher vereinbart - eine Ordnungswidrigkeit bleiben, kann aber, entsprechend dem Hübler-Lumner-Modell, unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Straftat sein. Die Behandlung des Ausländergesetzes schließlich bleibt weiterhin aufgeschoben. Bundeskanzler Kohl besucht im Juli erst einmal Ankara; zudem sollen die laufenden Verhandlungen mit der Türkei über ein EG-Assoziierungsabkommen und die Rückkehr von türkischen Gastarbeitern nicht gefährdet werden. Ein deut-

scher Rechts-Alleingang zum jetzigen Zeitpunkt würde überhaupt nichts bringen außer - siehe die Katalysatorfrage - etwaigen unruhigen Rückzügen.

Dies alles wußte Innenminister Zimmermann, als er kürzlich seine öffentliche Schelte gegen Kohl wegen der angeblich schleppenden Behandlung der Ausländerthematik anbrachte - und die Dreierunde von Kanzler, Staatssekretär Kinkel (FDP) und Staatskanzlei-Leiter Stoiber (CSU) hat es ausdrücklich in ihrem am Freitag erstellten Arbeitspapier festgehalten, gewissermaßen als Lehrbuchbeispiel einer sich vergäppelnden Kritiksucht. Wenn die Vorsitzenden der drei Koalitionsparteien am kommenden Donnerstag sowie die beiden Unionspräsidenten bei ihren nächsten Gipfeln auch noch die Außen- und Sicherheitspolitik in glatte Formen der Darstellung gießen könnten - nun, dann könnte man fast hoffen, daß diese Regierung aus ihren Fehlern gelernt hat.



Ein Phantom wird sichtbar: Erkenntnisse der Polizei über das Leben des KZ-Arztes Josef Mengele in Brasilien

Wo ist Stammer? Die Schlüsselfigur ist auf Reisen

Von WERNER THOMAS
Romen Tuma, der Direktor der Bundespolizei im Staat São Paulo, wirkt erschöpft. Seine Augen sind rot gerändert, er bekennt: Ich habe seit Tagen nicht mehr richtig geschlafen. Der Fall Mengele belastet den 53-jährigen Mann schlaflose Nächte. Er nennt den Auschwitz-Arzt Mengele, das "le" ist den portugiesischsprechenden Brasilianern nicht geläufig.

Die Exhumierung am Donnerstag mittig auf dem kleinen Friedhof der Provinzgemeinde Embu bei São Paulo war ein denkwürdiges Ereignis. Der Sarg wurde mit einer Art trakter Nachbarn. Die Bosserts berichteten, er habe unter dem Gefühl der Verfolgung gelitten. Ich würde die Todesstrafe einem solchen Leben vorziehen. Dem Nachbarn Jaime Martins do Santos (54) zeigte der schmaubartige Deutsche einmal eine Mauser-Pistole.



Gedrauge bei der Exhumierung auf dem Friedhof von Embu. In der Mitte Frau Bossert, die mit ihrem Mann Mengele Unterschlupf geboten hatte.



Freizeitort des Mengeles angeblich letztes Domizil in São Paulo: Privatfotos und die Identitätskarte des "Wolfgang Gerhard".



Seit Tagen ein Ausflugsziel: Das Haus Estrada Alvarenga 5555 in São Paulo, wo Mengele bis zu seinem Tod 1979 gelebt haben soll.

Pressekonferenzen im Hauptquartier der Bundespolizei am Platz der Republik drängen. Viele sind überrascht über die kooperative Behandlung durch die Polizeidirektor und seine Beamtinnen. Fast immer läßt Tuma die Fotografen beschlagnahmte Fotos und Dokumente ablichten. Am Freitag präsentierte er ein Bild, das den Mengele-Sohn Rolf, seine Frau und seine kleine Tochter zeigt, 1983 aufgenommen.

Er wollte ein neues Gesicht, doch die Operation mißlang

Von MANFRED SCHELL

Der weltweit gesuchte KZ-Arzt von Auschwitz, Josef Mengele, war im Jahr 1959 bei der Beerdigung seines Vaters in Günzburg. Danach hat er bei einem Notar in Günzburg schriftlich auf sein Erbe verzichtet. Mengele hat sich auf Kaffeepflanzen und durch Gelegenheitsarbeiten in Brasilien seinen Unterhalt verdient. Von der Familie in Günzburg hat er nur "kleine Beträge" angenommen. Er hat sich die Zähne richten lassen und sich in Argentinien erfolglos einer gesichts-chirurgischen Operation unterzogen.

zu erkennen gegeben. Er hat Familienalben und Briefe aus Günzburg vorgezeigt. Im Jahre 1969 sei Mengele nach São Paulo, "Eldorado Estrada Alvarenga 5555", heute vermutlich Nr. 5575, umgezogen, wo er bis zu seinem Tod am 7. 2. 1979 gelebt habe. Diese Anschrift stand auch in dem bei dem früheren Prokuristen der Firma Mengele in Günzburg, Hans Sedlmeier, beschlagnahmten Adreßbuch. Es war am 31. Mai bei einer Hausdurchsuchung in einem "Tapetenschrank" im Schlafzimmer der Ehefrau von Sedlmeier gefunden worden. Dabei waren auch Briefe zwischen dem Mann, der Mengele gewesen sein könnte, und Personen in Günzburg aus den Jahren 1972 bis 1978 sowie Briefe des Ehepaares Bossert gefunden worden. Davon ausgehend hatte die Polizei die Spur bis São Paulo gezogen.

Die Bosserts müssen sich strapaziösen Untersuchungen durch Polizeifunktionäre unterziehen, an denen sich drei deutsche Kriminalbeamte beteiligen. Tuma: Wir versuchen noch einige Vorgänge zu klären. Die Vergangenheit wird köstlich für das Ehepaar werden. Wolfram Bossert, ein Techniker, ist bereits seit einiger Zeit arbeitslos. Seine Frau verlor durch die Anstellung als Kindergärtnerin der deutschen Humboldt-Schule in Santo Amaro, Direktor Ernesto Gottlieb Krause (44) erläuterte, einige Eltern hätten damit gedroht, ihre Kinder abzugeben.

Die Bosserts sind freilich nicht die Schlüsselfiguren dieser Ermittlungen, obgleich sie zu den engsten Freunden Mengeles gehörten. Geza Stammer, etwa Mitte 60, ein Ex-Nazi deutscher Abstammung aus Ungarn, spielt die zentrale Rolle. Er weiß nach Angaben seiner Frau Gitta in Europa, nach Vermutungen der Polizei dagegen in Japan. Stammer kannte Mengele schon vor seiner Brasilien-Zeit. Mengele wohnte in seinem Landhaus in Franco da Rocha. Er war dort auf einer Plantage als Nachtwächter beschäftigt. Er benutzte Stammers Postschlüssel für seinen Briefverkehr. Falls Josef Mengele 1979 nicht ertrunken, sondern erneut untergetaucht ist, könnte Geza Stammer an diesem Täuschungsmanöver beteiligt gewesen sein.

Die Millionemetropole São Paulo, zur Zeit von einer "Kältewelle" betroffen, die nachts die Temperaturen in der Nähe des Gefrierpunktes treibt und am Wochenende bereits die er-

aus Deutschland sind Kriminaldirektor Gemmer (Hessisches Landes-kriminalamt), Kriminaloberst Sack und Kriminalhauptkommissar Schöler vom Bundeskriminalamt in São Paulo. Sie haben nach der Exhumierung die Einschätzung übermittelt: "Nach derzeitigen Sachstand ist davon auszugehen, daß es sich bei der am 8. 2. 1979 unter den Personalien Wolfgang Gerhard beerdigten Leiche um Josef Mengele handelt."

Nach Darstellung von Wolfram Bossert gegenüber den deutschen Kriminalbeamten hatte Mengele, wie durch Bilder bekannt, zwischen den beiden oberen mittleren Schneidezähnen eine breite Zahnfläche. Er ließ sich noch während seines Aufenthaltes in Argentinien diese Zähne verändern, was in späteren Jahren zur Folge hatte, daß er eine Zahnprothese trug. Ebenfalls in Argentinien unterzog er sich einer gesichts-chirurgischen Operation, die jedoch mißlang und lediglich Narben hinterließ.

Rechts-Alleingang... Zeitpunkt... bringen außer... satorfrage... 20 000 neuen... 10 000 neuen...



Langfrist-Bank

Erfolgreiche Unternehmen müssen langfristig planen. Da kann ihnen allein mit kurzfristigen Krediten kaum gedient sein. Die IKB unterstützt wachsende Unternehmen mit Langfristkrediten zum Festzinssatz. Wenn Sie also den langen Weg vor sich haben, dann sprechen Sie kurzfristig mit der Langfrist-Bank.

Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank Die Unternehmerbank Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart

Krollmann brachte die Genossen auf Kurs

Nun auch SPD-Bezirk Nordhessen für Bündnis mit Grünen

ÜLRICH REITZ, Kassel
Ministerpräsident Holger Börner hätte gar nicht zum Bezirksparteitag der SPD-Nordhessen zu kommen brauchen, um für die Unterstützung seines Koalitionsangebots an die Grünen zu werben. Den Schulterschluss der Genossen hatte vor Börner schon der Vorsitzende der nordhessischen Sozialdemokraten und hessische Finanzminister, Hans Krollmann, hergestellt. „Nur mit den Grünen ist ein Optimum an sozialdemokratischer Politik durchzusetzen“, erklärte er, und: „Der Schwung der Mehrheit ist schnell verspielt, wenn wir uns in innerparteilichem Gezänk verzehren.“

Und so kam es, daß der in Nordhessen traditionell starke Arbeitnehmerschlager der SPD nur verhalten seine Skepsis gegen eine Zusammenarbeit mit den Grünen zum Ausdruck brachte. Lediglich einer der Delegierten kündigte an, die Arbeitnehmer und Gewerkschaften würden eine rot-grüne Koalition kritisch begleiten. Ein Initiativvortrag, den der ehemalige Juso-Vorsitzende Norbert Schüren eingereicht hatte, wurde gegen nur 28 Stimmen von den rund 300 Delegierten angenommen. Kernsatz: „Unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen gibt es keine glaubwürdige Alternative zu einem rot-grünen Bündnis.“

Das Zustandekommen der Koalition zwischen SPD und Grünen hatte Börner an Vorgesetzten der CDU, die er in einem Gespräch mit dem SPD-Bezirksvorsitzenden Hans Krollmann, keine Abstriche möglich seien: die gemeinsame Verabschiedung des Haushalts 1985 und eines Doppelhaushalts 1986/87, des Energie- sowie des Förderstufenabschlusses. Im gleichen Zuge sollen die Grünen ein Umwelt- und Energieministerium übernehmen. „Die personelle Vertretung in der Landesregierung ist eine Nagelprobe auf die Bereitschaft der Grünen, Verantwortung zu übernehmen.“

Gewerkschaften gegen Koalition mit Grünen

DW/JUR. Heide/Kassel

Die Kritik an dem Koalitionsangebot des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner an die Grünen aus den Reihen der Gewerkschaften wächst. Der Vorsitzende der Industrie- und Bergbauenergie, der SPD-Bundestagsabgeordnete Adolf Schmidt, hat grundsätzlich allen Bündnissen mit den Grünen eine scharfe Absage erteilt. Bei einer Regionalkonferenz der Christlich-Regionalistischen Arbeiterschaft (CDA) sagte Schmidt in Heide (Schleswig-Holstein), eine Partei, die in ihrem Kern industriefeindlich sei, könne nicht Verhandlungspartner sein. Mit Blick auf das Koalitionsangebot Börners an die Grünen bedauerte Schmidt das „sture Aneinander-Vorgehen der beiden großen Parteien CDU und SPD.“

Auch der hessische DGB-Landesvorsitzende Riechert hat seine Vorbehalte gegen eine rot-grüne Koalition erneut bekräftigt. Auf das, was die Grünen mit der SPD ausgehandelt haben, wolle sie draufstehen, sagte Riechert in einem Interview der „Bild“-Zeitung. Im Hinblick auf die Voraussetzungen einer Koalition mit der SPD, die die Grünen auf ihrem Parteitag formulierten, erklärte der Gewerkschafter: „Es darf kein Paß ohne Boden aufgeschwatzt werden.“ Wenn den Grünen zugestanden werde, daß sie beispielsweise für die Gewerkschaften zuständig sein sollten, „wird die breite Arbeitnehmerschaft empfindlich reagieren.“

Am Ende waren Hessens Grüne wieder zerstritten wie eh und je

Von DANKWART GURATZSCH

Mit weniger Symbolik ist noch keine Partei ausgekommen. Als am Wochenende die hessischen Grünen auf einer Landesmitgliederversammlung in Niederrhein bei Wiesbaden über das Koalitionsangebot von Holger Börner entschieden, war die Partei, die einmal als „Bewegung“ angetreten war, kaum wiederzuerkennen. Lediglich ein paar Blumensträußchen auf dem Präsidentschaftstisch, der – auch das wäre in der Aufbruchzeit der Partei ein Sakrileg gewesen – über den Köpfen der „Basis“ auf der Bühne aufgebaut war.

Das „gewandelte“ Bild der Ökopolizei beeindruckte auch SPD-Landesgeschäftsführer Paul Leo Giani, der ebenso wie Beobachter von CDU und FDP die Diskussionen der Grünen über die „Übernahme von Regierungsverantwortung“ verfolgte. Fast 1000 der insgesamt 4000 Grünen Parteimitglieder hatten in der riesigen sechsachsigen Halle an langen Kunststoffischen Platz genommen. Aber die Versammlungsleitung behielt die zeitweilige heftige Debatte bei. Im Griff Giani: „Von der Disziplin und dem Ernst, mit dem das alles abgehandelt wird, kann sich mancher SPD-Parteitag 'ne Scheibe abschneiden.“

Doch Neuwahlen?

Es waren Vorschläge, die im Laufe der sechsstündigen Debatte waren die hessischen Grünen zerstritten, verunsichert, gelähmt, desorientiert wie vielleicht noch nie auf einem Parteitag. Giani fand nun, sie hätten das Angebot zur Beteiligung an der Landesregierung „widersprüchlich“ beantwortet. Er wolle sogar Neuwahlen in Hessen nun nicht mehr ausschließen. Der grüne Landtagsabgeordnete Jan Kuhnert, ein Gegner jeglicher Zusammenarbeit mit der SPD, rief triumphierend in den Saal: „Herr Bör-

ner kann nicht sicher mit den Grünen rechnen, er bleibt weiter unberechenbar, er kann die Koalition nur mit der halben Partei bekommen.“

Drei „Modelle“ für die Besatzung von Hessens Angebot standen zur Wahl: 1. Die Grünen sind bereit in Koalitionsverhandlungen einzutreten. 2. Sie verweigern sich jeder Form der Zusammenarbeit. 3. Sie lehnen eine Koalition ab, sind aber bereit, die Tolerierung des SPD-Minderheitskabinetts wieder aufzunehmen. In der 15köpfigen Landtagsgruppe haben sich elf Mitglieder für den ersten, drei für den zweiten und eins für den dritten Weg ausgesprochen.

Karl Kerschgens, der frühere Landtagsabgeordnete und Sprecher der „Eltergruppe“, hatte ein eindringliches Plädoyer für die Koalition gehalten. Hessen sei das einzige Land, in dem die Grünen tatsächlich auf die Energiepolitik einwirken könnten. Von hier aus könnten sie die „Atomfrage“ zur Hauptfrage des Bundestagswahlkampfes von 1987 machen. Voraussetzung dafür sei, daß sie ihre „Tribünenfläche im Landtag“ durch einen eigenen Minister vergrößerten.

Er bezeichnete es als Erfolg, „konsequenter grüner Politik“, daß erstmals eine Landesregierung und ein Bundesland der nationalen Atomwirtschaft eine Absage erteilen und die großtechnische Plutoniumverarbeitung auf ihre Verfassungsmäßigkeit untersuchen lassen wolle.

Raphael Keppel, der für die Dreiergruppe der „Fundamentalisten“ in der Landtagsgruppe sprach, zog alle von Kerschgens gerühmten Erfolge der rot-grünen Verhandlungen in Zweifel. Die Produktion bei der Nuklearkraft laufe „ohne Einschränkung weiter.“ Die Grünen würden von einer Anti- zur Pro-Atom-Partei, und ein grüner Minister solle künftig in Hessen absegnen, „daß Atomanlagen sicher seien.“

Landtagsabgeordnete, ein in der Welle geführter Grüner mit Landkommunefahrung und „BI“-Vergangenheit, machte sich die tiefe Kluft zwischen den beiden Vordrängern zu eigen und präsentierte unter immer stärker werdendem Beifall seine Kompromißformel.

Die Fortschritte mit der SPD reichten zwar die Verabschiedung des Haushalts 1985 – aber für eine Regierungsbeteiligung hätten die Grünen kein Programm und keinen Wählerauftrag.

Nur Tolerierung

Durch Börners Angebot einer „Juni-Partnerschaft“ würden sie zur Ein-Punkt- und Ein-Mann-Partei reduziert. Sie würden ihr halbes Landesprogramm und ihre radikaleren Kräfte verlieren und einer „Zerlei- probe“ ausgesetzt. Deshalb: Absage an die Koalition und Wiederaufnahme der Tolerierung.

87 Wortmeldungen, von denen nur die Hälfte vorgetragen werden konnten, brachten kaum neue Argumente. Dann folgte die Entscheidung: Mit überwältigender Mehrheit stimmten die Grünen zunächst einer Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit der SPD zu. Die Mehrheit für Koalition statt Tolerierung fiel mit 53,4 zu 42,7 Prozent der Stimmen schon sehr viel knapper aus.

Dann aber wurde durch Zusatzträge diese Entscheidung wieder verwässert. Börners Bedingungen wurden durch Gegenbedingungen – zwei Minister statt einem, Übertragung der von Börner ausdrücklich verweigerten Gewerbeaufsicht, Verweigerung des von Börner gewünschten Doppelhaushalts für 1986/87 – konträrker.

„Die Grünen haben auch Vorstellungen, nicht nur die SPD“, suchte Kerschgens zu beschwichtigen. Aber es war offensichtlich, daß er nicht als Sieger vom Platz ging.

Aus München eine Warnung an Hessen

AP/JUR. München/Kassel

Die bayerischen Stromerzeugungsunternehmen werden nicht in die Bresche springen, falls Hessen versuchen sollte, aus der Kernenergie auszustiegen und dann Engpässe aufzutreten sollten. Der stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Atomwerks AG, Jochen Holzer, hat diese Auffassung in einem Gespräch mit dem Wirtschaftslink des Bayerischen Rundfunks erläutert.

Holzer sagte, Bayern verfüge über rund 2400 Megawatt Kraftwerkskapazität. Diese Menge sei ausreichend für den kurzfristigen Einsatz bei Spitzenlastzeiten des Stromnetzes vorgesehen. Außerdem seien die Kraftwerke notwendig, um die Versorgungssicherheit in Bayern zu gewährleisten. Selbst wenn das Bayerwerk diese Kraftwerke rund um die Uhr einsetzen würde, was technisch nicht möglich sei, kämen auf die hessische Bevölkerung nach Meinung Holzers „abenteuerliche Strompreise“ zu. Die bayerische Bevölkerung müßte ferner mit einer starken zusätzlichen Umweltbelastung rechnen.

Holzer gab gleichzeitig zu bedenken, daß ein Ausstieg Hessens aus der Kernenergie seiner Auffassung nach rechtlich gar nicht möglich sei. Holzer: „Die Gesetze des Bundes sehen so etwas nicht vor.“

Der hessische Finanzminister Hans Krollmann trat demgegenüber Befürchtungen entgegen, die Landesregierung werde in einer Koalition mit den Grünen aus der Kernenergie aussteigen. „Unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes konkurriert der heutige Leichtwasserreaktor erfolgreich mit jedem Kohlekraftwerk“, sagte der SPD-Politiker. Die Umsetzung der Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe Hessische Atomenergiepolitik aus Grünen und Sozialdemokraten zielte lediglich auf eine Reform des Energiewirtschaftsrechts.

Für ‚gemischte Gerichte‘

SPD-Juristen: Besatzungsrecht in Berlin reformieren

F. DIEDERICHS, Berlin
Die rund 650 Mitglieder zählende Berliner „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen“ (ASJ) strebt eine umfassende Reform des seit Kriegsende in Berlin geltenden alliierten Besatzungsrechts an, um den Berliner Bürgern einen „rechtsstaatlichen Mindeststandard“ zu gewährleisten. In einem jetzt veröffentlichten Beschlusse, der auf dem nächsten SPD-Landesparteitag in Berlin beraten werden soll, schlagen die sozialdemokratischen Juristen unter anderem den Alliierten die Schaffung sogenannter „gemischter Gerichte“ vor, die mit deutscher Beteiligung über die Rechtmäßigkeit aller Maßnahmen entscheiden könnten. In Zweifelsfragen über die Anwendung alliierten Rechts sollten nicht mehr wie bisher die Stadtkommandanten, sondern solche „Besatzungsgerichte“ entscheiden.

Parallel zu der geforderten Rechtsbereinigung (es gibt insgesamt 6000 alliierte Verordnungen und Gesetze) bemüht sich die beteiligten Juristen bei der Vorstellung des Beschlusses, auf ihre Absicht hinzuweisen, mit den Forderungen nicht den Status Berlins anzutasten. Vielmehr gehe es nach den Worten des ASJ-Vorsitzenden Wolfgang Schomburg „unter dem Dach des Berlin-Status“ um rechtliche Regelungen, die die Bewohner von Berlin (West) in allen Bereichen so stellen wie beispielsweise die Einwohner von Hamburg und München“. Ausgenommen von der Reform des Besatzungsrechts solle lediglich der militärische Kernbereich bleiben. Hintergrund der Forderungen sind

unter anderem schwelende Konflikte wie ein Rechtsstreit um einen Schießplatz der Alliierten in Berlin-Gatow, gegen dessen Errichtung Berliner Bürger vor dem „High Court of Justice“ in London prozessieren und bei dem die genauen Zuständigkeiten der Gerichtsbarkeit immer noch unklar sind. Nach Ansicht des Justizrats der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Dieter Schröder, könne es „nicht hingeworfen werden, daß Berliner Bürger quer durch Europa prozessieren, um Recht zu erhalten.“

Schröder, der kürzlich durch ein von ihm vorgelegtes umstrittenes Gutachten zum Grenzverlauf der Elbe Aufsehen erregt hatte, forderte eine Sinnhaftigkeit von Vorschriften, deren Sinn heute nicht mehr einsehbar sei. Andernfalls könne es eine für den Status der Stadt „gefährliche Entwicklung“ geben.

Als konkrete Punkte nannte die Arbeitsgemeinschaft in diesem Zusammenhang Vorschriften über die Todesstrafe, die in Berlin immer noch gelten, sowie Regelungen über das Mitführen des Personalausweises und das Waffenrecht, das in Berlin den Besitz jeglicher scharfer Waffen mit hohen Strafen bedroht. Einen Schwerpunkt in dem Forderungskatalog bildet auch die bislang praktizierte Überwachung des Post-, Telefon- und Telegrafendienstes durch die Westalliierten. Die bisher ungehinderte Überwachung müsse nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft durch ein alliiertes Gremium kontrolliert werden, dem auch eine Vertrauensperson des Berliner Abgeordnetenhaus angehören sollte.

Wieder härtere Gangart

Ost-Berlin geht konkreten Verhandlungen aus dem Wege

WERNER KAHL, Bonn

Die Verhandlungstaktik der Ostberliner Führung bei Gesprächen mit Beauftragten der Bundesregierung läßt nach Ansicht kompetenter Beobachter wieder auf eine „härtere Gangart“ schließen. Beim Kulturabkommen, dessen Abschluß unter Einbeziehung West-Berlins schon für den Spätsommer vergangenen Jahres – im Zusammenhang mit dem erwarteten Honecker-Besuch – signalisiert worden war, werde von östlicher Seite derzeit „gemauert“. Selbst im Umweltschutzbereich vermeldet es Ost-Berlin offenbar, bei Gesprächen hinaus trotz zunehmenden Drucks auf der eigenen Bevölkerung „zur Sache zu gehen“. In einem Grußwort an die Teilnehmer der Jahrestagung des Kuratoriums Unterteilbares Deutschland blieben die Verhandlungen über das Kulturabkommen unter den aufgeführten Dialogen über Reise- und Besucherverkehr sowie Ost-West-Handel unerwähnt.

Die östliche Seite zeigt offenkundig für über einen Meinungsaustausch und informelle Kommunikation hinausgehende verbindliche Absprachen und Abkommen gegenwärtig keine Bereitschaft, heißt es bei zuständigen Stellen. Salopp formuliert, bringe Ost-Berlin derzeit nur anhaltendes Interesse für Geld, Wirtschaftshilfe und eine neue Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland gegen die USA-Verhandlungen in Genf sowie für einen Abbau der Nachrüstung im Bundesgebiet auf. Nach seiner Einschätzung sieht sich Politiker durch die Erklärung Erich Honeckers vom Wochenende, für ihn gebe es keinen akuten Anlaß, seinen

1984 verschobenen Besuch am Rhein in diesem Jahr nachzuholen, bestätigt.

In Ost-Berlin und Moskau ist anscheinend nach dem Machtantritt Michail Gorbatschows eine Prioritätenliste in Kraft gesetzt worden, die in der innerdeutsche Probleme der Sowjetstrategie der Auseinandersetzung mit den USA absolut unterordnet. In Bonn wird dazu bemerkt, daß die Gespräche mit Ost-Berlin uneingeschränkt weitergeführt werden. Unüberhörbar seien jedoch die Weisungen, die für die Behandlung der Probleme bestehen, in denen bisher baldige Fortschritte und Abschlüsse erwartet werden konnten. Dabei soll anscheinend alles vermieden werden, was die beiden Teile Deutschlands durch entsprechende Abmachungen, sogar im Umweltschutzbereich, verbinden könnte.

Lediglich in den Bereichen, in denen die „DDR“ finanziellen Nutzen ohne vertragliche Regelung hat, gibt es kein rotes Licht. Dabei handelt es sich unter anderem um die von Bonn finanziell unterstützte Ausreise von „DDR“-Bewohnern sowie um die vorzeitige Haftentlassung politischer Gefangener in Gefängnissen der „DDR“ durch Freikauf.

Dagegen soll an den wirtschaftlichen Abmachungen mit der Bundesrepublik Deutschland nichts geändert werden. SED-Politbüromitglied Günter Mittag, Wirtschaftsexperte und vor kurzem in Bonn zu Besuch, forderte Generaldirektoren der SED vielmehr auf, vorhandene Marktanteile durch traditionelle Exportprodukte der „DDR“ nicht nur zu behaupten, sondern auszubauen.

Plädoyer für ‚nationalen Konsens‘

Schü. Berlin

Der nationale Konsens in der deutschen Frage wurde auf der diesjährigen Jahrestagung des „Kuratorium Unterteilbares Deutschland“ im Berliner Reichstagsgebäude mehrfach besprochen. Der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, Johann Baptist Gradl, erwähnte die Politiker zum „sorgsamsten Umgang“ mit diesem Konsens. Einer Haltung der Resignation, Kurzatmigkeit und Trägheit in der nach wie vor ungelösten deutschen Frage müsse mit Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Daß diese Aufforderung insbesondere an die SPD gerichtet war, konnte nach den jüngsten Äußerungen Jürgen Schmudde vor dem gleichen Forum nicht überraschen. Der Berliner SPD-Politiker Löffler fühlte sich wohl deshalb auch veranlaßt, in einem Grußwort an die Teilnehmer der Tagung die Haltung der Sozialdemokraten in der deutschen Frage zu interpretieren. Keine Partei, so Löffler, habe die Absicht, das Grundgesetz zur Disposition zu stellen. Die zum Teil heftigen und polemischen Debatten über die umstrittenen Äußerungen Schmuddes seien jedoch den Intentionen des Kuratoriums nicht dienlich.

Eine nationalstaatliche Lösung der deutschen Frage sei jedoch nicht realistisch. Wichtig sei vielmehr, daß sich alle Parteien darüber im klaren seien, daß Frieden und Freiheit vor der Einheit stünden. Es seien ebenfalls andere Lösungen als die der deutschen Einheit denkbar. Dies könne beispielsweise der Fall sein, wenn ein freier Reiseverkehr, wie er zwi-

schen der Bundesrepublik und Österreich bestehe, auch zwischen den beiden deutschen Staaten garantiert sei und es die gleichen Wertvorstellungen im Osten und Westen Deutschlands gäbe.

Ohne SPD-Politiker direkt beim Namen zu nennen, stellte der CDU-Bundestagsabgeordnete Volker Rühbe fest, daß kein Politiker das Recht habe, die Existenz der deutschen Frage zu leugnen. Im übrigen sei es auch unmoralisch, die deutsche Frage für erledigt zu erklären, weil damit den Deutschen im anderen Teil Deutschlands das Recht auf Freiheit verweigert werde. An die Adresse der SPD gerichtet forderte er, daß Mißverständnisse aufgeklärt und unrichtige Darstellungen korrigiert werden müßten.

Rühbe warnte zugleich davor, sich bei der Lösung der deutschen Frage allein auf die Rechtsposition zu verlassen. Die „Aktuelle Lage“ allein werde nicht über die deutsche Frage entscheiden. Eine vernünftige Deutschlandpolitik müsse vielmehr die politische, moralische und die rechtliche Situation berücksichtigen.

In ähnlicher Weise äußerte sich der FDP-Bundestagsabgeordnete Uwe Ronneburger. Er erwähnte daran, daß nach dem jüngsten tragischen Vorfall an der Berliner Mauer deutlich geworden sei, daß diese Grenze selbst nach dem Abbau der Schußautomaten und Mienen lebensgefährlich für denjenigen sei, der sie ohne staatliche Erlaubnis überwinden wolle. Die Versuche der „DDR“-Führung zur Begründung einer eigenen Staatsnation könnten nur als Geste der Hilflosigkeit angesehen werden. Die „DDR“

sei eben keine Volksrepublik aus Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, sondern ein deutscher Staat, dessen Bürger sich als Deutsche begreifen“.

In Diskussionen am Rande der Berliner Tagung wurde immer wieder deutlich, daß vor allem auf der Ebene der Kreis- und Ortsverbände die unklare Haltung der SPD nicht ohne Konsequenzen geblieben ist. Die „dritte Partei“ müsse immer wieder gestoppt werden, wenn es um Aktivitäten des Kuratoriums gehe. Im allgemeinen sei es so, daß sich stets eine Partei sperre.

Im baden-württembergischen Landesverband sei ein Mitglied nach den Änderungen Schmuddes aus dem Landesverband ausgeschieden. Andere blieben resignierend den Verhandlungen der Orts- und Kreisverbände fern. Kritik wurde auch am Gesamtdeutschen Institut geübt. In einem Falle sei britisches politisches Material, das angefordert worden sei, zurückgehalten worden.

Die Berliner Tagung des überparteilichen Kuratoriums Unterteilbares Deutschland stand im Zeichen einer Krise, die sich an der Frage entzündete, ob der nationale Konsens zwischen den Parteien CDU/CSU, SPD und FDP in der deutschen Frage noch existiere. Beim Vorstand und bei den Landesverbänden wird an diesem Konsens zwar weiterhin festgehalten. Möglicherweise soll der Dissens, der in Teilen der Kreis- und der Ortsverbände des Kuratoriums offenbar in der deutschen Frage besteht, jedoch nicht in den oberen Rängen in die große Glocke gehängt werden.

C. F. von Weizsäcker gegen die ‚Düsseldorfer Erklärung‘

HENK OHNESORGE, Düsseldorf

Die Frage des Friedens und eines Friedenskonkzils der Kirchen – der Gedanke wurde von dem Philosophen und Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker entworfen – stand am letzten Tag des Kirchentags weitgehend im Mittelpunkt. In der mit 12 000 Menschen völlig überfüllten Halle 10 fand er allgemeine Zustimmung bei Vertretern verschiedener Richtungen. Zustimmung fand auf der gleichen Veranstaltung auch bei nur wenigen Gegenstimmen: eine „Düsseldorfer Erklärung“, deren Kernsätze lauten: „Den Frieden unseres Volkes und der Völker durch technische und strategische Fortentwicklung sichern zu wollen kann nach unserer Erkenntnis heute nicht mehr als eine noch mögliche christliche Handlungsweise anerkannt werden.“ Und: „Wir wissen, daß unser Nein zum Abschreckungskonzept große Risiken einschließt: Wir sind bereit, sie zu tragen.“

Gegen diese „Düsseldorfer Erklärung“ wurde sich im Verlauf einer längeren Diskussion Carl Friedrich von Weizsäcker, weil sie in ihrer zugespitzten Form denjenigen das Christsein abspreche, die mit dem

Mittel nuklearer Abschreckung noch „letzte Versuche“ machen: „Diese Formulierung darf ich mit meinem Namen nicht unterstützen“, sagte von Weizsäcker zu seiner Ablehnung der „Düsseldorfer Erklärung“.

Durch die Teilnahme von Vertretern anderer Kirchen bei der Abschlusskundgebung im Rheinlandstadium der bayerische Kultusminister Hans Maier sprach als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken ein Grußwort, die Pfarrerin Annemarie Schönherr aus Ost-Berlin hielt die Abendmahlspredigt – wurde der ökumenische Charakter unterstrichen, der auch in Düsseldorf einer der Schwerpunkte des Kirchentags gewesen war.

In seiner Schlussansprache sagte Kirchentagspräsident Wolfgang Huber unter anderem: „Wir sind nicht mehr geworden, auch auf diesem Kirchentag. Friede ist nicht ein Thema nur für besondere Zeiten. Er ist eine Bedingung für das Überleben der Menschheit. Das Nein zu Massenvernichtungsmitteln aller Art ist noch immer, ja erst recht an der Zeit. ... Was aus diesem Nein folgt, ist noch immer umstritten.“

Eigentum als ‚Motor der Prosperität‘

MICHAEL JACH, Düsseldorf

Die gegensätzlichen Eigentumsordnungen der beiden Staaten in Deutschland seien in Diskussionen über die deutsche Frage ein unbedingtes „nachzuholendes“ Thema. Dies verlangten der Konstanziapresident der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe (Ost-Berlin), und der frühere Ständige Vertreter in Ost-Berlin, Günter Gaus, in einem „Deutschen Gespräch“ am letzten Abend des Düsseldorfer Kirchentags.

Stolpe, zugleich stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Kirchenbundes in der „DDR“, sprach von der Bedeutung privaten Eigentums als „offenkundigen Motors“ allgemeiner Prosperität und verwies auf den Unterschied im Pflegezustand der Städte und Dörfer in Ost und West. Während für die „DDR“-üblichen Formen des „Gemeineigentums“ sich „meist niemand persönlich so recht verantwortlich“ fühle, bedinge ein staatlich garantiertes Eigentumsrecht das „sichtbare Engagement“ der Besitzer. Andererseits meinte Stolpe, komme in einer „prioritätsorientierten“ Privatwirtschaft der Mensch schneller unter die Räder als in der „bedarfsorientierten DDR-Gesellschaft“, wo „Aubeutung

und Streß nicht mehr anzutreffen“ seien.

Günter Gaus erhob die Eigentumsfrage zum Prüfstein für die Ehrlichkeit jeder Debatte über die deutsche Einheit. Denn sollte – wider alles „realistische“ Erwarten des SPD-Deutschlandpolitikern – Deutschland die Chance zur Wiedervereinigung haben, so müsse für die Bundesrepublik die Eigentumsfrage

sich unweigerlich auf die Systemfrage zuspitzen“. Unter diesem Vorzeichen, befand Gaus, fände das „gebetsmühlennartige Gerede vieler Politiker von der Wiedervereinigung“ ein rasches Ende.

Wenige Stunden zuvor hatte der Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Jürgen Schmude, auf dem Kirchentag erklärt, daß „aus Deutschen der Verzicht auf die Einheit der Nation nicht zugemutet werden darf“.

Zugleich schloß der SPD-Politiker, der erst kürzlich das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes

in Frage gestellt hatte, deutsche Ansprüche über die Oder-Neiße-Grenze hinaus „endgültig“ an. Der Grenzbeziehungsverhalt für einen Friedensvertrag bedeute „heute nur noch, daß dann die Westgrenze Polens erneut bestätigt werden würde“.

Mit dieser Einschränkung, versicherte Schmude, „wollen wir offen bleiben“ für grundsätzlich nicht auszuschließende friedliche Veränderungen jenseits des „Horizonts heutiger Erwartungen“. Allerdings dürften die Deutschen dabei nicht auf eine „Schwächung des sowjetischen Machtstatus spekulieren“, um das „Mindestmaß an Vertrauen zwischen Ost und West“ nicht zu verlieren. Um des Verständnisses und der Unterstützung der Nachbarstaaten und -völker willen könne die Friedenssicherung in Europa ebenso wenig davon abhängig gemacht werden, ob zuvor die deutsche Frage befriedigend gelöst sei.

Weitestgehende Rücksichtnahme auf „beunruhigte Nachbarn“ rief auch Manfred Stolpe in der Diskussion mit Günter Gaus an. Dazu sei „das Wort Deutschland behutsam“ zu benutzen und möglichst wenig von Wiedervereinigung und der offenen deutschen Frage zu sprechen.

Verstärkter Jugendaustausch mit Israel gefordert

WILMHERLYN, Düsseldorf

Ein vielbeachtetes Thema auf dem Kirchentag in Düsseldorf wurde in der Arbeitsgemeinschaft „Juden und Christen“ abgehandelt. Im Mittelpunkt standen dabei gegenseitiges Bemühen um Verstehen und Verständnis.

Einer der führenden Vertreter des Judentums in den USA, Marc Tannenbaum, sprach sich dafür aus, die verbale Gewalttakte und die „Kampagne des Hasses gegen Israel“ nicht länger hinzunehmen. Es sei auch eine Aufgabe der Kirchen in Europa, die Stimme gegen die doppelte Moral zu erheben, mit der in der öffentlichen Diskussion der Konflikt im Nahen Osten zugunsten Israels bewertet werde. Man könne nicht die Politik Menachem Begin der vergangenen Jahre angehen und gleichzeitig die Verbrechen der Nachbarvölker verschweigen.

Tannenbaum forderte die Länder der EG auf, dafür zu sorgen, daß der Beitritt Spaniens und Portugals zur Gemeinschaft nicht auf Kosten Israels vollzogen werde.

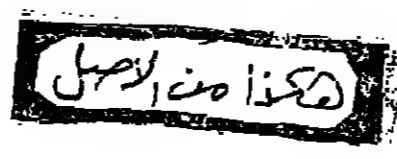
Pfarrer Michael Krupp, der seit zehn Jahren in Israel lebt, schilderte

eindringlich den Lebensalltag dieses Volkes, das sich selbst als „Gejahrgene Zion“ bezeichne und dem es auf Grund der hohen Inflationsrate und strikter Reisebeschränkungen in der großen Mehrheit nicht möglich sei, sich von Europa ein direktes Bild zu machen.

Er erwähnte besonders die daraus resultierende deutlich spürbare Provinzialität der israelischen Jugend und regte einen verstärkten Jugendaustausch an.

In einer Diskussion „Was können wir vor der Nahostlösung für Israel tun?“ wurde der Vorschlag unterbreitet, im Sinai-Gebiet eine Freilandzone zu errichten, die zur Belebung der Wirtschaft und zur Sicherung des Friedens in der Region beitragen könne.

Am Rande des Kirchentags wurde bekannt, daß eine Gruppe von Juden und Christen anlässlich der Verbindung der Nürnberger Basensgesetzte Hilters vor fünfzig Jahren eine Gedenkveranstaltung am 15. September plant. Dieser „Tag der Versöhnung“ in Nürnberg soll dazu dienen, das „jüdisch-christliche Verhältnis zu heilen“.



ünchen
armung
sen

JR. München/...
in Stromerzeugung
werden nicht in 4.
a, falls Hessen von
der Kernenergie
um Engpässe aus-
stellvertretende Va-
le der Bayern-
zer, hat diese Auf-
Gespräch mit de-
des Bayernsta-
tert.
Bayern verfüge
wart Kraftwerke
ge sei ausschlag-
ende Einsatz bei
dem Strombedarf
lig, um die Kern-
in Bayern zu gen-
enn das Bayern-
s rund um die
was technisch
nen auf die best-
sch Meinung Rüdiger
Strompreise" zu
ökonomie mülde
stärken zusätz-
ig rechnen.
leichzeitig zu be-
stiege Hessens an-
ner Auffassung
icht möglich sei, die
des Bundes
ror."
Finanzminister
demgegenüber
iegen, die Landes-
in einer Koalition
der Kernenergie
dem Gesichtspunkt
ntzes konzentriert
wasserreaktor statt
als Kohlekraftwerk
Politiker. Die Un-
bnisse der gemein-
ppe Hessische
aus Grünen und
sietzen lediglich
s Energiewirtschaft

sens"

se Volksrepublik
Brandenburg, Sai-
chen und Thüring-
utscher Staat, die
s Deutsche be-
gründen am Rand
ig wurde immer
vor allem auf der
Ortsverbände
der SPD nicht
geblieben ist. In
rüsse immer
en, wenn es um
Abstraktums
so, daß sich

ürttembergischen
ein Mitglied
schmudes aus
ngeschieden. An-
terierend den
Verstär- und
Kreisver-
urde auch am
Gestalt
stutit geht. In
das neue
politisches
fordert worden
worden.
r Tagung des
Über-
ratoriums
Unklarheit
stand im
Zeichen
an der
Frage
entwäh-
ationale
Konsens
streten
CDUCSU,
58 der
deutschen
Bei
Vorstand
des
Verbands
wird
s
ms
zwar
weiterhin
gleich-
erweise
soll
n
Teilen
der
Kreis-
ände
des
Kurators
er
deutschen
Frage
nicht
in
den
dies-
e
große
Glocke
gebild

ustausch
dert

en Lebensalltag
ch selbst als
Gedank-
eichne und
dem es
hen
Inflations-
rate
beschrän-
kungen
in
die
zeit
nicht
möglich
pa
ein
direktes
Bild

es besonders
die
deutlich
spürbare
Pe-
r
israelischen
Jugend
in
verstärkten
Jugend

skussion
Was
kann
labostlösung
für
den
Vorschlag
unter
at-Gebiet
eine
Proble-
m
richten,
die
zur
Be-
schaft
und
zur
Stab-
dens
in
der
Region
des
Kirchentages
we-
daß
eine
Gruppe
es-
christen
anläßlich
der
Nürnberg-
er
vor
fünfzig
Jahren
Veranstaltung
am
1. Juni
dies-
ant.
Dieser
Tag
in
Nürnberg
soll
den
jüdisch-
christliche
Be-
ziehungen
auf-
leuchten.

Gemeinsam
gegen weltweiten
Terror kämpfen

ROLFGÖRTZ, Madrid
Die Zusammenarbeit aller demokratischen Staaten bei der Bekämpfung des weltweiten Terrorismus forderte der „in forme Piccoli“ des 22. Kongresses der Europäischen Union Christlicher Demokraten am Wochenende in Madrid, als dieser seinen neuen Präsidenten Emilio Colombo wählte. In Lateinamerika führe der Terrorismus über eine Versteifung rechter Militärdiktaturen zu einer Diktatur des Proletariats. Auf der Strecke bleibe die Demokratie.
Der „in forme Piccoli“, ein Bericht des Präsidenten der Democrazia Cristiana (Italien), weist nach, daß die linken Terrororganisationen auch in Europa - er nannte als Beispiel die IRA und die ETA - von der Sowjetunion gesteuert und gestützt werden.
Dabei fällt auf, daß die aus der gemeinsamen marxistisch-leninistischen Grundidee gespeisten Aktionen der extremen Linken häufig mit denen der Ultra-Rechten übereinstimmen.
Kongressleiter Kai Uwe von Hassel zeichnete vor dem Kongreß ein Bild zunehmender Aggressivität der Sowjetunion seit der letzten Tagung 1980 in Lissabon, „trotz der sogenannten Entspannungspolitik der Sozialisten internationale“, wie er der WELT gegenüber betonte. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die europäischen CD-Parliser die Lage der Christen in Libanon. Von Hassel: „Wir europäischen Christen sind aufgefordert, den Überlebenskampf unserer Brüder im Nahen Osten mit allen Mitteln zu unterstützen.“
Als scheidender Präsident hatte der italienische Außenminister Andreotti die spanische Regierung aufgefordert, die NATO nicht zu verlassen. Eine Aufforderung des Kongresses an Madrid, von der Volksabstimmung über den Verbleib in der NATO abzulassen, wurde jedoch auf Bitten der spanischen Gastgeberpartei, der Demokratischen Volkspartei, unterlassen. (SAD)

Immer mehr Filipinos
schließen sich der KP an

CHRISTEL PILZ, Manila
Seit der Aufhebung des Kriegsrechts auf den Philippinen im Jahr 1981 hat die Kommunistische Partei des Landes (CPP) ihren bewaffneten Kampf von Jahr zu Jahr intensiviert. Ihre „Neue Volksarmee“ (NPA) operiert heute in allen 73 Provinzen.
Dazu hat sie, so teilt ein Sprecher in einem Guerrillacamp bei Zamboanga mit, eine Armee von 20 000 regulären Kämpfern. Mehr als die Hälfte seien bewaffnet. Dörfliche Milizen und städtische Partisanen ergänzen dieses Potential. Wie stark sie zahlenmäßig sind, wurde nicht genannt. Diese Kämpfer befinden sich erst in der Probezeit und gehören noch nicht zum festen Stab der NPA.
Der rasche Zulauf zur NPA reflektiert sich in wachsender Kampfzähigkeit im ganzen Land. Was der NPA fehlt, ist Kampffähigkeit. Auch haben die Kämpfer nur leichte Waffen. Sie attackieren nur dann, wenn sie persönlich überlegen sind. Ihre Angriffsziele sind kleine Polizeistationen, einsam gelegene Plantagenbetriebe oder Bauhallen. Sie vermeiden Gefechte mit den Militärs; sie zeigen Stärke eher in den Städten.
Aus allen Landesteilen kommen Meldungen, daß NPA-Verbände stundenweise die Ämter der Bürgermeister besetzen, Reden an das Volk halten, die Übergabe von Waffen erzwingen und anderen Gegenständen, die sie gebrauchen können, wie Schreib- und Kopiermaschinen, Funkgeräte, Feldradios oder Generatoren.
Protest gegen Marcos
Meist fällt in solchen Überfällen kein einziger Schuß. Gelegentlich exekutieren die NPA-Kämpfer den Bürgermeister oder andere Vertreter der Marcos-Regierung, ehe sie wieder abziehen - zu Fuß, auf Lastwagen, mit Motorrädern. „Wir sind sicher, daß wir siegen werden“, sagen die CPP-Sprecher. Als Zeitraum nennen sie fünf bis zehn Jahre. Für die nahe Zukunft kündigen sie „größere Offensiven“ auf dem Lande und „Aufstände in den Städten“ an.
Priorität dürfte ihr Kampf in den Städten haben, wo sich seit der Ernennung des populären Oppositionsführers Benigno Aquino im August 1983 die Welle des Anti-Marcos-Protestes in einer Weise verschärft, daß Beobachter hier die eigentliche Herausforderung gegen die seit Jahren währende Herrschaft von Präsident Marcos sehen.
In allen Schichten der Bevölkerung sind politische Aktionsgruppen entstanden, die sich unter der Führung der Ex-Senatoren Tanada und Diokno als „Parlament der Straße“ solidarisierten und sich Ende März zu einer nationalen Bewegung unter dem Namen „Bayan“ konsolidierten. „Bayan“-Sprecher erklärten es als ihr nächstes Ziel, eine Schattenregierung und eine Schattenadministration aufzubauen, um den bewaffneten Kampf zu koordinieren. Die meisten „Bayan“-Gruppen sind Mitglieder der Nationalen Demokratischen Front.
Eine nationale Allianz
So ist es kein Geheimnis, daß die Hintermänner der „Bayan“-Koalition Strategien des Untergrunds sind. Was sie wollen, deckt sich mit den Wünschen vieler Filipinos: den Sturz der Regierung Marcos und der herrschenden Elite, ein Ende der semikolonialistisch-semifeudalistischen Gesellschaftsstrukturen, die Errichtung einer „Regierung der nationalen Allianz“, in der alle Kräfte von links bis rechts das Recht auf Mitarbeit am nationalen Schicksal haben.
Was jedoch immer mehr Filipinos zu denken gibt, ist der erklärte Einschluss der Kommunisten. „Aber was bleibt uns anderes übrig?“, sagte ein „Bayan“-Aktivist. „Marcos hat uns in eine nationale Krise getrieben, aus der es keinen Ausweg gibt, solange er bleibt. Wir wollen, daß er zurücktritt. Aber da er davon nichts hält, zwingt er uns zum Pakt mit dem Teufel.“
Der Oberste Gerichtshof der Philippinen hat bekräftigt, daß das Zivilgericht Sandigan Bayan im Aquino-Prozess zuständig ist. Damit wurden zwei Anträge von privaten Klägern zurückgewiesen, die die von Staatspräsident Marcos per Dekret vorgenommene Überweisung des Verfahrens an ein Zivilgericht für verfassungswidrig ansehen und eine Übertragung an ein Militärgericht fordern. Das Zivilgericht war von Marcos offensichtlich gewählt worden, um die angeklagten Militärs vor harten Strafen zu schützen.

Moskau bleibt Indiens
außenpolitischer Pfeiler

MARTA WEIDENHILLER, Bonn
So manche kühnen Erwartungen brachen sich Bahn, als Rajiv Gandhi Indiens Premier wurde. Diese betrafen nicht zuletzt die Außenpolitik. Wird Delhi, blockfrei mit sowjetischer Neigung, einen Schwank hin zu den USA vollziehen? Überall schienen man plötzlich Anzeichen dafür zu entdecken.
Gandhi erhielt seine Ausbildung im Westen. Ideologie gilt ihm weniger als pragmatisches Handeln, und er beschuldigt nicht die „foreign hand“ - Amerika - wenn dies innenpolitisch zweckmäßig erscheint, und vor allem: Computer und Spitzentechnologie faszinieren ihn. Damit will er erreichen, daß seine liberale Wirtschaftspolitik schneller greift.
Zahlreich die Gäste, die seit November den Weg von Washington nach Delhi fanden. Die Amerikaner gerieten ins Schwärmen, witterten sie doch schon das große Geschäft, auch in Sachen Waffen. Als Mitte Mai ein Abkommen über Technologie-Transfer unterzeichnet wurde, war gar von „Beginn eines bedeutenden Wechsels in den Beziehungen zwischen den zwei größten Demokratien der Welt“ die Rede.
All diese kleinen Bewegungen reichten aus, um die Sowjets nervös zu machen. Nicht überraschend daher, daß sie Gandhis Moskau-Besuch einen glanzvollen Rahmen gaben, Gorbatschow sich viel Zeit für Rajiv nahm und dieser mit einem 11-Milliarden-Rupien-Kredit und der Lieferung der MiG-29 zurückkehrte.
Lange Zeit hatten sich die Inder vergeblich um dieses Kampfflugzeug bemüht. Es bedurfte erst des Schocks der Mirage - Paris beginnt gerade mit deren Lieferung - und der gegenwärtigen Sorge einer Annäherung an die USA, sich Indiens Drängen zu fügen.
Zweifelslos nutzen die Inder den Ost-West-Wettbewerb aus, auch wenn sie von Diversifizierung sprechen. Zwar kamen in den letzten fünf Jahren Verträge mit Franzosen, Briten und Deutschen zustande, aber dem Streben nach mehr Unabhängigkeit von den Sowjets sind Grenzen gesetzt. Etwa 70 Prozent des Rüstungsmaterials kommt aus der Sowjetunion. Und Indien hat enorme Summen investiert. Moskau gibt zudem günstige Kredite und Rückzahlungsmodalitäten, es liefert nicht nur in Friedenszeiten, und seine Waffen sind billiger. Wenn sich Indien dennoch im Westen

Sorgen in Israel über
Husseins Waffenwünsche

PETER M. RANKE, Tel Aviv
Ein geplantes amerikanisches Waffengeschäft mit Jordanien, gegen das sich im US-Senat bereits eine Mehrheit formiert, kann den „Friedensprozeß“ in Nahost nur behindern und nicht fördern. Darauf machen israelische Regierungskreise aufmerksam.
In der Likud-Fraktion wird sogar erklärt, die Vorschläge König Husseins für amerikanische und später israelische Verhandlungen mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation seien lediglich eine Verschleierungstaktik, um die jordanischen Waffenkäufe gegenüber dem Kongreß abzuschirmen.
Wie aus Militärkreisen verlautet, will Jordanien in den USA die bisher noch nie ins Ausland gelieferten Kampfmaschinen vom Typ S 20 kaufen, außerdem mobile Hawk-Luftabwehraketen und anderes, hochmodernes Material. Das Waffengeschäft, das vor allem von Saudi-Arabien finanziert wurde, war im letzten Herbst von Washington noch mit der Begründung abgelehnt worden, Hussein müsse sich erst am „Friedensprozeß“ beteiligen. Das ist nach Auffassung des US-Außenministeriums jetzt der Fall.
Israelische Militärs befürchten, daß Israels Luftwaffe und Luftverteidigung ausgeschaltet werden, wenn Jordanien die genannten Waffen erhält und gleichzeitig die Räumung der besetzten Gebiete im Rahmen des „Friedensprozesses“ durchzusetzen vermag.
Friedensprozeß gestört
Entweder neue Waffenlieferungen oder wirklicher „Friedensprozeß“ mit einer möglicherweise teilweisen Räumung der 1967 besetzten Gebiete, aber beides zusammen geht nicht, betonen Militärkreise. Sie verweisen darauf, daß Jordanien schließlich Kriegspartner Iraks am Golf sei und wie Ägypten neugelieferte Waffen nach Bagdad weiterleiten könnte. Eine syrische Bedrohung Jordaniens werde von Amman übertrieben. Nähere Aufschlüsse erwarten die Israelis von Unterstaatssekretär Richard Murphy, der Ende Juni zu einer Nahost-Mission aufbrechen will.
Nachdem der jordanische Regierungschef Rifai unlängst mitgeteilt hat, dem „Friedensprozeß“ müßten nach Meinung Husseins alle UNO-Re-

solutionen und der arabische Fez-Plan von 1982 zugrunde gelegt werden, sehen Regierungskreise aus der Likud-Fraktion in Husseins Bestrebungen vor allem eine Neuaufgabe der arabischen Manöver von 1981.
Als saudischer Kronprinz hatte Fahd damals mit Hilfe von PLO-Chef Arafat einen „Friedensplan“ ausgearbeitet, der dann ein Jahr später beim arabischen Gipfel in Fez gebilligt worden war. Dieser „Friedensplan“ diente vor allem aber dazu, 1981 umfangreiche Waffenlieferungen, zu denen F 15, Awacs-Maschinen und Sidewinder-Luftabwehraketen gehörten, durch den US-Senat zu lassen.
Zugeständnis Amerikas?
Dieser Fahd- oder Fez-Plan, auf dem Hussein und Arafat den neuen „Friedensprozeß“ mit amerikanischer Hilfe gründen wollen, wenn erst einmal eine jordanisch-palästinensische Delegation zusammengestellt ist, wird von den Israelis abgelehnt. Denn er sieht, ohne daß das Wort Israel oder Frieden erwähnt wird, unter anderem vor: Die Räumung aller besetzten Gebiete einschließlich aller israelischen Siedlungen, die Gründung eines PLO-Staates mit Jerusalem als Hauptstadt, die Rückkehr oder Entschädigung aller Flüchtlinge und die Überwachung dieser Nahost-Lösung durch den UNO-Sicherheitsrat. Als Gegenleistung wird das Recht aller Staaten der Region auf friedliche Existenz erwähnt, wovon Israel als „zionistisches Gebilde“ für die arabische Seite ausgenommen bleibt, da ja ein PLO-Staat nur als Rumpf für die spätere „Befreiung“ ganz Palästinas dienen soll.
Israel hat die US-Regierung über die strikte Ablehnung derartiger Pläne durch die Regierung und die Opposition niemals im Ungewissen gelassen. Dennoch befürchtet man jetzt in Jerusalem, daß Washington im Sinne König Husseins zu Zugeständnissen bereit sein könnte.
Das grundsätzliche Ja des US-Außenministeriums zu Verhandlungen mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation, der auch PLO-Bekanntmachung, wird in Israel als Auftakt für eine schwierige Zeit in den israelisch-amerikanischen Beziehungen betrachtet. (SAD)



Investieren Sie jetzt.
Das BfG-Kredit-Sonderprogramm steht bereit.

- Ab sofort bieten wir Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ein Kredit-Sonderprogramm zur Finanzierung von Investitionen aller Art:
 - Mittel- bis langfristige Laufzeiten, entsprechend der Nutzungsdauer der Investition, bis zu 15 Jahre.
 - Individuelle Rückzahlungsvereinbarungen mit bis zu 3 tilgungsfreien Jahren.
- Günstige Konditionen, auf Wunsch mit 4- oder 5jähriger Zinsfestschreibung möglich.
- Dieses aktuelle Angebot kann auch mit KfW-Programmen und öffentlichen Fördermitteln kombiniert werden.
- Sprechen Sie mit uns. Gute Bankberatung ist Maßarbeit.

BfG-Ihre Bank

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Dreggers Position

„Dregger bekämpft Passivität Europas“; WELT vom 1. Juni

Sehr geehrte Herren, die Position Alfred Dreggers hebt sich wohlwollend von dem verwirrenden Bild ab, das die Bonner Koalition in der SDI-Frage bietet. Endlich hat ein führender Unionspolitiker der Öffentlichkeit verständlich gemacht, worum es bei der Beteiligung Europas geht: Entweder um eine Mitarbeit am gesamten Forschungsprogramm, die sich am Leistungsvermögen der Europäer auf den einzelnen Fachgebieten zu orientieren hätte. Oder um eine Konzentration der Europäer auf die Erforschung der frontnahen Raketenabwehr, die dem ganzen Bündnis nicht minder zugute käme. Die haushaltspolitischen Sorgen Präsident Reagans lassen vermuten, daß man in Washington für beide Möglichkeiten aufgeschlossen ist. In seinem Interview mit Manfred Schell hat Dregger aber auch eine Einsicht ausgesprochen, die man nicht oft genug wiederholen kann: Ohne das Bündnis mit den USA könnte die Bundesrepublik Deutschland gar nicht existieren, während die USA

ihren Halt in Europa verlieren würden. Zwar steht die transatlantische Interessengemeinschaft auf einer soliden Grundlage. Denn nur wenn der Kreml über das Potential und die geostrategischen Positionen Europas verfügt, könnte sein Imperium die Statur einer Weltmacht gewinnen, die den nordamerikanischen Kontinent herausfordern könnte. Aber man darf die Gefahr nicht unterschätzen, daß die SDI-Gegner diese Solidarität aushöhlen und schließlich zum Einsturz bringen.

Ganz abgesehen davon, daß die Raketenabwehr die Sonderstellung der Atomsmächte einschränken muß, wird es immer deutlicher, daß der Bundesrepublik Deutschland in der SDI-Frage eine Schlüsselrolle zufällt. Wenn sie voranschreitet, wird sie dazu beitragen, daß andere Bündnispartner ihre Hemmungen überwinden. Noch könnte die Union dafür sorgen, daß die Weichen richtig gestellt werden. Bei dieser Aufgabe muß man Dreggers Erfolg wünschen.

Mit freundlichen Grüßen W. Fleischer, Hamburg 70

Befremdliches Verhalten

„Gemeiner gibt scharfe Kritik an Protesten“; WELT vom 29. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Betroffenheit muß der deutsche Staatsbürger im Abstand weniger Wochen immer wieder Meldungen lesen, aus denen hervorgeht, daß der deutsche Außenminister die Regierungen befreundeter Staaten drängt, gegen das eigene und das gemeinsame Interesse zu handeln. Dies geht seit Jahren so: Ob Genfer Abrüstungsverhandlungen, Libanonkrise, Falkland oder Tschad: Immer macht man es den wenigen Regierungen, die den Mut haben, sich gegenüber der vom Osten finanzierten Gewalt zu verteidigen, schwerer und fällt ihnen in den Rücken.

So auch jetzt gegenüber Südafrika: Der Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder gilt offenbar nur gegenüber sozialistischen und islamischen Revolutionsregierungen, bei denen Dinge unbeanstandet durchgehen, die man schärfstens kritisiert hatte, als sie in weit schwächerer Form bei den

monarchistischen Vorgängerregierungen vorkamen (Iran, Libyen, Afghanistan, Äthiopien), und die sofort beanstandet werden, wenn sie in Israel oder Südafrika vorkommen. Der Carter-Stil der überheblichen Besserwisseri gegenüber Freunden, in den USA überwunden, in Bonn ist er noch in Reinkultur anzutreffen. Sicher ist die Rassenpolitik Südafrikas nicht immer erfreulich und überdies gefährlich. Aber wir sollten eher die Fortschritte anerkennen, insbesondere vor dem Hintergrund der tödlichen Gefahren, denen sich die Republik gegenüber sieht, statt die Politik der behutsamen Schritte zu desavouieren. Ist es wirklich die Aufgabe Deutschlands, über andere Staaten wegen ihrer Rassenpolitik zu Gericht zu sitzen?

Ein besonderer Punkt ist Namibia, das ehemals deutsche Südafrika. Hier handelt es sich zwar nicht um eine innere Angelegenheit der Republik Südafrika, sondern um die Abwicklung eines Völkerbundsmandats. Aber welcher Teufel reitet uns, hier

auf Einbeziehung des von einer unvermeidlichen und haßerfüllten Mehrheit bestimmten UNO-Kurses zu drängen, solange wir in der Angelegenheit der eigenen, in gleicher Weise nur vorläufig unter fremde Verwaltung gestellten Gebiete die Auffassung vertreten, die Fakten dürften nicht revidiert werden? Ostpommern und Schlesien sind seit vierzig Jahren faktisch in polnischer Hand, Südafrika seit fünfundsiebzig Jahren ebenso faktisch in der Hand der Südafrikanischen Union, jetzt Republik Südafrika. Diese setzt sich für die Unabhängigkeit des ihr anvertrauten Mandatsgebietes ein und will lediglich auf die Art des Übergangs Einfluß nehmen, um dem Land eine schwarze Terrorregierung zu ersparen. Folge: Bonn beharrt rechtstherberisch auf UNO-Resolutionen, obgleich deren Schädlichkeit seit langem erwiesen ist (PLO). Wann hätte man gehört, daß sich der deutsche Außenminister für ein unabhängiges Schlesien eingesetzt hätte (bei Garantie der persönlichen Unversehrtheit der derzeitigen Macht-haber)? Und: Sind die Erfahrungen mit Tansania, Moçambique, Simbabwe wirklich so ermutigend, daß wir hier drängend und belehrend vorprechen müssen?

Mit freundlichen Grüßen U. v. Heyl, Lampertheim 1

Burschenschaft

„Burschenschaft auf dem Burschentag“; WELT vom 31. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren, der Burschentag spiele mit historischem Sprengstoff, meint Peter Philipps in seiner Vorschau auf die geplante Tagung in Landau/Pfalz, hätte den „Sprengstoff“ zu fürchten? Doch wohl nur diejenigen in unserem Land, die eifrig an einem Bild Deutschlands malen, das unser Volk auf die moralische Anklagebank set-

Wort des Tages

„Klar nennt man die Ideen, die dasselbe Maß an Verwirrung haben wie unser eigener Geist.“

Marcel Proust; franz. Autor (1871-1922)

zen und es politisch unendlich machen soll. Rücksichten auf historische und politische Tatsachen werden dabei nicht genommen. Einer schrecklichen Vereinfachung wird der Vorzug vor nüchternen Tatsachen gegeben.

Es wäre schon längst an der Zeit, die politischen Vorgänge in diesem Jahrhundert im Zusammenhang zu betrachten und nicht Deutschland zum alleinigen Sündenbock zu stampeln. Die Ergebnisse einer solchen Betrachtung mögen manchen nicht gefallen und werden sicher für unsere Zukunft Folgen haben. Mit einer manipulierten Geschichtsbetrachtung wird aber wohl kaum die Zukunft bewältigt werden können. Je länger man sich vor den Tatsachen herumdrückt, um so verheerender könnten später die Folgen sein. In Abwandlung eines alten römischen Spruches könnte es dann heißen: „Wehe den Siegern.“

Den Burschenschaften muß Dank gesagt werden für den Mut, die heißen Eisen auf ihrer Tagung anzufassen. Es bleibt zu wünschen, daß die dort diskutierten Themen in weiten Kreisen unserer Bevölkerung Beachtung finden.

Mit freundlichen Grüßen F. Schwardt, Berlin 27

Bildung

„Große Lehrer, frühe Pflanzler“; Gehilte WELT vom 28. Mai

Der Beitrag von Wolfgang Wild behandelt eindringlich die Situation der Gegenwart.

Ist man als älteres Semester, das noch Latein und ein wenig Griechisch kann, hin und wieder unfreiwilliger Zeuge von nicht fachbezogenen studentischen Aktivitäten und Interessen, dann hat man nicht selten Gelegenheit, sich zu wundern.

Das um so mehr, wenn man sich daran erinnert, was beispielsweise Hegel, Schelling und Hölderlin, die als Studiengenossen im Tübinger Stift gemeinsam eine Stube bewohnt haben, in einem Alter an qualitativen Leistungen hervorgebracht haben, die heute kaum glaubhaft erscheinen.

Sind die Erinnerungen daran auch fast ausgelöscht (welcher Durchschnittsstudent kennt ihre Namen?), so bleibt doch ihr Verdienst für alle Zeiten ungeschmälert.

Im Jahr 1798, also mit 23 Jahren, wurde Schelling auf die Anregung Fichtes hin und auf Betreiben Goethes nach Jena als unbesoldeter Professor der Philosophie berufen.

Dr. Rheinheimer, Frankfurt/Main

GEBURTSTAG

Professor Georg Heherer, Direktor der Chirurgischen Klinik und Poliklinik der Universität München, feierte gestern seinen 65. Geburtstag. Unter seiner Leitung entwickelte sich das Klinikum Großhadern zu einem der führenden Transplantationszentren in Europa. Mit über 150 Nierentransplantationen jährlich steht Heherers Institut hinter Minneapolis und San Francisco auf Platz drei in der Welt. Heherer, 1920 in Dietzenbach bei Frankfurt am Main geboren, studierte Medizin an den Universitäten Marburg, Gießen, Heidelberg und Tübingen. 1959 richtete er als erster deutscher Mediziner in der Bundesrepublik Deutschland in Köln eine Abteilung für experimentelle Chirurgie ein. Seit 1973 ist Heherer in München, seit 1978 Direktor der Chirurgie. Er nahm 1966 erstmals in der Welt an der Chirurgischen Klinik der Universität Köln eine Operation am offenen Herzen bei einem künstlich ausgelöstem Herzstillstand (Kardioplegie) vor. 1967 begann er Nieren an Menschen zu transplantieren.

AUSZEICHNUNGEN

Professor Dr. Martin Schwind (78) hat auf seiner jüngsten, soeben abgeschlossenen und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützten Japan-Reise eine außerordentliche Auszeichnung erfahren. Die älteste geowissenschaftliche Gesellschaft in Japan, die Tokyo Chigaku Kyokai, überreichte ihm in Würdigung seines dreißigjährigen Japan-Werkes die 1879 aus Anlaß der Ankunft des Nordmeer-Fahrers Niels Nordenskjöld in Tokio gestiftete große Medaille, die seither sehr sparsam vergeben wurde. Außer Nordenskjöld erhielten sie Sven Hedin, H. W. Ahlmann und Dudley Stamp. Professor Schwind hatte bereits vor wenigen Jahren von der japanischen Regierung den „Orden der Aufgehenden Sonne“ in der höchsten für Forschungsleistungen verliehbaren Stufe erhalten.

Der Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Professor Reimut Jochimsen, hat in Düsseldorf das vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Dr.-Ing. Reinhard Menger überreicht. Dr.

Personalien

Menger, seit 1970 geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), erhielt diese hohe Auszeichnung für das außerordentliche Engagement, mit dem er sich ergänzend zu seiner Tätigkeit als Direktor des VDI ehrenamtlich in zahlreichen nationalen und internationalen Gremien und technisch-wissenschaftlichen Vereinigungen für im Interesse des Gemeinwohls liegende Aufgaben eingesetzt hat. Menger, 1920 in Berlin geboren, studierte an der Technischen Hochschule Darmstadt Schiffbau und wurde 1949 an der Technischen Hochschule Braunschweig 1949 sein Diplom. Nach seiner Promotion 1955 war er in der Forschung und Entwicklung des Fahrzeugbaus und von 1963 bis 1969 als Fabrikleiter in der elektronischen Industrie tätig. Seit 1970 ist er Direktor und geschäftsführendes Mitglied des VDI.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat den Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Dr. Carl Heias Schiel, mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. In ihrer Rede würdigte Bildungsministerin Dorothee Wilms, die die Auszeichnung übergab, die besonderen Verdienste Schiels um die deutsche Wissenschaftspolitik. Die Ministerin unterstrich die Rolle Schiels als „Ratgeber“ innerhalb der DFG. Drei Präsidenten diente er als Generalsekretär, vier hat er in knapp 30-jähriger DFG-Zugehörigkeit erlebt. Der promovierte Jurist, seit 1985 Generalsekretär der DFG, ist seit kurzen zugleich Vizepräsident der International Foundation for Science (IFS).

Der Umweltschutzpreis „Goldene Blume von Rheid“, eine acht Zentimeter hohe Dahlie aus purem Gold, geht in diesem Jahr an den 70-jährigen Professor Gerhard Olshowy aus Bonn. Olshowy gilt als Vordenker und großer Mahner zum Schutz bedrohter Tiere und Pflanzen, als der Umweltschutz noch kein vorrangiges Thema war. Er hat jahrelang unter anderem als Leiter der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie gewirkt. Das Kuratorium „Goldene Blume von Rheid“, das den gleichnamigen Preis von 1967 alle zwei Jahre vergibt, würdigt damit auch

Olshowys wissenschaftliche Arbeit in der Deutschen Gartenbaugesellschaft und der Unesco. Preisträger vor Olshowy waren unter anderem Bernhard Fritz der Niederlande, Helmut Stelmann und Theo Beyerhald. Die Preisverleihung findet während der Rheidter Blumenwoche am 6. September statt.

WAHL

Die Delegierten aus den 21 Mitgliedsparteien der Europäischen Union (Christlichen, Demokraten (EUCD) haben auf dem 10. Kongreß ihrer Organisation in Brüssel den Deutschen Christenpolitiker Ralf Hees zum neuen Präsidenten der EUCD gewählt. Deutsche Vizepräsidenten der EUCD wurden Kai-Uwe von Hassel (CDU) und Dr. Fritz Pürki Mäpfer (CSU). Von Hassel, früherer Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Bundesverordnungsminister und Präsident des Deutschen Bundestages, der den Kongreß in Madrid als amtierender Vizepräsident leitete, gehört zu den Gründungsmitgliedern der EUCD. Dr. Fritz Pürki Mäpfer war viele Jahre Mitglied der Bayerischen Staatsregierung als Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung. Er ist Mitglied des Landesparlamentes der CSU. Seit 1984 ist er Abgeordneter im Europäischen Parlament und Ko-Vorsitzender der Deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion.

Der Mainzer Weihbischof Josef Maria Reuß hat im Alter von 78 Jahren gestochen. Reuß war seit 1984 Weihbischof und Leiter des Mainzer Priesterseminars als Professor für Pastoraltheologie von 1965 bis 1979. Das Bischöfliche Ordinariat würdigte den Theologen als Reformator der Priesterausbildung und Erneuerer der Ehe- und Familienfrage. Er habe der allgemeinen Pastoraltheologie wegweisende Impulse gegeben. Besondere Anerkennung erfuhr Reuß unter anderem durch die Berufung in die päpstliche Kommission zum Studium der Bevölkerungs-, Familien- und Sexualprobleme im Jahre 1965.

Der langjährige Direktor einer der angesehensten deutschen Schulen, des Cantius-Kollegs in Berlin, starb jetzt in Wiesbaden. P. Dr. Helmut Klein SF lebte dort im Ruhestand. Das Cantius-Kolleg wird vom Jesuitenorden unterhalten.

MICROCHIP



Innerhalb von nur 26 Jahren ist Hitachi in die Vorderfront der Schaltkreis-Technologie vorgedrungen. Wir haben das Know-how und die Erzeugnisse für das neue Zeitalter der Elektronik geliefert, von der Entwicklung integrierter Schaltkreise für die Datenverarbeitung bis zu den sehr grossen Integrierten vom VLSI-Format für den Supercomputer.

Steine lehrten wir, sich zu „erinnern“ Heute sind Hitachi-Forschungsergebnisse bereits Allgemeingut: Microchip-Speichervorrichtungen können auf einer einzigen, nur einen halben Quadratmeter grossen Scheibe aus Silizium, einem der verbreitetsten Minerale auf der Erde, bis zu einer Million schnell zugänglicher Informationsbits speichern. Winzige Mikrocomputer können den Betrieb von Fahrstühlen, Lokomotiven und Stromerzeugern kontrollieren. Mikroschaltkreise arbeiten in Tastatur-Fernsprechern, Hochgeschwindigkeitsdruckern, Anzeigeterminals und anderen elektronischen Bürogeräten. Hitachi-Innovationen

erschliessen immer wieder neuartige Möglichkeiten des Einsatzes, wie zum Beispiel unser logischer Schaltkreis mit tiefgekühltem Josephson-Übergang und einer Schaltgeschwindigkeit von nur 5,6 Trillionstel einer Sekunde – der schnellsten auf der Welt.

Und hier die Hitachi-Zukunft: Computer und Fernseh-Fernsprecher im Taschenrechner-Format. Automatische Transportsysteme, die den Fahrzeugverkehr ganzer Städte steuern. Heimroboter, die selbständig „denken“ können. Eine neue Generation von Laserstrahlen, Sensoren und anderen elektronischen Vorrichtungen. Und vieles Andere mehr. Die Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Forschung werden allen Menschen zugute kommen: für höhere Lebensqualität, für humane Arbeitsplätze! 2 Ziele, die Hitachi seit 75 Jahren verfolgt.

WIR GLAUBEN, DASS MICROCHIPS DIE BAusteINE FÜR DIE MENSCHLICHE GESELLSCHAFT DER ZUKUNFT SIND HITACHI

Hitachi Electronic Components Europe GmbH, Hans-Peter-Strasse, 10A, D-60313 Haar/Munich, W. Germany Tel. 089-49140

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

Abiturnoten kaum noch zu vergleichen?

F. DIEDERICH, Berlin
Bei gestiegenen Anforderungen an die Schüler ist das Leistungsprofil an deutschen Schulen in den letzten fünf Jahren immer uneinheitlicher geworden...

Die Länderchefs mal Manager mal Monarch

Von HORST STEIN
E in Bild wie aus dem Reise- prospekt: Weiße Wolken segeln vor blauem Himmel...

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen“ oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut...

Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut, hat die Politiker befragt und mit ihren Wählern gesprochen. Diese Folge seiner WELT-Serie porträtiert Franz Josef Strauß, seit bald sieben Jahren Ministerpräsident des Freistaates Bayern.

„Wir Bayern wollen an der Spitze bleiben!“

dreimal, aber dem Regierungschef wird's nicht zuviel. „Ist das nicht zünftig?“ sagt der Landesvater und wirft mir einen strahlenden Blick zu...

sind gute Ratschläge, deren Nichtbeachtung wie in früheren Jahren vom jenseitigen Staatsoberhaupt geahndet wird...

hier hat, genaugenommen, nur einer das Sagen. Er liest zu viele Akten, seufzt die Würdenträger, er kommt zuviel im Land herum...

ZVS abschaffen?

Kontrovers diskutiert wurde auf der Tagung die seit längerem in Kultusministerkreisen erörterte Frage, ob den Universitäten - bei einer Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) - die alleinige Auswahl der Studenten obliegen sollte...

Politik immer mitgestaltet

Franz Josef Strauß, Jahrgang 1915, examiniert Althilologe und Historiker, Mitbegründer der CSU, hat über mehr als die Hälfte seines Lebens hin die Politik in Bayern im Bund handelt mitgestaltet...

Politik immer mitgestaltet

Franz Josef Strauß, Jahrgang 1915, examiniert Althilologe und Historiker, Mitbegründer der CSU, hat über mehr als die Hälfte seines Lebens hin die Politik in Bayern im Bund handelt mitgestaltet...



Die Freude an der Jagd zählt gewiß auch dazu. Im Strauß-Büro hängt die Krone eines Zenders, den der Ministerpräsident als Jagdstück des Ungarn Janos Kadar erlegt hat...

Verbindliche Fächer

Als wichtige Elemente zur Steigerung der Studienfähigkeit kristallisierten sich während der Tagung Sprachtests für Studienanfänger, punktuelle Zwischenprüfungen in allen Studiengängen sowie Modifizierungen der Reformierte Oberstufe heraus...

So auch in Passau: 2500 Handwerker...

So auch in Passau: 2500 Handwerker bereiten ihnen dort in der Nibelungenhalle, für Strauß seit den berühmten Aschermittwochen eine Stütze rhetorischer Triumphe, zum Empfang eine stehende Ovation...

Natürlich verliert der Ministerpräsident...

Natürlich verliert der Ministerpräsident ein „volkswirtschaftlicher Sicherheitsgut“. Freilich kann es der Regierungschef weder in Passau noch anderwärts lassen, zu einer weit- und bundespolitischen Tour d'horizon auszuholen...

kaum jemand je angemerkter...

kaum jemand je angemerkter „Im vergangenen Jahr“, sagt er dann, oder „aus diesem feierlichem Anlaß“...

421. AUKTION

19. bis 21. Juni 1985
Vorbesichtigung: 10. mit 15. Juni
Montag und Mittwoch 9-12.30/13.30-20.00 Uhr

Hotel Landhaus Höpen
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkaufsräume im Dreieck Hamburg-Hannover-Fragen (je 45 Min) Freuen Sie uns, wir informieren Sie gern.

Generalvertreter für Camping und Caravaning
HUGO METALL
Anfragen schreiben wir unter Kennziffer CD 3

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Diplomatischer Korrespondent: Bernd Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Birkhoff

421. AUKTION
Vorbesichtigung: 10. mit 15. Juni
Montag und Mittwoch 9-12.30/13.30-20.00 Uhr

Kunstauktionen
HUGO RUEF
Gabelsbergerstr. 28, München 2, Tel. (089) 524084

Kurort in der Lüneburger Heide
zur Einrichtung eines Magnetfeld-Therapie-Zentrums (Anwesen vorhanden) oder Zentralküchen gesucht.
Angebote u. X 2472 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Büroservice
Sie interessieren sich für die Märkte in Bremen und Umgebung? Wir bieten Ihnen alle organisatorischen Voraussetzungen für Ihre geschäftlichen Aktivitäten: Telefon, Telex, Post, Sekretariatsservice, Konferenzräume etc. Und das alles zu günstigen Konditionen!

Autorenkollaboration WELT/AD
Albrecht E. A. Anzinger, Berndt Peter M. Anzinger, Berndt Peter M. Anzinger, Berndt Peter M. Anzinger

Verlag: Axel Springer Verlag AG
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Beratung: Werner Konkak
Anzeigen: Hans Bohl

Seriösen, selbständigen Kaufleuten
bieten wir die Übernahme unserer Agentur. Wir sind Spezialisten für die Liquiditätsverbesserung unserer Kunden mit einem neuartigen, umfassenden Dienstleistungsangebot.

GLOBAL Kreditkontrolle, Ges. f. priv. Mahnwesen mbH
Postfach 64 83 24, 6000 Frankfurt/M. 60

Autorenkollaboration WELT/AD
Albrecht E. A. Anzinger, Berndt Peter M. Anzinger, Berndt Peter M. Anzinger, Berndt Peter M. Anzinger

Verlag: Axel Springer Verlag AG
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Beratung: Werner Konkak
Anzeigen: Hans Bohl



Hire und feier!

»Wenn ein Unternehmen expandiert, steigt auch sein Personalbedarf an«, sprach der Professor im 1. Semester Betriebswirtschaft. Genau so ist es. Und da McDonald's nicht die Absicht hat zu schrumpfen, suchen wir laufend neue Mitarbeiter: Einkäufer, Restaurant-Manager-Nachwuchs, DV-Spezialisten und auch Teilzeitkräfte für das Tagesgeschäft in den Restaurants.

Und weil dem so ist und weil es bei uns doch anders zugeht, als die meisten unserer rührigen Kritiker wahrhaben wollen, bleiben sehr viele dieser Mitarbeiter überdurchschnittlich lange bei uns, machen Karriere und fühlen sich wohl. Gründe dafür gibt es eine ganze Menge: Die Bezahlung bei McDonald's ist über tariflich. Dazu kommen die gesetzlichen Zuschläge für Sonn- und Feiertags-

Abend- und Nachtarbeit. Außerdem eine freiwillige Jahresgratifikation, ein Vermögensbildungsprogramm und beispielhafte Aus- und Weiterbildungsangebote. Aber auch was das Feiern angeht, haben wir einiges zu bieten: Restaurantparties (Stimmung siehe oben), Sommerfeste, Grillabende und Kommunikationstage mit gemeinsamem Frühstück gehören fest zum Betriebsklima à la

McDonald's. Entscheidend für Karriere und sozialen Aufstieg sind bei uns Weiterbildungsmöglichkeiten, ein Auszubildendenprogramm oder ein Personalplanungsprogramm. Persönliche Entwicklung sowie Karriere in der Arbeit. Und darauf sind wir stolz. Wenn Sie ein weiteres Interview über uns wünschen, schreiben Sie an: McDonald's-Verbraucher-Service, G 9, Drygalallee 51, 8000 München 71.



Das ist etwas andere Restaurant

Handwritten signature or stamp at the bottom center of the page.

Se
6
L
w
s
d
sich
den
in
c
ein
sem
wor
rop
bei
gra
gen
Fac
Od
rop
nal
zam
me
Prä
dak
MS
sch
hat
aus
mit
Bü
Bu
nic
E
sch
ge
de
die
dri
me
gel
stu
Pa
ms
de
vo
ve
in
De
in
Lä
so
vo
ge
mi
sie

Richard C
Das
einem Les
"Times"
darüber
Unkennt
mitgespa
reden h
sie mit
"Es
wie
Gordo
Damit ist
Arbe-Ron
Best
Richard
Schriftst
Ostlere e
ausgew
Narick
Dutz
"Doktor
darart s
d
oder Prop
Je nachde
Man hat R
über das Arz
die jene ger
über, Herr D
Lugten vor
der geplag
Dyochonde
gewunde
Ich sich jem
Auf die Fr
den wäre, w
erster
er in die ho
Bauschiffst
hat er diese
den über Ge
nen. Ich glau
nicht viel m
habe ich am
wen ungel
Immerhin
drei Millio
ht. Er liefer
für eine Per
die Hürspe
wenigliche
ungliche
schützt. Ric
ma sind in
hat die Lor
St. Barthol
te gemacht
aber nur für
St. Swithin
die Klinik v
A
11.00 Tages
11.00 Die 9
Autor
ab 60
Bund
beim
che, c
60 cu
nem l
Der
Tebic
schen
men
12.20 bei S
A. Ter
12.20 Tages
Doz
12.20 Tages
12.31 Isen
Lutz
ve
12.20 Die
Hoch
Berf
12.20 Die
Din
Mit
mon
12.20 Tages
12.20 Die
Stro
Inch
sch
Ray
Rach
Mie
de
kurz
und
sen
ger
also
aus
12.20 Die
12.20 Tages

Richard Gordon: Der englische Autor und seine satirischen Arzt-Romane

Das erfolgreiche Narkotikum Humor

In einem Leserbrief an die Londoner "Times" führte eine alte Dame Klage darüber, wie man ihr durch pure Unkenntnis im Krankenhaus so übermütig habe, daß sie von Glück reden könne, mit dem Leben davongekommen zu sein. Demnach meinte sie mit englischen Unternehmern: "Es war nicht ganz so schlimm wie in den Büchern von Richard Gordon."

Damit ist die besondere Qualität der Ärzte-Romane dieses Vielschreibers und Bestsellerautors treffend benannt: Richard Gordon, der vor seinem Schriftstellerberuf als Dr. Gordon Ostlere ein wissenschaftlich bestes ausgewiesener und praktischer Narkosearzt war, hat in einem runden Dutzend ungemein erfolgreicher "Doktor-Romane" die eigene Zeit satirisch auf die Schippe genommen, daß seine Leser auf die vergänglichste Weise der Welt Therapie oder Prophylaxe verabreicht wurde. Je nachdem.

Man hat Richard Gordons Satiren über das Ärztemilieu als Medizin für alle jene gerühmt, die von abstrusen Ärzten, Heer Doktori - 28.15 Uhr, ZDF

Angsten vor Medizinern und Hospitälern geplagt werden. Man hat ein Hypochonder soll sich beim Lesen gesundgelacht haben. Unverbürgt ist, daß sich jemand totgelacht hat. Auf die Frage, ob er reicher geworden wäre, wenn er nach dem Erfolg seines ersten Medizinerromans "Doctor in the house" 1952 nicht zum Romanschriftsteller umgestiegen wäre, hat er diesen Trost parat: "Ärzte reich über Geld nur mit ihren Patienten. Ich glaube, als Chefarzt hätte ich nicht viel mehr verdient. Wenigstens habe ich am Schreibtisch keinen Patienten umgebracht."

einem Assistenzarzt Dr. Ostlere gab. Dr. Gordon war stets darum bemüht, seine Satiren auf dem jüngsten Stand der medizinischen Entwicklung zu halten, so daß beispielsweise in dem späten Roman "Doctor on the job" eine Computardiagnose bei einem gewissen Lord Hopecroft Schwangerschaft ergibt.

Bei seinen Ärzterbüchern konnte dieser Arzt stets aus der Fülle seiner Erfahrungen schöpfen, so als Schiffsarzt in "Doctor at sea". Im übrigen lasse sich der junge Arzt beim Umsteln von der Narkose auf das Narkotikum Humor als Handwerkszeug lediglich ein zweifelhafte Oxford-Wörterbuch der englischen Sprache zugelegt, wie er gerne erzählt. Ob an den vielen haarsträubenden Ereignissen und Anekdoten seiner Erfolgsbücher denn auch ein Körnchen Wahrheit sei? Der mit einer Ärztin verheiratete, in Kent lebende Vater von vier Kindern: "Die wenigsten habe ich persönlich erlebt. Doch in Krankenhäusern gibt es eine gewisse Mythologie. Dort machen Geschichten die Runde, die passiert sein können oder auch nicht."

Die Lust am Schreiben kam ihm bei einer makabren Tätigkeit. Der als Autor wissenschaftlicher Werke hervorgetretene Mediziner war eine Zeitlang stellvertretender Chefredakteur des angesehenen "British Medical Journal". "Die ließen mich erst mal die Nachrufe verfassen. Dabei habe ich gelernt, glaubwürdig zu dichten."



James Robertson als Gehelmat Sprout und Kenneth More als Grinthebe in der englischen Filmkomödie "Aber, Herr Doktor!" FOTO: TELERUN

KRITIK

Ein gehetztes Kaninchen Undurchsichtiger Langweiler

Das hätte man dem Film gar nicht zugetraut, daß Natalie (zwischen gestrenger Profi-Maske und hinreißender Weiblichkeit: Paula Prentiss) am Ende dem Valnikov (Bob Foxworth) doch noch in Sanfrutto zu sprich: "Nieta unter sich" (ZDF) hatte wirklich alles für einen Anti-Thriller: Vom russischstämmigen Wodka-Trinker und ehemaligen Mordkommissar, der neu im Einbruchszernat in Kalifornien sitzt, Alpträume von gejagten und ausgeweideten Kaninchen hat, geschieden und immer zu "daneben ist". Von diesem Antihelden also über den "Fall" an sich, der sich, scheint's, eher nebensächlich durch die 104 Minuten schlängelt, die Entführung einer preisgekrönten Terrierdame nämlich, bis zu dem Entführer und Erpresser selber. Antityp auf der anderen Seite der Moral (Harry Dian Stanton als fast bankrotter Hundekosmetiker mit Schulden): So kann nur ein Film ausgetastet sein, dessen Regisseur hochstäblich alles gegen den üblichen Hollywood-Streich kämmt.

Und so war denn die eigentliche Haupthandlung auch eher ein Psychologikum, eben die Zeichnung des Polizisten Valnikov mit der russischen Seele im Leibe, dieses innerlichen Chaoten in seinem Gegensatz zu der kerngesunden Kollegin, mit der gemeinsam er den Fall des Hundekidnappings zu lösen hat. Und diese Innenweltreise erwies sich, trotz aller Chaotik, Tränen- und Wodka-seligkeit, als die durch und durch amerikanische Geschichte eines kläglichen Vergangenheitsbewältigers im ethnischen Niemandsland, verstanden nur von einem farbigen Kollegen und, am Ende, von "Natascha".

Daß seine Junggesellenwohnung aussieht wie ein Ersatzteilager, spiegelt nur seine düstere Philosophie von der Welt als einer einzigen Kloake wider, in die allenfalls aus seines Bruders russischem Restaurant etwas Licht zu fallen vermag: Ein Seelchen, fast entzweigegangen an seiner Zeit im Mordzernat - ein gehetztes Kaninchen eben. Ein überaus zarter Film, der am Ende doch der Kloake ein wenig ihren stehenden Geruch zu nehmen verstand.

Wie bei Fernsehfilmen üblich, wurde ein Guttel der Handlung durch Dialoge ersetzt - weil das bei den Dreharbeiten billiger ist. Das trug nicht gerade dazu bei, diese verworrene Geschichte durchsichtiger zu machen. Des weiteren überspruhte alles eine penetrante Musik, die die Höhepunkte deutlich machen sollte, weil sie offensichtlich aus der Handlung heraus nicht ordentlich entwickelt werden konnten. Und - um es komplett zu machen - das handelnde Personal war von einer fürchterlichen Eindimensionalität, auf einen einzigen Charakterzug festgelegt, aus dem kein Ausbruch in die Menschlichkeit erlaubt war.

Einzig den häßlichen kleinen Gangster Frank (Richard Castellano) hatte Regisseur Buzz Kulick einige Grade Individualität gestattet - und zur Strafe dafür mußte er ja auch bald sterben. SVEN HANSEN

TV in Irland: Konkurrenz aus Großbritannien drückt

Je später der Abend...

In seinem "Irish Tagebuch" beschreibt Heinrich Böll die Iren als Weltrekordhalter im Teetrinken und im Kinobesuch. Diese Beobachtung liegt zwar schon gute 30 Jahre zurück. Aber noch heute lieben die Iren, bekannt als ein geselliges Völkchen, den Tee (und den Whiskey) und das Kino als Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Doch das Kino hat seit mehr als 20 Jahren einen erbitterten Konkurrenten auf "John Bulls anderer Insel", wie Shaw Irland nannte.

Ehe am 31. Dezember 1963 das erste hausgemachte irische Fernsehprogramm ausgestrahlt wurde, empfingen bereits 30 Prozent aller Iren die Sendungen von BBC und ITV. So wurde es höchste Zeit für die Regierung, den Engländern Paroli zu bieten und etwas Eigenes auf die Beine zu stellen. Nach dem Vorbild der BBC wurden noch in den sechziger Jahren zwei Programme ins Leben gerufen, für die "Radio Telefís Éireann" (RTÉ) die Verantwortung trägt.

In den ersten zehn Jahren kam es zwischen RTÉ und der irischen Regierung immer wieder zu stürmischen Auseinandersetzungen, weil das Fernsehen sich angeblich in die Politik mischte. Heute haben sich die Wogen geglättet, nicht zuletzt durch die Initiative von Conor Cruise O'Brien, ehemaliger Minister, UNO-Delegierter und Schriftsteller.

Aberdings muß sich RTÉ in bestimmten politischen Fragen mit bestimmten Häusern des Parlamentes in Dublin abstimmen, und zwar immer dann, wenn es um Interviews oder Berichte über die IRA, die Sinn Fein oder UVF geht, Organisationen, die sich zum Teil außerhalb der Legalität befinden, in der Bevölkerung aber zahlreiche Anhänger besitzen.

Nach wie vor ist die Konkurrenz aus Großbritannien für die beiden RTÉ-Kanäle beunruhigend stark. Rund 70 Prozent aller irischen Fernseh-Zuschauer sehen regelmäßig englische Sendungen. Vor allem das in Irland weit verbreitete Kabelfernsehen (in Dublin 80 Prozent aller Haushalte) verhilft der britischen Konkurrenz zu Zuschauern auf der Grünen Insel. Für die RTÉ ein Motiv mehr, sich noch mehr zu bemühen, Zuschauer "abzuwehren".

Zu den "Remmern" der RTÉ gehört seit zwanzig Jahren die "Late, late Show", eine gelungene Mischung aus

Talk-Show, politischer Diskussion und Unterhaltung. Im in den sechziger Jahren noch sehr konservativen und traditionalistischen Irland lieferte die frische Show zu später Stunde oft genug Zündstoff für öffentliche Auseinandersetzungen. Und obwohl auch in Irland heute manches liberaler geregelt wird als 1965, erreicht die "Late, late Show" nach wie vor extrem hohe Einschaltquoten.

Stoff für Fernseh-Filme gibt es in Irland mehr als genug. Schließlich gilt das Land als Heim von "Dichtern und Rebellen", wobei das eine das andere nicht ausschließt. Erfolgreichstes "Heim-Produkt" war die sieben-teilige Serie "Strumpet City", gedreht nach dem Roman von James Flunkett, die auch im deutschen Fernsehen gezeigt wurde. In Irland lag die Serie "The Riordans" über das Leben im ländlichen Irland lange Zeit Kopf an Kopf mit "The Late, late Show". Die Nachfolge-Serie "Glenroe" wurde ebenfalls ins Ausland verkauft.

"Wir könnten noch viel mehr und noch bessere Fernseh-Dramen machen, hätten wir nur das Geld", klagt ein irischer Fernseh-Regisseur. Da kommt es wie gerufen, daß Irland seit einigen Jahren als beliebtes Land für Ko-Produktionen gilt. Film-Regisseure haben die Insel mit den 40 Schattierungen von Grün längst als Film-Paradies entdeckt, das Fernsehen zieht nun nach. Vor allem "Channel 4" arbeitet oft mit RTÉ zusammen, häufig bei Filmen über das Nordirland-Problem und die Geschichte der IRA.

Die wichtigste Zielgruppe für RTÉ sind die Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren, just jene, die ihre Pennen auch gerne mal ins Kino tragen. Samstagmorgens gibt es Musik für junge Leute in "Anything Goes" und am Abend Unterhaltung in "Young Line".

Auch wenn RTÉ seine Produktion in den letzten Jahren steigern konnte, stammen doch noch immer 65 Prozent aller Fernseh-Sendungen aus dem Ausland. 1983/84 schlug - wie sollte es anders sein - "Dallas" alle Zuschauer-Rekorde, dicht gefolgt von der britischen Wochen-Show "Top of the Pops". Mit diesem Massen-Import aus Großbritannien will man auch verhindern, daß Irlands Fernseh-Freaks direkt BBC oder ITV anpölen. M. v. SCHWARZKOPF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM. 16.00 Tagesschau, 16.05 Der Kommissar, 17.00 Tagesschau, 17.10 Ein Stück von Ihrem Leben, 17.20 Tagesschau, 17.30 Tagesschau, 17.40 Tagesschau, 17.50 Tagesschau, 18.00 Tagesschau, 18.05 Tagesschau, 18.10 Tagesschau, 18.15 Tagesschau, 18.20 Tagesschau, 18.25 Tagesschau, 18.30 Tagesschau, 18.35 Tagesschau, 18.40 Tagesschau, 18.45 Tagesschau, 18.50 Tagesschau, 18.55 Tagesschau, 19.00 Tagesschau, 19.05 Tagesschau, 19.10 Tagesschau, 19.15 Tagesschau, 19.20 Tagesschau, 19.25 Tagesschau, 19.30 Tagesschau, 19.35 Tagesschau, 19.40 Tagesschau, 19.45 Tagesschau, 19.50 Tagesschau, 19.55 Tagesschau, 20.00 Tagesschau, 20.05 Tagesschau, 20.10 Tagesschau, 20.15 Tagesschau, 20.20 Tagesschau, 20.25 Tagesschau, 20.30 Tagesschau, 20.35 Tagesschau, 20.40 Tagesschau, 20.45 Tagesschau, 20.50 Tagesschau, 20.55 Tagesschau, 21.00 Tagesschau, 21.05 Tagesschau, 21.10 Tagesschau, 21.15 Tagesschau, 21.20 Tagesschau, 21.25 Tagesschau, 21.30 Tagesschau, 21.35 Tagesschau, 21.40 Tagesschau, 21.45 Tagesschau, 21.50 Tagesschau, 21.55 Tagesschau, 22.00 Tagesschau, 22.05 Tagesschau, 22.10 Tagesschau, 22.15 Tagesschau, 22.20 Tagesschau, 22.25 Tagesschau, 22.30 Tagesschau, 22.35 Tagesschau, 22.40 Tagesschau, 22.45 Tagesschau, 22.50 Tagesschau, 22.55 Tagesschau, 23.00 Tagesschau, 23.05 Tagesschau, 23.10 Tagesschau, 23.15 Tagesschau, 23.20 Tagesschau, 23.25 Tagesschau, 23.30 Tagesschau, 23.35 Tagesschau, 23.40 Tagesschau, 23.45 Tagesschau, 23.50 Tagesschau, 23.55 Tagesschau, 0.00 Tagesschau.

VOEST-ALPINE INDUSTRIEANLAGENBAU. Unsere Technologien sichern eine saubere Zukunft. Ein sauberes Beispiel. Die größte und modernste Zellstofffabrik Österreichs wurde vom VOEST-ALPINE INDUSTRIEANLAGENBAU als Generalauftragnehmer schlüsselfertig errichtet und zwei Monate vor Termin in Betrieb genommen. Kapazität: 200.000 tato luftgetrockneter, hochgeleicher Langfaser-Sulfatzellstoff. Dank neuester Umweltschutz-Einrichtungen ist Pöls eine der umweltfreundlichsten Zellstofffabriken Europas. Ein sauberes Beispiel auch für das Leistungsvermögen der VOEST-ALPINE auf dem Chemie- und Zellstoffsektor. VOEST-ALPINE AG INDUSTRIEANLAGENBAU Postfach 2, A-4010 Linz/Austria Tel. (0-732)-585 Telex 2209-200 Va a. Achema 85 Frankfurt am Main 9-15. 6. 1985 Besuchen Sie uns auf der Achema 85 auf Stand M-P 11 in Halle 4 II. VOEST-ALPINE INDUSTRIEANLAGENBAU

SAT 1. 15.30 Solid Gold, 16.00 Tausend, 16.30 Die Eisenbeinchen, 17.00 Die schwarze Sonne, 17.30 Westlich von Santa Fé, 18.00 APF Blick, 18.30 Gassen gegen Gassen, 19.00 Die Rache des Sammel (7), 19.30 Solid Gold, 19.40 Tausend, 19.50 Die schwarze Sonne, 20.00 Westlich von Santa Fé, 20.30 APF Blick, 20.45 Gassen gegen Gassen, 21.00 Die Rache des Sammel (7), 21.30 WM - Das Wirtschaftsmagazin, 21.45 Gassen gegen Gassen, 21.50 APF Blick, 22.00 Westlich von Santa Fé, 22.15 Zeit im Bild 2, 22.30 Gassen gegen Gassen, 22.45 APF Blick, 22.55 APF Blick, 23.00 Westlich von Santa Fé, 23.15 Zeit im Bild 2, 23.30 Gassen gegen Gassen, 23.45 APF Blick, 23.55 APF Blick, 0.00 Westlich von Santa Fé, 0.15 Zeit im Bild 2, 0.30 Gassen gegen Gassen, 0.45 APF Blick, 0.55 APF Blick, 1.00 Westlich von Santa Fé, 1.15 Zeit im Bild 2, 1.30 Gassen gegen Gassen, 1.45 APF Blick, 1.55 APF Blick, 2.00 Westlich von Santa Fé, 2.15 Zeit im Bild 2, 2.30 Gassen gegen Gassen, 2.45 APF Blick, 2.55 APF Blick, 3.00 Westlich von Santa Fé, 3.15 Zeit im Bild 2, 3.30 Gassen gegen Gassen, 3.45 APF Blick, 3.55 APF Blick, 4.00 Westlich von Santa Fé, 4.15 Zeit im Bild 2, 4.30 Gassen gegen Gassen, 4.45 APF Blick, 4.55 APF Blick, 5.00 Westlich von Santa Fé, 5.15 Zeit im Bild 2, 5.30 Gassen gegen Gassen, 5.45 APF Blick, 5.55 APF Blick, 6.00 Westlich von Santa Fé, 6.15 Zeit im Bild 2, 6.30 Gassen gegen Gassen, 6.45 APF Blick, 6.55 APF Blick, 7.00 Westlich von Santa Fé, 7.15 Zeit im Bild 2, 7.30 Gassen gegen Gassen, 7.45 APF Blick, 7.55 APF Blick, 8.00 Westlich von Santa Fé, 8.15 Zeit im Bild 2, 8.30 Gassen gegen Gassen, 8.45 APF Blick, 8.55 APF Blick, 9.00 Westlich von Santa Fé, 9.15 Zeit im Bild 2, 9.30 Gassen gegen Gassen, 9.45 APF Blick, 9.55 APF Blick, 10.00 Westlich von Santa Fé, 10.15 Zeit im Bild 2, 10.30 Gassen gegen Gassen, 10.45 APF Blick, 10.55 APF Blick, 11.00 Westlich von Santa Fé, 11.15 Zeit im Bild 2, 11.30 Gassen gegen Gassen, 11.45 APF Blick, 11.55 APF Blick, 12.00 Westlich von Santa Fé, 12.15 Zeit im Bild 2, 12.30 Gassen gegen Gassen, 12.45 APF Blick, 12.55 APF Blick, 13.00 Westlich von Santa Fé, 13.15 Zeit im Bild 2, 13.30 Gassen gegen Gassen, 13.45 APF Blick, 13.55 APF Blick, 14.00 Westlich von Santa Fé, 14.15 Zeit im Bild 2, 14.30 Gassen gegen Gassen, 14.45 APF Blick, 14.55 APF Blick, 15.00 Westlich von Santa Fé, 15.15 Zeit im Bild 2, 15.30 Gassen gegen Gassen, 15.45 APF Blick, 15.55 APF Blick, 16.00 Westlich von Santa Fé, 16.15 Zeit im Bild 2, 16.30 Gassen gegen Gassen, 16.45 APF Blick, 16.55 APF Blick, 17.00 Westlich von Santa Fé, 17.15 Zeit im Bild 2, 17.30 Gassen gegen Gassen, 17.45 APF Blick, 17.55 APF Blick, 18.00 Westlich von Santa Fé, 18.15 Zeit im Bild 2, 18.30 Gassen gegen Gassen, 18.45 APF Blick, 18.55 APF Blick, 19.00 Westlich von Santa Fé, 19.15 Zeit im Bild 2, 19.30 Gassen gegen Gassen, 19.45 APF Blick, 19.55 APF Blick, 20.00 Westlich von Santa Fé, 20.15 Zeit im Bild 2, 20.30 Gassen gegen Gassen, 20.45 APF Blick, 20.55 APF Blick, 21.00 Westlich von Santa Fé, 21.15 Zeit im Bild 2, 21.30 Gassen gegen Gassen, 21.45 APF Blick, 21.55 APF Blick, 22.00 Westlich von Santa Fé, 22.15 Zeit im Bild 2, 22.30 Gassen gegen Gassen, 22.45 APF Blick, 22.55 APF Blick, 23.00 Westlich von Santa Fé, 23.15 Zeit im Bild 2, 23.30 Gassen gegen Gassen, 23.45 APF Blick, 23.55 APF Blick, 0.00 Westlich von Santa Fé, 0.15 Zeit im Bild 2, 0.30 Gassen gegen Gassen, 0.45 APF Blick, 0.55 APF Blick, 1.00 Westlich von Santa Fé, 1.15 Zeit im Bild 2, 1.30 Gassen gegen Gassen, 1.45 APF Blick, 1.55 APF Blick, 2.00 Westlich von Santa Fé, 2.15 Zeit im Bild 2, 2.30 Gassen gegen Gassen, 2.45 APF Blick, 2.55 APF Blick, 3.00 Westlich von Santa Fé, 3.15 Zeit im Bild 2, 3.30 Gassen gegen Gassen, 3.45 APF Blick, 3.55 APF Blick, 4.00 Westlich von Santa Fé, 4.15 Zeit im Bild 2, 4.30 Gassen gegen Gassen, 4.45 APF Blick, 4.55 APF Blick, 5.00 Westlich von Santa Fé, 5.15 Zeit im Bild 2, 5.30 Gassen gegen Gassen, 5.45 APF Blick, 5.55 APF Blick, 6.00 Westlich von Santa Fé, 6.15 Zeit im Bild 2, 6.30 Gassen gegen Gassen, 6.45 APF Blick, 6.55 APF Blick, 7.00 Westlich von Santa Fé, 7.15 Zeit im Bild 2, 7.30 Gassen gegen Gassen, 7.45 APF Blick, 7.55 APF Blick, 8.00 Westlich von Santa Fé, 8.15 Zeit im Bild 2, 8.30 Gassen gegen Gassen, 8.45 APF Blick, 8.55 APF Blick, 9.00 Westlich von Santa Fé, 9.15 Zeit im Bild 2, 9.30 Gassen gegen Gassen, 9.45 APF Blick, 9.55 APF Blick, 10.00 Westlich von Santa Fé, 10.15 Zeit im Bild 2, 10.30 Gassen gegen Gassen, 10.45 APF Blick, 10.55 APF Blick, 11.00 Westlich von Santa Fé, 11.15 Zeit im Bild 2, 11.30 Gassen gegen Gassen, 11.45 APF Blick, 11.55 APF Blick, 12.00 Westlich von Santa Fé, 12.15 Zeit im Bild 2, 12.30 Gassen gegen Gassen, 12.45 APF Blick, 12.55 APF Blick, 13.00 Westlich von Santa Fé, 13.15 Zeit im Bild 2, 13.30 Gassen gegen Gassen, 13.45 APF Blick, 13.55 APF Blick, 14.00 Westlich von Santa Fé, 14.15 Zeit im Bild 2, 14.30 Gassen gegen Gassen, 14.45 APF Blick, 14.55 APF Blick, 15.00 Westlich von Santa Fé, 15.15 Zeit im Bild 2, 15.30 Gassen gegen Gassen, 15.45 APF Blick, 15.55 APF Blick, 16.00 Westlich von Santa Fé, 16.15 Zeit im Bild 2, 16.30 Gassen gegen Gassen, 16.45 APF Blick, 16.55 APF Blick, 17.00 Westlich von Santa Fé, 17.15 Zeit im Bild 2, 17.30 Gassen gegen Gassen, 17.45 APF Blick, 17.55 APF Blick, 18.00 Westlich von Santa Fé, 18.15 Zeit im Bild 2, 18.30 Gassen gegen Gassen, 18.45 APF Blick, 18.55 APF Blick, 19.00 Westlich von Santa Fé, 19.15 Zeit im Bild 2, 19.30 Gassen gegen Gassen, 19.45 APF Blick, 19.55 APF Blick, 20.00 Westlich von Santa Fé, 20.15 Zeit im Bild 2, 20.30 Gassen gegen Gassen, 20.45 APF Blick, 20.55 APF Blick, 21.00 Westlich von Santa Fé, 21.15 Zeit im Bild 2, 21.30 Gassen gegen Gassen, 21.45 APF Blick, 21.55 APF Blick, 22.00 Westlich von Santa Fé, 22.15 Zeit im Bild 2, 22.30 Gassen gegen Gassen, 22.45 APF Blick, 22.55 APF Blick, 23.00 Westlich von Santa Fé, 23.15 Zeit im Bild 2, 23.30 Gassen gegen Gassen, 23.45 APF Blick, 23.55 APF Blick, 0.00 Westlich von Santa Fé, 0.15 Zeit im Bild 2, 0.30 Gassen gegen Gassen, 0.45 APF Blick, 0.55 APF Blick, 1.00 Westlich von Santa Fé, 1.15 Zeit im Bild 2, 1.30 Gassen gegen Gassen, 1.45 APF Blick, 1.55 APF Blick, 2.00 Westlich von Santa Fé, 2.15 Zeit im Bild 2, 2.30 Gassen gegen Gassen, 2.45 APF Blick, 2.55 APF Blick, 3.00 Westlich von Santa Fé, 3.15 Zeit im Bild 2, 3.30 Gassen gegen Gassen, 3.45 APF Blick, 3.55 APF Blick, 4.00 Westlich von Santa Fé, 4.15 Zeit im Bild 2, 4.30 Gassen gegen Gassen, 4.45 APF Blick, 4.55 APF Blick, 5.00 Westlich von Santa Fé, 5.15 Zeit im Bild 2, 5.30 Gassen gegen Gassen, 5.45 APF Blick, 5.55 APF Blick, 6.00 Westlich von Santa Fé, 6.15 Zeit im Bild 2, 6.30 Gassen gegen Gassen, 6.45 APF Blick, 6.55 APF Blick, 7.00 Westlich von Santa Fé, 7.15 Zeit im Bild 2, 7.30 Gassen gegen Gassen, 7.45 APF Blick, 7.55 APF Blick, 8.00 Westlich von Santa Fé, 8.15 Zeit im Bild 2, 8.30 Gassen gegen Gassen, 8.45 APF Blick, 8.55 APF Blick, 9.00 Westlich von Santa Fé, 9.15 Zeit im Bild 2, 9.30 Gassen gegen Gassen, 9.45 APF Blick, 9.55 APF Blick, 10.00 Westlich von Santa Fé, 10.15 Zeit im Bild 2, 10.30 Gassen gegen Gassen, 10.45 APF Blick, 10.55 APF Blick, 11.00 Westlich von Santa Fé, 11.15 Zeit im Bild 2, 11.30 Gassen gegen Gassen, 11.45 APF Blick, 11.55 APF Blick, 12.00 Westlich von Santa Fé, 12.15 Zeit im Bild 2, 12.30 Gassen gegen Gassen, 12.45 APF Blick, 12.55 APF Blick, 13.00 Westlich von Santa Fé, 13.15 Zeit im Bild 2, 13.30 Gassen gegen Gassen, 13.45 APF Blick, 13.55 APF Blick, 14.00 Westlich von Santa Fé, 14.15 Zeit im Bild 2, 14.30 Gassen gegen Gassen, 14.45 APF Blick, 14.55 APF Blick, 15.00 Westlich von Santa Fé, 15.15 Zeit im Bild 2, 15.30 Gassen gegen Gassen, 15.45 APF Blick, 15.55 APF Blick, 16.00 Westlich von Santa Fé, 16.15 Zeit im Bild 2, 16.30 Gassen gegen Gassen, 16.45 APF Blick, 16.55 APF Blick, 17.00 Westlich von Santa Fé, 17.15 Zeit im Bild 2, 17.30 Gassen gegen Gassen, 17.45 APF Blick, 17.55 APF Blick, 18.00 Westlich von Santa Fé, 18.15 Zeit im Bild 2, 18.30 Gassen gegen Gassen, 18.45 APF Blick, 18.55 APF Blick, 19.00 Westlich von Santa Fé, 19.15 Zeit im Bild 2, 19.30 Gassen gegen Gassen, 19.45 APF Blick, 19.55 APF Blick, 20.00 Westlich von Santa Fé, 20.15 Zeit im Bild 2, 20.30 Gassen gegen Gassen, 20.45 APF Blick, 20.55 APF Blick, 21.00 Westlich von Santa Fé, 21.15 Zeit im Bild 2, 21.30 Gassen gegen Gassen, 21.45 APF Blick, 21.55 APF Blick, 22.00 Westlich von Santa Fé, 22.15 Zeit im Bild 2, 22.30 Gassen gegen Gassen, 22.45 APF Blick, 22.55 APF Blick, 23.00 Westlich von Santa Fé, 23.15 Zeit im Bild 2, 23.30 Gassen gegen Gassen, 23.45 APF Blick, 23.55 APF Blick, 0.00 Westlich von Santa Fé, 0.15 Zeit im Bild 2, 0.30 Gassen gegen Gassen, 0.45 APF Blick, 0.55 APF Blick, 1.00 Westlich von Santa Fé, 1.15 Zeit im Bild 2, 1.30 Gassen gegen Gassen, 1.45 APF Blick, 1.55 APF Blick, 2.00 Westlich von Santa Fé, 2.15 Zeit im Bild 2, 2.30 Gassen gegen Gassen, 2.45 APF Blick, 2.55 APF Blick, 3.00 Westlich von Santa Fé, 3.15 Zeit im Bild 2, 3.30 Gassen gegen Gassen, 3.45 APF Blick, 3.55 APF Blick, 4.00 Westlich von Santa Fé, 4.15 Zeit im Bild 2, 4.30 Gassen gegen Gassen, 4.45 APF Blick, 4.55 APF Blick, 5.00 Westlich von Santa Fé, 5.15 Zeit im Bild 2, 5.30 Gassen gegen Gassen, 5.45 APF Blick, 5.55 APF Blick, 6.00 Westlich von Santa Fé, 6.15 Zeit im Bild 2, 6.30 Gassen gegen Gassen, 6.45 APF Blick, 6.55 APF Blick, 7.00 Westlich von Santa Fé, 7.15 Zeit im Bild 2, 7.30 Gassen gegen Gassen, 7.45 APF Blick, 7.55 APF Blick, 8.00 Westlich von Santa Fé, 8.15 Zeit im Bild 2, 8.30 Gassen gegen Gassen, 8.45 APF Blick, 8.55 APF Blick, 9.00 Westlich von Santa Fé, 9.15 Zeit im Bild 2, 9.30 Gassen gegen Gassen, 9.45 APF Blick, 9.55 APF Blick, 10.00 Westlich von Santa Fé, 10.15 Zeit im Bild 2, 10.30 Gassen gegen Gassen, 10.45 APF Blick, 10.55 APF Blick, 11.00 Westlich von Santa Fé, 11.15 Zeit im Bild 2, 11.30 Gassen gegen Gassen, 11.45 APF Blick, 11.55 APF Blick, 12.00 Westlich von Santa Fé, 12.15 Zeit im Bild 2, 12.30 Gassen gegen Gassen, 12.45 APF Blick, 12.55 APF Blick, 13.00 Westlich von Santa Fé, 13.15 Zeit im Bild 2, 13.30 Gassen gegen Gassen, 13.45 APF Blick, 13.55 APF Blick, 14.00 Westlich von Santa Fé, 14.15 Zeit im Bild 2, 14.30 Gassen gegen Gassen, 14.45 APF Blick, 14.55 APF Blick, 15.00 Westlich von Santa Fé, 15.15 Zeit im Bild 2, 15.30 Gassen gegen Gassen, 15.45 APF Blick, 15.55 APF Blick, 16.00 Westlich von Santa Fé, 16.15 Zeit im Bild 2, 16.30 Gassen gegen Gassen, 16.45 APF Blick, 16.55 APF Blick, 17.00 Westlich von Santa Fé, 17.15 Zeit im Bild 2, 17.30 Gassen gegen Gassen, 17.45 APF Blick, 17.55 APF Blick, 18.00 Westlich von Santa Fé, 18.15 Zeit im Bild 2, 18.30 Gassen gegen Gassen, 18.45 APF Blick, 18.55 APF Blick, 19.00 Westlich von Santa Fé, 19.15 Zeit im Bild 2, 19.30 Gassen gegen Gassen, 19.45 APF Blick, 19.55 APF Blick, 20.00 Westlich von Santa Fé, 20.15 Zeit im Bild 2, 20.30 Gassen gegen Gassen, 20.45 APF Blick, 20.55 APF Blick, 21.00 Westlich von Santa Fé, 21.15 Zeit im Bild 2, 21.30 Gassen gegen Gassen, 21.45 APF Blick, 21.55 APF Blick, 22.00 Westlich von Santa Fé, 22.15 Zeit im Bild 2, 22.30 Gassen gegen Gassen, 22.45 APF Blick, 22.55 APF Blick, 23.00 Westlich von Santa Fé, 23.15 Zeit im Bild 2, 23.30 Gassen gegen Gassen, 23.45 APF Blick, 23.55 APF Blick, 0.00 Westlich von Santa Fé, 0.15 Zeit im Bild 2, 0.30 Gassen gegen Gassen, 0.45 APF Blick, 0.55 APF Blick, 1.00 Westlich von Santa Fé, 1.15 Zeit im Bild 2, 1.30 Gassen gegen Gassen, 1.45 APF Blick, 1.55 APF Blick, 2.00 Westlich von Santa Fé, 2.15 Zeit im Bild 2, 2.30 Gassen gegen Gassen, 2.45 APF Blick, 2.55 APF Blick, 3.00 Westlich von Santa Fé, 3.15 Zeit im Bild 2, 3.30 Gassen gegen Gassen, 3.45 APF Blick, 3.55 APF Blick, 4.00 Westlich von Santa Fé, 4.15 Zeit im Bild 2, 4.30 Gassen gegen Gassen, 4.45 APF Blick, 4.55 APF Blick, 5.00 Westlich von Santa Fé, 5.15 Zeit im Bild 2, 5.30 Gassen gegen Gassen, 5.45 APF Blick, 5.55 APF Blick, 6.00 Westlich von Santa Fé, 6.15 Zeit im Bild 2, 6.30 Gassen gegen Gassen, 6.45 APF Blick, 6.55 APF Blick, 7.00 Westlich von Santa Fé, 7.15 Zeit im Bild 2, 7.30 Gassen gegen Gassen, 7.45 APF Blick, 7.55 APF Blick, 8.00 Westlich von Santa Fé, 8.15 Zeit im Bild 2, 8.30 Gassen gegen Gassen, 8.45 APF Blick, 8.55 APF Blick, 9.00 Westlich von Santa Fé, 9.15 Zeit im Bild 2, 9.30 Gassen gegen Gassen, 9.45 APF Blick, 9.55 APF Blick, 10.00 Westlich von Santa Fé, 10.15 Zeit im Bild 2, 10.30 Gassen gegen Gassen, 10.45 APF Blick, 10.55 APF Blick, 11.00 Westlich von Santa Fé, 11.15 Zeit im Bild 2, 11.30 Gassen gegen Gassen, 11.45 APF Blick, 11.55 APF Blick, 12.00 Westlich von Santa Fé, 12.15 Zeit im Bild 2, 12.30 Gassen gegen Gassen, 12.45 APF Blick, 12.55 APF Blick, 13.00 Westlich von Santa Fé, 13.15 Zeit im Bild 2, 13.30 Gassen gegen Gassen, 13.45 APF Blick, 13.55 APF Blick, 14.00 Westlich von Santa Fé, 14.15 Zeit im Bild 2, 14.30 Gassen gegen Gassen, 14.45 APF Blick, 14.55 APF Blick, 15.00 Westlich von Santa Fé, 15.15 Zeit im Bild 2, 15.30 Gassen gegen Gassen, 15.45 APF Blick, 15.55 APF Blick, 16.00 Westlich von Santa Fé, 16.15 Zeit im Bild 2, 16.30 Gassen gegen Gassen, 16.45 APF Blick, 16.55 APF Blick, 17.00 Westlich von Santa Fé, 17.15 Zeit im Bild 2, 17.30 Gassen gegen Gassen, 17.45 APF Blick, 17.55 APF Blick, 18.00 Westlich von Santa Fé, 18.15 Zeit im Bild 2, 18.30 Gassen gegen Gassen, 18.45 APF Blick, 18.55 APF Blick, 19.00 Westlich von Santa Fé, 19.15 Zeit im Bild 2, 19.30 Gassen gegen Gassen, 19.45 APF Blick, 19.55 APF Blick, 20.00 Westlich von Santa Fé, 20.15 Zeit im Bild 2, 20.30 Gassen gegen Gassen, 20.45 APF Blick, 20.55 APF Blick, 21.00 Westlich von Santa Fé, 21.15 Zeit im Bild 2, 21.30 Gassen gegen Gassen, 21.45 APF Blick, 21.55 APF Blick, 22.00 Westlich von Santa Fé, 22.15 Zeit im Bild 2, 22.30 Gassen gegen Gassen, 22.45 APF Blick, 22.55 APF Blick, 23.00 Westlich von Santa Fé, 23.15 Zeit im Bild 2, 23.30 Gassen gegen Gassen, 23.45 APF Blick, 23.55 APF Blick, 0.00 Westlich von Santa Fé, 0.15 Zeit im Bild 2, 0.30 Gassen gegen Gassen, 0.45 APF Blick, 0.55 APF Blick, 1.00 Westlich von Santa Fé, 1.15 Zeit im Bild 2, 1.30 Gassen gegen Gassen, 1.45 APF Blick, 1.55 APF Blick, 2.00 Westlich von Santa Fé, 2.15 Zeit im Bild 2, 2.30 Gassen gegen Gassen, 2.45 APF Blick, 2.55 APF Blick, 3.00 Westlich von Santa Fé, 3.15 Zeit im Bild 2, 3.30 Gassen gegen Gassen, 3.45 APF Blick, 3.55 APF Blick, 4.00 Westlich von Santa Fé, 4.15 Zeit im Bild 2, 4.30 Gassen gegen Gassen, 4.45 APF Blick, 4.55 APF Blick, 5.00 Westlich von Santa Fé, 5.15 Zeit im Bild 2, 5.30 Gassen gegen Gassen, 5.45 APF Blick, 5.55 APF Blick, 6.00 Westlich von Santa Fé, 6.15 Zeit im Bild 2, 6.30 Gassen gegen Gassen, 6.45 APF Blick, 6.55 APF Blick, 7.00 Westlich von Santa Fé, 7.15 Zeit im Bild 2, 7.30 Gassen gegen Gassen, 7.45 APF Blick, 7.55 APF Blick, 8.00 Westlich von Santa Fé, 8.15 Zeit im Bild 2, 8.30 Gassen gegen Gassen, 8.45 APF Blick, 8.55 APF Blick, 9.00 Westlich von Santa Fé, 9.15 Zeit im Bild 2, 9.30 Gassen gegen Gassen, 9.45 APF Blick, 9.55 APF Blick, 10.00 Westlich von Santa Fé, 10.15 Zeit im Bild 2, 10.30 Gassen gegen Gassen, 10.45 APF Blick, 10.55 APF Blick, 11.00 Westlich von Santa Fé, 11.15 Zeit im Bild 2, 11.30 Gassen gegen Gassen, 11.45 APF Blick, 11.55 APF Blick, 12.00 Westlich von Santa Fé, 12.15 Zeit im Bild 2, 12.30 Gassen gegen Gassen, 12.45 APF Blick, 12.55 APF Blick, 13.00 Westlich von Santa Fé, 13.15 Zeit im Bild 2, 13.30 Gassen gegen Gassen, 13.45 APF Blick, 13.55 APF Blick, 14.00 Westlich von Santa Fé, 14.15 Zeit im Bild 2, 14.30 Gassen gegen Gassen, 14.45 APF Blick, 14.55 APF Blick, 15.00 Westlich von Santa Fé, 15.15 Zeit im Bild 2, 15.30 Gassen gegen Gassen, 15.45 APF Blick, 15.

Der Kanzler mußte „einiges schlucken“

© Fortsetzung von Seite 1

Kohl reagierte in gehobener Lautstärke, den Vorwurf, er habe nichts für Zimmermann getan, könne er nicht akzeptieren. Waigel soll daraufhin geantwortet haben, es gehe ihm um die Rolle der FDP, nicht um die Kohls. Der CSU-Landesgruppenvorsitzende war es auch, der das persönliche schlechte Verhältnis zwischen Kohl und Strauß ansprach und der verlangte, Gespräche zwischen beiden Spitzenpolitikern und den Parteien müssten zur Normalität werden. Es sei der persönliche und politische Schulterschluss erforderlich, sonst sei vieles umsonst. CDU-Generalsekretär Geißler und der Fraktionsvorsitzende Dreger stimmten dem ausdrücklich zu.

Über das in der Koalition umstrittene Ausländer- und Asylrecht werden sich CDU und CSU im Juli beraten. Nach der Sommerpause, so gelten die Absprachen, nehmen sie sich dann das gesamte Feld der Außenpolitik vor.

Übereinkunft wurde in der ersten Gesprächsrunde über folgendes erzielt: In der umstrittenen Frage eines Vernehmungsverbot im Zusammenhang mit dem Demonstrationsstrafrecht soll es zwar generell dabei bleiben, daß Verstöße eine „Ordnungswidrigkeit“ sind, aber wenn sich Demonstranten der Anordnung der Polizei widersetzen, Helme und Kapuzen abzunehmen, dann soll dies als „Vergehen“ bestraft werden. Ein solches Verfahren sei „praktikabel“, wurde versichert. Auf diese Kompromißlösung hatten sich zuvor die Politiker Schäuble, Stoiber und Staatssekretär Kinkel vom Bundesjustizministerium verständigt. Übereinstimmung wurde auch über ein MAD-Gesetz, über Grundzüge des Datenschutzes und das Personalausweisgesetz sowie über andere Vorlagen, zum Beispiel zur Bekämpfung von unlauterem Wettbewerb, erzielt.

Einig waren sich CDU und CSU auch darin, daß „verunsicherte“ Wählergruppen wie die Bauern, Rentner und die Heimatvertriebenen über die Leistungen der Regierung und über deren Positionen aufgeklärt werden müssen. Außerdem habe die Regierung bei ihrer Politik zu wenig auf die Selbstbestimmung geachtet, sich statt dessen zu sehr mit abstrakten Begriffen wie „Konsolidierung“ und „Stabilitätskurs“ begnügt.

Eine Enzyklika über die verfolgte Kirche?

Die Andeutungen des Prager Erzbischofs Kardinal Tomasek

Die Andeutung stammt vom Prager Erzbischof Kardinal Tomasek und seitdem wird darüber spekuliert, ob Papst Johannes Paul II. erst in jüngster Zeit zur Zielscheibe massiver sowjetischer Kritik geworden, seine nächste Enzyklika dem Leiden der verfolgten Kirche hinter dem Eisernen Vorhang widmen wird. Der greise Erzbischof auf dem Prager Hradschin hatte sein Bedauern über die offensichtliche Veränderung eines Papstbesuchs zum Fest der „Slawenapostel“ Kyrill und Method am 7. Juli in der CSSR durch die Staatsführung mit der hoffnungsvollen Bemerkung verbunden, das Oberhaupt der Kirche werde aus Anlaß des 1100. Todesjahres der Heiligen „eine Enzyklika für die ganze Kirche veröffentlichen“, auf die er, Tomasek, „täglich mit Spannung“ warte.

Offiziell gibt es aus dem Vatikan dafür keine Bestätigung. Aber, so hört man, der polnische Papst werde zu diesem für die Katholiken in der Tschechoslowakei bedeutungsvollen Datum, wie es der Tradition in seinem Pontifikat entspricht, auf jeden Fall die schwierige Situation der Kirche unter dem Husak-Regime herausstellen und an den Zusammenhang zwischen den Menschenrechten und der Freiheit - einschließlich der Religionsfreiheit - erinnern. Ob in einer Enzyklika oder in einem päpstlichen Schreiben von geringerem Rang, das sei dahingestellt.

Die Rede von Lourdes

Johannes Paul II. braucht nur an das anzuknüpfen, was er während vieler Reisen gesagt hat. So an seine Ansprache im August 1983 im französischen Wallfahrtsort Lourdes, als er die vielfältigen Diskriminierungen der Gläubigen in zahlreichen Ländern, die Einschränkung der Versammlungsfreiheit und die Behinderung der Bischöfe bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben anprangerte. Der zentrale Satz aus der Rede von Lourdes: „Heute sind zum Gefängnis, zur Konzentrationslager, zur Zwangsarbeit und zur Vertreibung weniger sichtbar, aber trotzdem entscheidende Maßnahmen hinzugekommen, eine Art zivilen Todes, wie etwa die ständige Einschränkung der persönlichen Freiheit oder die soziale Diskriminierung.“ Eine Beschrei-

bung, die auf die Situation der Kirche in der Tschechoslowakei paßt, wo von den 4336 Pfarren 1161 keinen Pfarrer haben, wo der Vatikan nur für drei der 13 Diözesen Bischöfe ernennen konnte.

Zudem kommt es fast täglich zum Konflikt zwischen romtreuen Geistlichen und Repräsentanten der regimennahen Priesterorganisation „Pacem in terris“, die auf die Unterstützung auch durch mehrere Bischöfe verweisen kann. So kritisierte kürzlich der tschechische Theologe Josef Sverina, ein Unterzeichner der „Charta 77“, der seit 1970 sein Priesteramt nicht ausüben darf, den slowakischen Bischof Josef Ferenc.

Konflikte in der CSSR

Ferenc hatte die Angriffe auf „Pacem in terris“ als Angriffe auf den Frieden bezeichnet, ja als „antistatliche Aktivitäten“, womit er die kommunistische Diktatur übernahm. „Sie betreiben selektive Gehorsam gegen den Papst“, hielt ihm Sverina vor. Die der Organisation angehörenden Priester seien nicht aus politischen, sondern aus kirchlichen Gründen vom Vatikan zum Aussitz aufgefordert worden, denn „Pacem in terris“ habe niemals das Recht auf Glauben verteidigt.

Das ist die Situation in der CSSR, auf die der Papst in seinem Schreiben eingehen wird. Aber er dürfe es dabei nicht belassen. Während seiner Benehuz-Reise hatte Papst Wojtyla, an das Glaubenszeugnis von Kyrill und Method erinnernd, einem geistlichen Europa das Wort geredet, das nicht auf die Nationen im Westen beschränkt sei. Die Europäer dürften sich nicht mit der Trennung des Kontinents abfinden, sie sollten vielmehr das geistige Erbe des Ostens ebenso berücksichtigen wie das des westlichen Teils. Eine Entscheidung 1980 war von tiefer Symbolkraft. Johannes Paul II. stellte damals dem „westlichen“ Europapapst Benedikt gleichberechtigt die „Vertreter“ des Ostens, Kyrill und Method, zur Seite. Eine Beschreibung des Zusammenhangs von Menschenrechten und Frieden wäre daher eine Zusammenstellung dessen, was sich bereits jetzt wie ein roter Faden durch die Ansprachen Wojtylas zieht, kommentiert die katholische Nachrichtenagentur (KNA).

Verhandlungen mit Ost-Berlin über Frequenzen

St. Bonn

Der gesamte Zeitpunkt der Nutzung der UKW-Frequenzen 160 bis 194 Megahertz (sie stehen bis zum 1. Juli 1987 der „DDR“ zu) durch private Rundfunkstationen in der Bundesrepublik Deutschland ist offenbar noch immer ungewiß. Zwischen Bonn und Ost-Berlin wird darüber noch verhandelt. Allerdings zeigte sich gestern das Bundespostministerium gegenüber der WELT zuversichtlich darüber, daß die entsprechenden Frequenzen im Laufe des Jahres 1986 von den privaten Interessenten in Betrieb genommen werden könnten. Die Version des „Spiegel“, daß die „DDR“ die Privatisierung beziehe und die Nutzung der Sendemöglichkeiten verzögere, entspreche „nicht dem Stand der Kontakte mit der DDR“.

Als abend wurden in Bonner Regierungskreisen die an den „Spiegel“-Bericht über ein Verbot aus Ost-Berlin geknüpften Vermutungen bezeichnet, die „DDR“ könne die rundfunkpolitische Ziele der CDU/CSU nutzen, um für eine vorzeitige Frequenzübergabe Gegenleistungen einzufordern, etwa die Abschaffung westdeutscher UKW-Sender oder die Zulassung nach Osten hin. Es sei völlig undenkbar, hieß es, daß von der derzeitigen Bundesregierung eine Beschränkung des freien Informationsflusses in Richtung Mitteldeutschland hingenommen werden würde.

Die in Frage kommenden UKW-Frequenzen sind insbesondere für die Hörfunkpläne in den Bundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein von Bedeutung. Die Pläne für den Aufbau von privaten Sendern müssen im Falle eines unannehmlichen Haltung der „DDR“ revidiert werden. Das Experiment mit privaten Hörfunkstationen in Mitten ist von diesen Problemen unberührt. Denn dort werden Reservfrequenzen des Bayerischen Rundfunks für die Ausstrahlung privater Programme genutzt.

Der „Spiegel“ hatte gemeldet, die Regierung in Ost-Berlin habe in einem von der Bundesregierung bislang nicht veröffentlichten Schreiben auf ein internationales Schutzrecht verwiesen, das die Verwendung national genutzter Funkwellen für Rundfunksender der Nachbarländer verbiete.

Erstmals ein Premier Frankreichs in Ost-Berlin

In der „DDR“ sucht Fabius Kontakt zum „anderen Europa“

A. GBAF KAGENECK, Paris

Als erster Regierungschef einer der drei westlichen Schutzmächte Berlins reist Frankreichs Premierminister Laurent Fabius heute zu einem zweitägigen offiziellen Besuch nach Ost-Berlin. Der Regierungschef wird von Außenhandelsministerin Edith Cresson und einer Delegation von 17 Industriellen begleitet, was dem Besuch einen mehr wirtschaftlichen als politischen Nutzeffekt geben soll. Fabius wird zwei Gespräche mit SED-Generalsekretär Erich Honecker führen, mit Außenminister Oscar Fischer und Außenhandels-Staatssekretär Gerhard Beil zusammentreffen. Außerdem spricht Fabius mit Volkskammerpräsident Horst Stendermann sowie dem für Wirtschaftstragen verantwortlichen Politbüromitglied Günter Mittag. Mittag war wiederholt in Wirtschaftsgesprächen in Paris.

Im Hinblick auf die Frage, warum gerade Frankreich als erster der drei westlichen Alliierten den Bann bricht und einen so hochrangigen Besuch in Ost-Berlin macht, wird in der Umgebung des Premierministers auf die ständigen Bemühungen der französischen Regierung hingewiesen, den Kontakt zum „anderen Europa“ zu suchen, dessen Abtrennung vom westlichen Teil des Kontinents nicht auf Dauer hingenommen werden könne.

Nicht um Erlaubnis gefragt

In diesem „anderen Europa“ aber sei nun einmal die „DDR“ das wichtigste und wirtschaftlich kräftigste Land. Die besonderen Beziehungen Frankreichs zur Bundesrepublik Deutschland würden dadurch nicht beeinträchtigt. Auch habe man Bonn nicht etwa „um Erlaubnis fragen“ müssen. Frankreich habe die „DDR“ 1973 in vollem Einvernehmen mit Bonn diplomatisch anerkannt und seitdem „normale“ Beziehungen auf allen Ebenen mit ihr unterhalten, wie das auch andere westliche Staaten täten.

Daß der Besuch in Ost-Berlin stattfindet, liege an der „Realität“ der Verhältnisse, da dort nun einmal die Regierungsgremien des Landes ihren Sitz hätten. Keineswegs bedeute dies eine Anerkennung des Ostteils der Stadt als Hauptstadt. Frankreich beharre auf seinen Rechten als Siegermacht

über ganz Berlin und seiner Verantwortung für Gesamtdeutschland, was eine solche Anerkennung ausschliesse.

In einem Interview der Zeitung „Le Monde“ hatte Honecker am Wochenende die Existenz zweier deutscher Staaten als wesentliches Element der Stabilität der europäischen Nachkriegsordnung bezeichnet. Honecker schloß jedoch Gedanken an eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten aus. Beide gehörten verschiedenen gesellschaftlichen Systemen und Allianzen an. Man könne den Nachbarn, die von einem Deutschen Reich „genug“ hätten, das Trauma einer solchen Wiedervereinigung nicht zuzumuten.

Honecker kritisiert Bonn

Honecker meinte, wenn es eine gemeinsame Basis für beide deutsche Staaten gebe, so sei dies das Interesse ihrer Bürger an der Erhaltung des Friedens im Zentrum Europas, einer friedlichen Zukunft für sich und ihre Kinder. Honecker kritisierte die Bundesregierung für ihre Bereitschaft, sich an den Plänen der Strategischen Verteidigungsinitiative der USA (SDI) zu beteiligen.

Fabius wird in Ost-Berlin auf einen intensiveren wirtschaftlichen, industriellen und kulturellen Austausch dringen. Der Handel hat sich zwar seit 1983 zufriedenstellend entwickelt, war aber seit 1984 mit 400 Millionen Franc für Frankreich noch defizitär. Das bisher erreichte Gesamtvolumen von sieben Milliarden Franc (3,3 Milliarden Mark) soll nach französischen Wünschen bis 1988 verdoppelt werden. Paris hofft vor allem auf Aufträge für seine elektronische, chemische und Maschinenbauindustrie sowie größere Abnahme von Agrar- und Lebensmittelprodukten.

Man weist darauf hin, daß der französische Handel mit der „DDR“ nur einen kleinen Bruchteil des innerdeutschen Handels ausmacht. Letzterer ist übrigens ein ständiges Ärgernis für die Franzosen, da er den Wettbewerb in der Europäischen Gemeinschaft verzerrt und die „DDR“ praktisch zum 13. EG-Mitglied macht. Außenhandelsministerin Cresson wird nicht versäumen, diesen Aspekt in Ost-Berlin öffentlich anzusprechen.

Moskau montiert die fehlende Planerfüllung

DW, Moskau

Die sowjetische Wirtschaft hat in den ersten Monaten dieses Jahres nach einem Bericht der Zeitung „Sozialistische Industrie“ nicht den erhofften Aufschwung erreicht. Ungeachtet der Appelle von Parteichef Michail Gorbatschow, die Effizienz der Industrieproduktion zu steigern, seien die Resultate nicht befriedigend. Die Tageszeitung „Pravda“ meldete die Tagessitzung „Wirtschaft und Management“ vieler Betriebe hätten offenbar noch nicht begriffen, was von ihnen erwartet werde. „Längst nicht alle Unternehmen und Produktionsbereiche haben die entscheidende Wende zu intensiverer Unternehmensführung geschafft.“ So hätten beispielsweise Kohle-, Öl- und Chemieindustrie insgesamt die Erwartungen nicht erfüllt.

Mit Blick auf die anschließenden Erfolge der Sowjetwirtschaft warnte ein Kommentator am Samstag in einem Leitartikel der Parteizeitung „Pravda“ vor der „jüngsten Annahme“, die Effizienzkampagne von KPFSU-Chef Gorbatschow sei eine vorübergehende Sache. „Das ist eine Linie, die rigoros und auf Dauer verfolgt werden muß.“

Moskau läßt in diesem Sinne, dem letzten des fünfjährigen Planes, starken Druck auf die Vollendung von Investitionsprojekten aus. Die Appelle Gorbatschows und der Planbehörden sind allerdings kein neues Phänomen. Ermahnungen, die ungenutzten Vermögensgegenstände nachzubauen, gab es schon früher zum Ende der jeweiligen Planperioden. Bereits im März hatte die Wochenzeitung „Kommunistische Gazette“ Daten über die ersten beiden Monate dieses Jahres veröffentlicht, die zeigten, daß sich das Wirtschaftswachstum merklich verlangsamt hatte. In ihrem Bericht hatte die Wochenzeitung zwar darauf hingewiesen, daß auch der strenge Winter dafür verantwortlich sei, gleichzeitig wurden aber auch die Ministerien und Leitungsorgane der Planwirtschaft kritisiert. Nach Angaben westlicher Experten zeigen die veröffentlichten Ergebnisse eine Abschwächung des Wachstums in der letzten Phase der Amtszeit Tschernenkos, ebenso wie am Ende der Amtszeit Breschnevs. Auch Breschnevs Nachfolger Andropow habe mit seiner Kampagne für mehr Arbeitsdisziplin versucht, die Wirtschaft zu beleben.

In Trauer und mit großer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Dr. h. c. Friedrich Sperl

Ehrenvorsitzender des Beirats der Industriekreditbank AG - Deutsche Industriebank

Er verstarb am 5. Juni 1985 im 89. Lebensjahr.

Der Verstorbene war eine treibende Kraft bei der Gründung der Industriekreditbank AG im Jahre 1949. In den schwierigen Jahren der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus hat er sich mit nie erlahmender Tatkraft und nachhaltigem Erfolg für unsere Bank eingesetzt, deren stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender er von 1949 bis 1974 gewesen ist. Anschließend blieb er uns als Vorsitzender unseres Beirats verbunden. Als er diese Tätigkeit aufgab, wurde er zum Ehrenvorsitzenden des Beirats berufen. Er nahm bis zuletzt lebhaften Anteil an der Entwicklung unseres Hauses.

Friedrich Sperl hat sich herausragende und bleibende Verdienste um die Bank erworben. Wir verlieren in ihm einen treuen Freund, der sich nicht nur durch hohen Sachverstand, sondern auch durch menschliche Wärme auszeichnete. Sein Wirken wird in unserem Hause unvergessen bleiben.

Industriekreditbank AG
Deutsche Industriebank
Aufsichtsrat, Vorstand und Beirat

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 12. Juni 1985, 9.30 Uhr auf dem Hauptfriedhof, Eckenheimer Landstraße 196, 6000 Frankfurt (Main), statt.

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060

steig der F schaf nicht such Eink wuch kräft Rest:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abonnenten-Service

Illustrierte Weltgeschichte in vier Bänden

für WELT-Abonnenten zum Sonderpreis von 48,- DM



Vier Bände mit 1628 Seiten, über 550 Bildern und Karten auf 208 teils farbigen Tafeln, mit 56 Landkarten im Text und Tausenden von farbigen Randnotizen und Illustrationen am Texttrand.

An: DIE WELT, Leser-Service, Postfach 1008 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte senden Sie mir die „Illustrierte Weltgeschichte“ (komplett 4 Bände) zum Preis von 48,- DM (einschließlich Versandkosten). Ich bezahle den Betrag wie mein WELT-Abonnement

- nach Rechnungsstellung
- durch Abbuchung

Name: _____
Straße/Nr. _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Kunden-Nr.: _____

Abonnenten-Service

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Handwritten signature: J. P. ...

Delors' Theorie

J. Sch. (Paris) - Die schon vor Jahren von der OECD begrabene Lokomotivtheorie, wonach insbesondere die Bundesrepublik der Weltkonjunktur durch expansionistische Maßnahmen Antriebsimpulse geben sollte, will Jacques Delors zu neuem Leben erwecken.

schon Delors nicht ins Konzept zu passen. Immerhin hat er das Vokabular gezeitigt: Unter Hinweis auf den letzten EG-Agrarministerrat warf er ihnen nur noch Dickköpfigkeit vor.

Selbstbewußt

K. S. - Schlüssel begründete Henry R. Nau, Professor an der Universität in Washington, in einem Vortrag vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik, weshalb sich die Zinsen in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren auf einem hohen Niveau bewegen mußten.

CHINA / Memorandum über Zusammenarbeit in der Kernenergie wird unterzeichnet

Über Preis und Finanzierung der deutschen Anlagen noch nicht einig

Noch besteht zum Jubel kein Anlaß: Zwar wird heute in Bonn ein Memorandum zwischen der deutschen und der chinesischen Industrie über Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie unterzeichnet.

ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Preis und die Finanzierung international wettbewerbsfähig sein müssen. Die deutschen Lieferungen sollen langfristig finanziert werden.

Uran kaufen oder leasen. Die Chinesen wollen die Produktpalette auf Erdöl und andere Erzeugnisse erweitern.

BUNDESHAUSHALT

Kohl und Strauß einig über Steuerreform in zwei Stufen

Auch der Bundesrat wird am Freitag der Steuerreform in zwei Stufen zustimmen. Darauf und auf zusätzliche Maßnahmen, mit denen der Einbruch in der Bauwirtschaft abgefedert werden soll, haben sich Bundeskanzler Helmut Kohl und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß verständigt.

zu verzichten. Die Länder hatten ein Junktim zwischen Steuerreform und der Umsatzsteuerverteilung hergestellt. Der Anteil des Bundes an der Umsatzsteuer sinkt auf 65 Prozent.

Preissprünge auf der Stelle

Von JAN BRECH

Die Tankstellenpächter haben zurzeit vor allem damit zu tun, ihre Preisschilder auszutauschen. Da sind auf der einen Seite die Anbieter von Benzin, Super und Diesel, die versuchen das bisherige Preisniveau zu halten.

se steht offenbar in Zusammenhang mit Spekulationen über die auf Ende Juni vorverlegte Opec-Konferenz. Gerüchte über eine mögliche Senkung der offiziellen Rohölpreise hat die Nachfrage praktisch zum Erliegen gebracht.

AUF EIN WORT



Hinter dem steigenden Computereinsatz in der Wirtschaft steht eindeutig ein wachsendes Informationsbedürfnis und nicht etwa das Bestreben, hier und da eine halbe Buchhaltungskraft einzusparen.

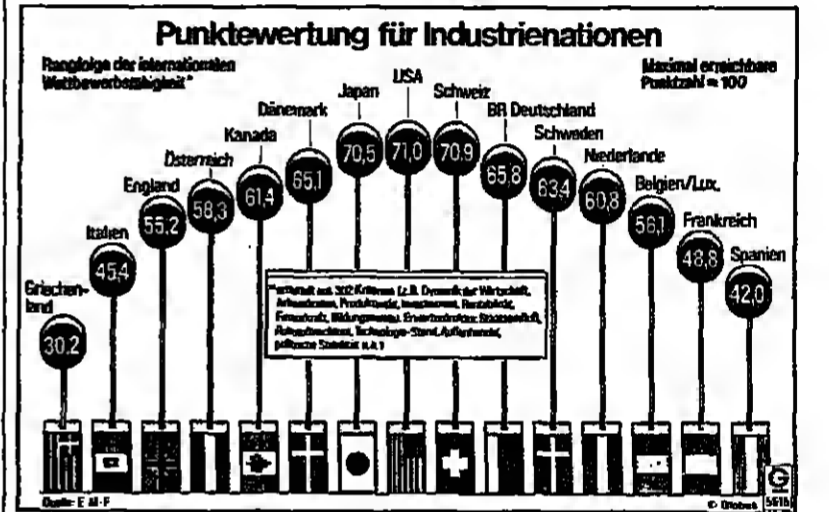
GATT-VERHANDLUNGSRUNDE

Entwicklungsländer nennen zahlreiche Vorbedingungen

IRENE ZÜCKER, Genf Zum ersten Mal hat sich eine Gruppe von 23 Entwicklungsländern für die neue Handelsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) ausgesprochen.

Standstill und Rollback sollen mit den Industrienationen vereinbart werden. Von den Industrienationen wird gewünscht, daß sie ihre Handelsbeschränkungen im Dritten Welt gegenüber abbauen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Für den Wettbewerb auf den Weltmärkten sind die Amerikaner, die Schweizer und die Japaner nach dem jüngsten Bericht des Europäischen Management Forums besser gerüstet als die Deutschen.

Regierung übernimmt Overseas Trust Bank

Hongkong (dpa/VWD) - Die Overseas Trust Bank (OTB) in Hongkong, deren Zusammenbruch in der vergangenen Woche großes Aufsehen erregte, kann heute ihre Schalter wieder öffnen.

Schwarzarbeit beklagt

Bad Nauheim (dpa/VWD) - Schwarzarbeit entzieht dem Karosseriebaugewerbe knapp ein Drittel aller Reparaturen, beklagt der Zentralverband der Karosserie- und Fahrzeugtechnik (ZKF) am Freitag in Bad Nauheim.

Mehr Importautos

Hamburg (dpa/VWD) - Beim deutschen Käuferpublikum erfreuen sich Importfahrzeuge weiter wachsender Beliebtheit. Nach Angaben des Verbandes der Importeure von Kraftfahrzeugen, Bad Homburg, stieg der Anteil importierter Personenvagen an den Neuzulassungen der ersten vier Monate 1985 auf 27,6 Prozent.

Computer-Show in Köln

Köln (AP) - „Brot und Spiele auf elektronisch“ bietet in den nächsten Tagen die internationale Computer-Show auf dem Kölner Messegelände.

US-Arbeitslosenquote

Washington (dpa/VWD) - Die Arbeitslosenquote in den USA betrug im Mai 7,3 Prozent und blieb damit vier Monate hintereinander unverändert.

Londoner Kassapreise

Table with 2 columns: Commodity (Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Gold, Silber, Kakao, Kaffee, Zucker, Kautschuk, Wolle, Baumwollspinn) and prices for 7.6 and 31.5.

Höhere Tarife angekündigt

Frankfurt (dpa/VWD) - Für die Beförderung von Gütern im Straßentransport sollen künftig höhere Preise gelten. Die Tarifkommission des Güterfernverkehrs (TKF) und der Verladerausschuß bei der TKF haben am Freitag eine Erhöhung der Beförderungsentgelte um durchschnittlich 2,4 Prozent zugestimmt.

Geringere Tonerung

Mexiko-Stadt (dpa/VWD) - Die mexikanische Inflationsspirale bewegt sich nach unten. Nach den am

ENERGIEAGENTUR:

Versorgungsüberfluß beim Öl ist nicht von Dauer

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris Die Lage am Ölmarkt hat sich weiter entspannt. Während die Nachfrage zurückgeht, nimmt das Angebot vor allem der Sowjetunion zu, stellt die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem letzten Ölmarktbericht fest.

Kreditaufnahme ist gestiegen

An den internationalen Finanzmärkten wurden im Mai 22,8 Mrd. Dollar an mittel- und langfristigen Geldern aufgenommen, 1,7 Mrd. mehr als im April und elf Mrd. mehr als im Jahresvergleich.

OECD-UMWELTSCHUTZBERICHT / Luftverunreinigung nicht schlimmer geworden

Abfälle gefährden das Grundwasser

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris In den europäischen Mitgliedstaaten hat sich die Luftverunreinigung seit Anfang der siebziger Jahre stabilisiert; in Nordeuropa sei sie sogar zurückgegangen.

US-AKTIENMÄRKTE

Rekorde zur Wochenmitte - Kurseinbrüche am Freitag

dpa/VWD, New York Bis Donnerstag bot die Wall Street auch diese Woche überwiegend Rekordläufe. Doch am Freitag kam der erwartete Kursrückgang.

Abfälle gefährden das Grundwasser

zwar eine gewisse Stabilisierung ergeben; jedoch sei das Niveau des schadstoffreichen Verkehrslärms noch viel zu hoch.

Abfälle gefährden das Grundwasser

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris In den europäischen Mitgliedstaaten hat sich die Luftverunreinigung seit Anfang der siebziger Jahre stabilisiert; in Nordeuropa sei sie sogar zurückgegangen.

Abfälle gefährden das Grundwasser

zwar eine gewisse Stabilisierung ergeben; jedoch sei das Niveau des schadstoffreichen Verkehrslärms noch viel zu hoch.

Abfälle gefährden das Grundwasser

zwar eine gewisse Stabilisierung ergeben; jedoch sei das Niveau des schadstoffreichen Verkehrslärms noch viel zu hoch.

Abfälle gefährden das Grundwasser

zwar eine gewisse Stabilisierung ergeben; jedoch sei das Niveau des schadstoffreichen Verkehrslärms noch viel zu hoch.

Abfälle gefährden das Grundwasser

zwar eine gewisse Stabilisierung ergeben; jedoch sei das Niveau des schadstoffreichen Verkehrslärms noch viel zu hoch.

Abbildung September 'A-Index-Preis Liverpool

KRUPP KOPPERS

Durststrecke geht zu Ende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nur halb so hoch wie in der vorangegangenen Dreijahresperiode lag bei dem Essener Anlagenbauer Krupp Koppers GmbH im Zeitraum 1982/84 der Jahresumsatz von durchschnittlich 150 Mill. DM.

Die Lage habe sich jetzt wieder gebessert. Die drei Jahre bis zum näch-

alpha 8. Das Elektronische Wörterbuch von Langenscheidt. Für Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch. Als Vokabel-Trainer für Latein.

sten Messe-Termin würden nicht so schwierig. Nun gebe es auch aus Ostblockländern und (einigen) Ländern der Dritten Welt wieder.

In der Kohleveredelung (Vergasung, Verflüssigung), deren Marktpotential durch die Ölpreisaussage auf den Stand vor dem ersten Ölchock (1973) zurückgefallen sei, leistet sich die Firma mit Rückendeckung durch die Konzernmutter Fried. Krupp GmbH derzeit mit 150 Mill. DM Aufwand (wovon die Hälfte aus Zuschüssen von Bonn und EG kommen soll) das größte Entwicklungsprojekt des Konzerns.

Einsteigebiet soll vor allem das Kohlekraftwerk der Zukunft sein: Ein kombiniertes Gas/Dampf-Turbinen-Kraftwerk mit integrierter Kohlevergasung, das den Wirkungsgrad der Kohleverstromung erheblich steigere, weitestgehend ohne schädliche Emissionen arbeite und nicht teurer sei als ein konventionelles Kraftwerk mit Rauchgasentschwefelung.

Auf dem Weg zur Gemeinsamen Agrarpolitik

IGNAZ KIECHLE, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, zum Beitritt von Spanien und Portugal

Am 12. Juni 1985 werden die Verträge über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Europäischen Gemeinschaft in Madrid und Lissabon unterzeichnet. Damit haben fast achtjährige, auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Fischerei besonders schwere und zähe Verhandlungen zwischen der EG-Zehn (Alt-Gemeinschaft) und Spanien und Portugal ihren Abschluß gefunden.

Die von hoher politischer Zielsetzung bestimmten Verhandlungen liefen häufig Gefahr, sich im Gestrüpp technischer Einzelheiten festzufahren. Auch drohten oftmals enge nationale Interessen die weitreichende politische Zielsetzung zu vernebeln. Aber niemand hatte erwartet, daß diese Beitrittsverhandlungen, insbesondere auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Fischerei, leicht sein würden. Die Schwierigkeiten der Gemeinsamen Agrarpolitik sind hinreichend bekannt. Die ganze Problematik ist gerade in den vergangenen Monaten wieder besonders deutlich geworden.

Um so mehr können alle Beteiligten die Unterzeichnung der Verträge mit Genugtuung und Befriedigung, sogar mit gewissen Stolz zur Kenntnis nehmen. Schließlich ist es gelungen, umfangreiche Vertragswerke auszuarbeiten, die eine solide Grundlage für den Integrationsprozeß Spaniens und Portugals in der Alt-Gemeinschaft bilden werden.

Die Vertragswerke sind so umfangreich geworden, weil sie bis in die Einzelheiten Regelungen für die Übergangszeit enthalten. Neben den grundsätzlichen und allgemeinen Bestimmungen mußte eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen für die verschiedenen Produkte und die agrar- und fischereipolitischen Maßnahmen aufgenommen werden. Zugleich ist der Umfang der Verträge über Ausdruck des Bemühens, möglichst alle Probleme bereits mit dem Beitritt zu lösen und etwaigen Mißverständnissen und Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Bei der Ausarbeitung der Beitrittsverträge galt es in erster Linie, Regeln für einen harmonischen Integrationsprozeß der Beitrittsländer in die bestehende Gemeinschaft zu finden, die einerseits sichtbare konkrete Fortschritte gewährleisteten, andererseits aber Friktionen vermeiden.

Dabei werden Spanien und Portugal wegen ihres unterschiedlichen Entwicklungsstandes auch grundsätzlich unterschiedlich behandelt.

So übernimmt Spanien schrittweise innerhalb von sieben Jahren - Ausnahme Obst und Gemüse und einige sonstige Einzelmaßnahmen - die Gemeinsame Agrarpolitik. Portugal hingegen wird wegen seiner besonderen Verhältnisse in der Agrarwirtschaft und Agrarverwaltung eine zehnjährige Übergangszeit bei den meisten nördlichen Produkten eingeräumt, wobei in den ersten fünf Jahren erst die Voraussetzungen für die Anwendung der gemeinsamen Marktordnungen geschaffen werden sollen.

Handel soll sich kontinuierlich ausweiten

Doch damit alleine konnten die Befürchtungen der Beitrittsländer vor einer Beschränkung ihrer Märkte durch nördliche Produkte wie Getreide, Fleisch, Milchereierzeugnisse und die Besorgnis in der Alt-Gemeinschaft vor einer Überschwemmung mit Obst und Gemüse und vor der großen spanischen Fischereiflotte im EG-Meer nicht ausgeräumt werden. Um diesen Bedenken zu begegnen, mußten Sonderregelungen getroffen werden.

Bei den nördlichen Produkten, die für Spanien und Portugal als sensibel gelten, werden die EG-Exporte unter ein anfänglich strenges, später auflockeres Handelsüberwachungsverfahren gestellt. Dabei ist jedoch gewährleistet, daß sich die traditionellen Handelsströme kontinuierlich ausweiten können. Dies ist auch und gerade für die deutsche Landwirtschaft wichtig. Bei Obst und Gemüse werden die Beitrittsländer in der ersten Phase der Übergangszeit (Spanien vier Jahre, Portugal fünf Jahre) gewissermaßen als Drittländer angesehen, die bei ihren Exporten in die Länder der Alt-EG den Referenzpreis erhalten müssen.

Der Integrationsprozeß wird durch einen Abbau der Zölle eingeleitet. In der zweiten Phase der Übergangszeit erfolgt neben dem Zollabbau eine langsame Verbesserung des Marktregimes im Rahmen der Referenzpreise; der Handel wird jedoch weiterhin überwacht.

Bei Wein wurde mit Spanien zwar nur eine siebenjährige Übergangszeit vereinbart (Portugal zehn Jahre), in der die Zölle schrittweise abgebaut und die Preise schrittweise an die Gemeinschaftspreise herangeführt werden. Jedoch unterliegt der Handel in beiden Richtungen zehn Jahre lang dem Handelsüberwachungsverfahren.

Außerordentlich problematisch war auch der Sektor Olivenöl, bei dem es sich um ein kostspieliges Überschussprodukt handelt. Um Produktionssteigerungen und Kostenlängen zu begrenzen, wurde ebenfalls eine Übergangszeit zur Preisregulierung festgelegt. Bis zur Anpassung der Marktordnung an die Erfordernisse der erweiterten Gemeinschaft (Festlegung von Garantieschwellen) werden die Interventionspreise in Spanien nur zur Hälfte des normalen Satzes (nur mit 1/20 statt 1/10) angesetzt.

Für Portugal, das wegen seiner unterschiedlichen Agrarstruktur nur unzureichend Nutzen aus der Gemeinsamen Strukturpolitik ziehen kann, soll ein zusätzliches Agrarstrukturprogramm in Höhe von 700 Millionen ECU für zehn Jahre durchgeführt werden.

Ein schwieriges Verhandlungskapitel war auch die Fischerei. Hier galt es zunächst, das in den letzten Jahren sehr mühsam erreichte Gleichgewicht in der Gemeinsamen Fischereipolitik der Alt-EG abzusichern. Der Zugang der großen spanischen Flotte wird für eine lange Übergangszeit auf die bisherigen Fanggebiete beschränkt. Bei begrenzter Schiffszahl sind verbesserte Fangmöglichkeiten bei einzelnen Fischarten vorgesehen. Die Fangmöglichkeiten werden in positiver Weise zu verknüpfen. Es bleibt zu hoffen, daß die Ratifizierungsverfahren rechtzeitig abgeschlossen werden können, damit der Beitritt zum 1. Januar 1986 wirksam werden kann.

Zwischen Portugal und der Alt-EG gelten Zugangsregeln, die die bisher-

ge Fischereipraxis (jeder fischt bei sich) für die gleiche Übergangszeit wie bei Spanien fortführen.

Neben diesen Vereinbarungen im Agrar- und Fischereisektor wurden auch für eine Vielzahl von Detailproblemen im Markt-, Struktur- und Handelsbereich Sonderlösungen erarbeitet, um etwaigen Schwierigkeiten vorzubeugen. Die Sonderregelungen beruhen zumeist auf einem Kompromiß, der versucht, den verständlichen Wünschen der einen und den als berechtigt anerkannten Bedenken der anderen Seite Rechnung zu tragen.

Kosten sind als sinnvoll anzusehen

Nach vorsichtigen vorläufigen Schätzungen werden die Kosten des Beitritts nicht niedrig sein. Dies ergibt sich aus der allgemeinen Rückständigkeit der Beitrittsländer auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft und der Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik der Alt-Gemeinschaft. Letztlich sind die Kosten, gemessen an der politischen Gesamtleistung, wohl als sinnvoll anzusehen. Sie sind aber allgemeine politische Kosten, die nicht der Agrarpolitik angelastet werden dürfen.

Mögen Wünsche und Bedenken sich im Laufe der Jahre als übertrieben erweisen, mag sich herausstellen, daß an jener Stelle zu kleinlich, an anderer Stelle zu großzügig verfahren wurde, die Vertragswerke mit Spanien und Portugal sind ausgewogen und bilden faire Grundlagen für die Integration dieser Länder in die europäische Landwirtschaft.

Die Unterzeichnung ist gewiß ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zu einem vereinten Europa und einer verstärkten westlichen Allianz. Für die deutsche Agrarwirtschaft kann sich eine bedeutende Chance aufmun.

Wegen der Vielfalt der Probleme, bedeutet die Unterzeichnung aber auch für alle Beteiligten eine echte Herausforderung, die hohen Zielsetzungen in positiver Weise zu verknüpfen. Es bleibt zu hoffen, daß die Ratifizierungsverfahren rechtzeitig abgeschlossen werden können, damit der Beitritt zum 1. Januar 1986 wirksam werden kann.

EG/Rechnungshof verurteilt Beihilfesystem für Olivenöl

„Zahlreiche Schwachstellen“

WILHELM HADLER, Brüssel. Hart ins Gericht gegangen ist der Europäische Rechnungshof erneut mit der Brüsseler Agrarpolitik. In einem Bericht über die Marktordnung für Olivenöl äußert er „ernsthafte Zweifel“ an der Angemessenheit der Kontrollen, denen die EG-Ausgaben für diesen Sektor unterliegen und kommt zu dem Schluß, daß die Gemeinschaft das gegenwärtige Preisstützungssystem für Olivenöl wegen seiner zahlreichen Schwachstellen nicht fortsetzen lassen sollte.

Der vom Straßburger Parlament angeforderte Sonderbericht legt diese „Schwachstellen“ auf über sechzig Druckseiten dar. Bereits in der Einleitung heißt es, das gegenwärtige System sei „praktisch nicht verwirklicht“, die verfügbaren Statistiken seien „unzuverlässig und häufig widersprüchlich“ und die Zahlung der Beihilfen sei in vielen Fällen an Stellen oder Personen delegiert worden, die direkt oder indirekt selbst davon profitierten.

Der Rechnungshof legt damit den Finger auf eine Wunde, die auch die EG-Kommission und die Minister seit langem schmerzt. Das Problem ist, daß Reformen in der Vergangenheit wegen der großen Bedeutung des Olivenbaus für einige südliche Regionen der EG nur mühsam durchzusetzen waren, wobei sich die Kleinbetriebe für Agrarstruktur und die notorische Rückständigkeit der Verwaltungen in diesen Regionen als besonders hinderlich erweisen.

Die Olivenöl-Marktordnung versucht, den südlichen Landwirten durch ein kombiniertes System von Produktions- und Verbrauchsbeihilfen angemessene Erlöse zu sichern. Schon bald nach ihrer Einführung im Jahre 1980 stellte sich jedoch heraus,

daß erhebliche Verzögerungen bei der Prüfung der Beihilfeanträge eintraten und daß die nationalen Behörden kaum in der Lage waren, die Bestandsbuchführung der Ölmühlen zu prüfen.

Allein in Italien liegt die Zahl der jährlichen Anträge in der Größenordnung von einer Million. Die Zahl der anerkannten Ölmühlen beläuft sich auf etwa 9000. In bestimmten Jahren überschreiten die (allein durch Angaben über die Zahl der unterhaltenen Ölmühlen nachgewiesenen) Mengen, für die eine Subvention beantragt wurde, bei weitem die Voraussetzungen der Kommission. Die 1975 vom Rat beschlossene „Ombarte“ soll einen besseren Überblick ermöglichen. Sie ist aber als „jährliches Langzeitprojekt“ (Rechnungshof) zehn Jahre später noch immer nicht verwirklicht worden.

Seit 1975 gilt eine Regelung, die die Kreuzergemeinschaften an der Verwaltung und Kontrolle der Beihilfen (1984 rund 17 Mrd. DM) beteiligt. Nicht genügend beachtet wurde jedoch bei der Verabschiedung dieser Bestimmungen, daß ein ausreichendes Netz von überprüfenden Gemeinschaften überhaupt erst geschaffen werden muß.

In der Praxis ist nach Meinung des Rechnungshofes das Anmaß, in dem sich die Kommission und die nationalen Behörden auf die Kontrollen der Kreuzergemeinschaften verlassen müssen, ohnehin unannehmbar. Außerdem würde die Gefahr böseger Praktiken erheblich eingedämmt werden, wenn die Produktionsbeihilfen nicht auf der Grundlage von Anbauermittlungen, sondern jeweils zum Zeitpunkt der Verzinsung oder Verarbeitung angesetzt werden könnten.

ITALIEN/Schrott-Verknappung zwingt zur Kooperation

Stahl-Strukturen ändern sich

GÜNTHER DEPAS, Mailand. Die Schrott-Verknappung auf den internationalen Märkten zwingt die privaten italienischen Elektro Stahl-Unternehmen immer mehr zur Zusammenarbeit mit dem staatlichen Stahlkonzern Finsider. Nach dem Konsortium privater Elektro Stahlwerke, die sich unter der Ägide von Finsider an dem Hütten- und Stahlwerk Genoa-Cornigliano beteiligen wollen, ist jetzt eine ähnliche Kooperation auch im Falle des staatlichen Hütten- und Stahlwerks Neapel-Bagnoli geplant.

Zweck dieser Kooperationen ist es, die Produktion eines Teils des Langstahl-Halbbaus von Elektro- auf Hochofenerzeugung umzustellen, um damit Kosten einzusparen. Für die private italienische Stahlindustrie, die ausschließlich mit Elektrofen arbeitet, sind in den letzten Monaten die Schrottpreise prohibitiv in die Höhe geklettert.

Die Zusammenarbeit zwischen privaten Elektro Stahlfirmen und dem staatlichen Stahlkonzern Finsider kommt auch noch anderen Interessen entgegen. Sie gibt Finsider die Möglichkeit, Anlagen weiter zu betreiben, die sonst wegen der EG-Auflagen stillgelegt werden müßten, während die Privaten weitere Kapazitäten reduzieren können. Bisher hat die italienische Stahlindustrie im Rahmen der EG-Auflagen rund 5 Mill. t Kapazitäten stillgelegt. Davon entfallen beinahe 4 Mill. t auf Finsider. Im Rahmen der neuen EG-Stilllegungspläne muß Italien weitere 3 bis 4 Mill. t schließen. Diesmal werden es aber die Privaten sein, die die größte Stilllegungslast tragen müssen.

Das ist der Grund, weshalb die privaten Unternehmer derzeit ein lautes Stillschließen fordern. Die Produktion der EG-Frist zur Einstellung der Staatshilfen in der Stahlindustrie ein-treten. In einer Stellungnahme hat der Präsident des Verbandes der privaten Elektro Stahlwerke, Roberto De Miranda, darauf hingewiesen, daß „wir noch weit von unserem Umstrukturierungsziel entfernt sind“.

Ziel der Privaten ist es, ihren Kapazitätsgrad von jetzt 50 auf wenigstens 75 bis 80 Prozent zu bringen. Das soll nicht nur im Wege von weiteren Stilllegungs- und Konzentrationsmaßnahmen geschehen, sondern auch durch eine schärfere Produktabgrenzung gegenüber dem Staatskonzern Finsider. Die Privaten wollen künftig allein Langstähle erzeugen, während sich der Staat auf die Flachstahlproduktion beschränken soll.

Im Jahre 1984 erhöhte Italien seine Stahlproduktion gegenüber dem Vorjahr um 10,3 Prozent auf 24 Mill. Tonnen, womit der Ausstoß allerdings erst um 0,2 Prozent über dem des Jahres 1983 lag. Die Hälfte der Produktion entfiel auf Elektrofen. Der Inlandsverbrauch stieg gegenüber 1983 um 7,8 Prozent. Daten waren die Einfuhren, die nur um 4 Prozent zunahm, mit 36 Prozent beteiligt.

FINNLAND/OECD lobt die Konjunkturpolitik

Stetiges Wachstum erreicht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris. Mit seiner geschickten antizyklischen Konjunkturpolitik hat Finnland die Folgen der Weltwirtschaftskrise in einer vorbildlichen Weise überwunden, stellt die OECD fest. In den letzten drei Jahren nahm das Bruttoinlandsprodukt des Landes um jeweils rund drei Prozent zu, wobei sich der Exportanstieg von 3,6 Prozent 1983 auf 6,1 Prozent 1984 real erhöhte.

Helsinki kam dabei allerdings auch seine besondere Stellung zwischen dem Westen und dem Osten zugute. Kurzfristig dürfte die Wiederbelebung des Export in die Sowjetunion die Abschwächung der westlichen Expansion ausgleichen, heißt es in dem Bericht. Finnland ist nach der Bundesrepublik der zweitgrößte Handelspartner der Sowjetunion.

Obwohl Finnland in diesem Jahr eine Expansion von beachtlichen 3,8

Prozent erwarten kann, dürfte die Arbeitslosenquote weiterhin rund sechs Prozent erreichen. Das ist zwar weniger als im OECD-Durchschnitt, aber mehr als in den anderen skandinavischen Ländern, die sich dabei aber auf eine forcierte Vollbeschäftigungspolitik stützen.

Dagegen dürfte sich der Preisanstieg 1986 auf fünf Prozent abschränken, nach sechs Prozent 1985, 7,1 Prozent 1984 und neun Prozent 1983. Weitere Fortschritte hält die OECD aus strukturellen Gründen (monopolistische Struktur eines kleinen Landes) aber für schwierig.

Helsinki wird empfohlen, die Preiskontrollen zu lockern und die Konkurrenz zu fördern, andererseits die Steuern zu erhöhen, die niedriger als in den meisten anderen Industriestaaten sind, sowie eine marktgerechtere Zinspolitik zu betreiben, um die Sparfähigkeit zu fördern.

RENTENMARKT/Wenig Interesse für DM-Zeros

Leichter Zinsrückgang

Die Kapitalmarktzinsen sind wieder ein wenig nach unten in Bewegung gekommen. Das Ausmaß der Zinssenkung war jedoch recht bescheiden und hat viele Marktteilnehmer angesichts des kräftigen Zinsdrucks am Leitmarkt USA enttäuscht. Offensichtlich fällt es vielen Anlegern

schwer, sich an das seit Jahren niedrigste Zinsniveau zu gewöhnen. Auch deutsche Zerobonds kommen beim inländischen Publikum noch nicht richtig an. Die jüngsten Anleihen der Post und der Bahn sind noch nicht voll platziert, weil ihre Bedingungen überreizt sind. (cd.)

Table with 5 columns: Emittenten, 7.6, 31.5, 28.12, 30.12, 30.12. Rows include Anleihen von Bund, Bahn und Post, Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände, etc.

Unser Geschäftsjahr 1984.

Allgemeine Daten. Gründung der Stammesgesellschaft: 1899. Hauptverwaltung und Forschungszentrum: Kali-Chemie Aktiengesellschaft, 3000 Hannover 1, Hans-Böckler-Allee 20.

Zahlen auf einen Blick. Table with 3 columns: Werte in Mio. DM, 1984, 1983. Rows include Umsatz KC-Gruppe, Anlagevermögen, Umlaufvermögen, etc.

Bilanzübersicht 31. 12. 1984. Table with 4 columns: AKTIVA, Anlagevermögen, Forderungen an verbundene Unternehmen, etc. and PASSIVA, Eigenkapital, Langfr. Verbindlichkeiten, etc.

Gewinn- und Verlustrechnung 1984. Table with 2 columns: Mio. DM, Umsatz Erlöse, Bestandsveränderung, etc.

Produkte und Märkte. Die Kali-Chemie-Gruppe produziert und vertreibt weltweit zusammen mit ihren Beteiligungsgesellschaften die Produkte ihrer Sparten: • Stickstoff/Explosiva • Fluorprodukte • Katalysatoren/Chemikalien • Nitroprodukte • Arzneimittel

Ein Unternehmen der Solvay-Gruppe. KALICHEMIE logo.

Handwritten signature: J. P. ...

Uelzener Milchwerke geht stark zurück
D. SCHMIDT, Uelzen
Die Uelzener Milchwerke eG, Uelzen, wird im Herbst dieses Jahres rund 90 von derzeit 320 Mitarbeitern entlassen.

Jetzt steht das endgültige Aus bevor

CLAUS DEKTINGER, Frankfurt
Für die Ende Mai von der Bankenaufsicht vorübergehend geschlossene Münchener Privatbank Schneider & Münzing zeichnet sich jetzt das endgültige Aus ab.

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, and Tokyo, listing various stocks and their closing prices.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Hoffnung für Adt
Frankfurt (dpa/WVD) - Die Hoffnungen auf eine Rettung der im Vergleichsverfahren stehenden Bauförder-Holding Adt AG, Frankfurt, sind gestiegen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Egbert von der Vegt, Stukaturer, Essen; Berlin: Conrad, Decaden-Bilgeroth geb. Dielens, Gesele; Hermann Uppenkamp GmbH & Co. KG Möbel- und Service GmbH, Essen.

Unternehmen und Branchen

Celler Eisenbau an Itag
Celle (dos) - Die vor allem im Bohrgeschäft und in der Exploration tätige Itag-Gruppe, Celle, hat die Ende 1984 in Schwierigkeiten geratene Celler Eisenbau Engelsing GmbH übernommen.

NAMEN

Peter Koch, Generalvollmächtiger der Firma Talbot und Vorstandsmitglied der DUEWAG-Aktiengesellschaft, wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes des Verbandes der Waggonindustrie e.V., Frankfurt/Main, gewählt.

Machen Sie sich einen Namen!
W. & P. Presse-PR-Werbung
Meerbuscher Str. 23, 4005 Meerbusch 2
Tel. 0 21 59 / 5 03 37 oder 5 03 41

Diese Skizze zeigt, daß Faules nichts Schlechtes sein muß
Monoklonale Antikörper zur Krebsdiagnostik und morgen vielleicht zur Krebstherapie, können durch die Fortschritte in der Gentechnologie entwickelt werden.

Garantieanmietung
Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner.

H. O. FINANCIAL LTD.
Einladung
Zur ordentlichen Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1984/85 am 28. Juni 1985 um 10 Uhr im Sheraton Centre, Toronto/Canada.

Lufthansa
Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft Köln
Wir laden hiermit unsere Aktionäre ein zu der am Mittwoch, den 17. Juli 1985, um 10.00 Uhr im Messe Congress-Centrum Ost, Köln, stattfindenden Ordentlichen Hauptversammlung.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Brucker Holz 56-60 Postfach 23 03 60 - 4300 Essen 1
Telefon 02 01/71 10 51

FUSSBALL / Abschluß der Bundesliga-Saison: München doch noch vier Punkte voraus

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund-Bremen 2:0, Hamburg-Schalke 2:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Dortmund-Bremen 2:0, Hamburg-Schalke 2:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes M'gladbach-Frankfurt 3:3, M'gladbach-Sude 1:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Bochum-Düsseldorf 1:0, Bochum-Zwickau 1:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Leverkusen-Mannheim 2:1, Leverkusen-Vollborn 1:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Karlsruhe-Stuttgart 1:1, Karlsruhe-Fuhr 1:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes K'ladbach-Frankfurt 3:3, K'ladbach-Sude 1:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Braunschweig-München 0:1, Braunschweig-Franke 1:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Bielefeld-Verdingen 1:0, Bielefeld-Kneib 1:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Hamburg-Schalke 2:0, Hamburg-Stein 1:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Braunschweig-München 0:1, Braunschweig-Franke 1:0, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Includes Braunschweig-München 0:1, Braunschweig-Franke 1:0, etc.

Die Entscheidung: Bayern München wurde noch mit vier Punkten Vorsprung Meister vor Werder Bremen. Der Hamburger SV (2:0 über Schalke) spielt doch noch im UEFA-Cup...

Abschlußtabelle der Saison 84/85

Table with 3 columns: Team, Points, Goals. Lists 18 teams including München, Bremen, Köln, etc.

Die Statistik der Saison: Es wurde insgesamt folgend gespielt als 1983/84. 19 rote Karten gab es (Vorjahr 21). Die letzte für den Schalke-Torwart...



Meisterschale für Münchens Torschützen in Braunschweig: Dieter Hoese.

Glückwunsch, Bayern. Im Jahr eins nach Rummenigge das beste und stärkste Team

M. RÄGGELE, München. Wie eine Pistole zielte das Mikroskop auf die Brust des Stars. Sören Lerby befand sich auf dem Weg von der Ehrenrunde zur Siegerehrung...

gleich mit den Vorgängern nicht vergessen. Im Gegensatz zu den Bayerns Silberware, den Kuchenzellen für den Meister und den Pott der Pokalsieger...

die unterschiedlichsten Gefühle feststellte. Gebaut von Bayerns Silberware, den Kuchenzellen für den Meister...

Sympathien zurück. Sympathien, deren Verlauf sich Konto von Manager Uli Hoeneß gegeben hat. Dieser hat nur einmal in der Saison den Titel geflüstert...

Klaus Allofs Vorbild für die Kollegen, Schumacher und die Sympathien, doppeltes Hoch auf „Wiggerl“

Von ULRICH DOST. Über sich selbst redet Klaus Allofs (28) am liebsten überhaupt nicht. Sich produzieren, sich in den Mittelpunkt stellen...

zweifelt sogar, daß die Kölner überhaupt ernsthafte Absichten besäßen, um seinen Bruder zu holen. „Sonst hätte Köln doch ein paar Hunderttausend Mark drauflegen können.“

gang nicht ganz so einfach ist, ist längst kein Geheimnis mehr. Dennoch: Bei einer Umfrage des ZDF unter den Zuschauern...

Kögl erst je einen Treffer im Europapokal und in der Bundesliga erzielt hat. Vielleicht sind es in der nächsten Saison mehr.



Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga. schauerzahlen der abgelaufenen Saison 1984/85. Mit 5 801 974 zahlenden Besuchern verzeichnet die Bundesliga den geringsten Besuch seit zwölf Jahren...

Lerby schrie: Wo bleibt nur der Champagner?

Es war um 17.25 Uhr in Braunschweig, in der Bayero-Kabine. Sören Lerby, der Däne, brüllte: „Wo bleibt denn nur der Champagner?“

Am Sonntag morgen auf dem Münchner Marienplatz vor dem historischen Rathaus jubelten zehntausend Fans unter einem bayerisch-weiß-blauen Himmel. Brauserder Beifall, als die Mannschaft von Oberbürgermeister Kronawitter einen halben Meter hohen Silberpokal überreicht bekommt...

Schatzmeister Scherer zieht Bilanz: neun Millionen Mark Einnahmen (brutto) allein in der Bundesliga, insgesamt mehr als 20 Millionen Mark. Finanziell war es die erfolgreichste Saison in der Vereinsgeschichte...

Advertisement for Erdgas: Erdgas ist eine saubere Sache.

Advertisement for Vorschau: Die Sommerpause der Bundesliga dauert nur neun Wochen. Bereits am 10. August beginnt die 23. Saison (2. Liga am 3. August)...

Handwritten signature or mark at the bottom right of the page.

FUSSBALL / Abschluß der Bundesliga-Saison: Werder Bremen ging die Luft aus, Bielefeld muß zittern

Rehhagel wehrt sich gegen Vorwürfe, er habe den Titel gar nicht gewollt

BERND WEBER, Bremen
In der Kabine von Werder Bremen flossen nach der 0:2-Niederlage bei Borussia Dortmund keine Tränen. Die Spieler machten sich gegenseitig auch keine Vorwürfe - die Saison wurde erst einmal eher stumm abgehakt. Aber schon bald hatte Trainer Otto Rehhagel den Blick wieder nach vorne gerichtet. „In der nächsten Saison“, sagte er, „wollen wir wieder ganz oben mitspielen.“

Uwe Reinders zog dieses Fazit: „Wir sind stolz darauf, die Meisterschaft bis zum letzten Spieltag offen gehalten und Bayern München so lang ins Schwitzen gebracht zu haben.“ Und Nationalspieler Rudi Völler, der wegen seiner nicht ausgeheilten Oberschenkelverletzung im letzten Saisonspiel nicht zum Einsatz gekommen war, ergänzte: „Daß wir diesmal nur Zweiter geworden sind, tut längst nicht so weh wie vor zwei Jahren. Damals entschied lediglich die bessere Tordifferenz zugunsten des HSV. Und das hat mich Monate später noch gewundert. Jetzt, wo die Bayern mit vier Punkten Vorsprung im Ziel sind, fällt es mir doch entschieden leichter, den wieder undankbaren zweiten Platz zu akzeptieren.“

Die Frage stellt sich: Ist mit Bremen der klassische Fall eingetreten, daß eine Mannschaft schon deswegen nicht Meister werden kann, weil sie selbst nicht so recht an sich glauben mag? Der Bremer Psychologie-Professor Fritz Stemma, selbst seit Jahren Mitglied bei Werder, ist davon überzeugt. Er hatte dabei Trainer Otto Rehhagel ins Visier genommen. „Der hat“, tadelt Stemma, „das Thema Meisterschaft so lange heruntergespielt und tiefgestapelt, bis er seine Leute auf die totale Zufriedenheit mit dem zweiten Tabellenplatz eingepreist hatte.“

Doch gegen diesen Vorwurf wehrt

sich der Trainer. „Ich werde von meiner Firma nicht als Marktschreiber bezahlt“, meint Rehhagel, „sondern dafür, daß ich Arbeit leiste, die sich an realistischen Voraussetzungen orientiert. Und fast steht nun einmal, daß München im Vergleich zu uns die eindeutig besser besetzte Reservebank hat. Deshalb kann die Mannschaft den Ausfall von verletzten Spielern wesentlich leichter wegstecken als wir. Das war mir von Anfang an klar. Und so habe ich mich in der Öffentlichkeit nie dazu verleiten lassen, großspurig von der Meisterschaft zu

fassen. Ich betrachte es dennoch als geradezu bösartige Unterstellung, wenn man mir ernsthaft nachsagen würde, ich hätte nicht alles daran gesetzt, den Titel zu holen. Oder: Ich hätte ihn gar nicht gewollt.“

Gerade in Dortmund sind die Nöte von Otto Rehhagel für jedermann sichtbar geworden. Voller und der zudem wegen eines Platzverweises gesperrte Außenverteidiger Johnny Otten saßen nur auf der Bank, in der 16. Minute mußte Ex-Nationalspieler Norbert Meier wegen einer Muskelzerrung vom Feld, danach waren die Bremer nur noch ein Spielball für die mit letzter Aggressivität um den Klassenerhalt kämpfenden Borussia.

„Aber“, so stellte Bremens Torwart Dieter Burdinski gestern noch einmal klar, „wir haben die Meisterschaft ganz sicher nicht in Dortmund verloren. Entscheidend waren die Punktverluste zu Hause gegen Leverkusen, das dämliche 1:1 in Karlsruhe und die wirklich unnötige 2:3-Niederlage beim 1. FC Köln. Nach diesen Spielen waren wir wirklich frustriert.“

Gestern mittag aber beim großen Essen, das der Verein für alle seine Spieler, für deren Frauen und Kinder ausrichtete, und am Abend, als Bürgermeister Hans Koschnick dem Vize-Meister bei einem Empfang bestätigte, er sei „ein phantastisch sympathischer Werbeträger für die Stadt“, war die Stimmung wieder gelöst. Zumal, entgegen wieder aufkommenden Gerüchten, Rudi Völler den Klub vorerst nicht in Richtung Italien verlassen wird. „Bis zum nächsten Frühjahr bleibt dieses Thema völlig tabu“, erklärte Manager Willi Lemke gestern in einem Gespräch mit der WELT mit Nachdruck. Eine italienische Zeitung hatte gemeldet, Rudi Völler würde nach der Weltmeisterschaft 1986 für Neapel spielen.



Hilflose Gestik zum Saisonende: Otto Rehhagel. FOTO: SIMON

„Platz 16 war realistisch, mehr aber nicht“

dpa, Bielefeld
In Bielefeld feierte niemand, obwohl die Arminia vor 15 000 Zuschauern Pokalsieger Bayer 05 Uerdingen mit 1:0 (1:0) besiegt hatte. Denn trotz dieses Erfolges und trotz der 10:4 Punkte in Serie - die Bielefelder müssen in die Verlängerung, müssen am Donnerstag das erste Relegationsspiel beim Tabellen dritten der zweiten Liga austragen. Am Montag (17. Juni) findet das Rückspiel statt.

Drei Tore fehlten in der Endabrechnung im Vergleich zu Düsseldorf. Es war das Spiel von Bremen in der letzten Woche, das den Bielefeldern zum entscheidenden Stolperstein geworden war. Nach der 1:2-Niederlage war der Klub abhängig von den Ergebnissen anderer. Von Bremen zum Beispiel in Dortmund. „Blöde Bremer“, schimpfte der enttäuschte Pasi Rautiainen, der Finne in Bielefelder Diensten.

Hat man überhaupt noch gehofft, es zu schaffen? „Platz 16 war realistisch, nichts anderes“, sagte Norbert Dronia und zeichnete damit das Stimmungsbild der Mannschaft nach.

„Ich möchte endlich mal wieder Taxi fahren“, hatte Trainer Gerd Roggensack hingeworfen vor dem Anpfiff verkündet und damit der Hoffnung Ausdruck verliehen, den Klassenerhalt ausgiebig feiern zu können. Mit Blumen hatten die elf Bielefelder Spieler den Pokalsieger begrüßt. Doch daß eine Hilfestellung nicht zu erwarten war, war klar. Schließlich hatten die Bielefelder Uerdingens jetzigen Trainer Feldkamp vor einem Jahr mit Schimpf und Schandeh jagt - da konnten sie nun wirklich keine Hilfestellung erwarten.

„Nehmen Sie es mir bitte ab: Ich wünsche meinem Freund Gerd Roggensack alles Gute“, verabschiedete sich Feldkamp aus der Pressekonferenz.

Udo Lattek gegen den Einsatz von Kögl

sid, Düsseldorf
Im letzten Jahr spielte er noch mit 1860 München in Orten wie Ampfing, Frohlich und Vilshofen, jetzt wurde er mit Bayern München Deutscher Meister, und nun soll er im Azteken-Stadion von Mexico City seinen Einstand in der Nationalmannschaft geben: Die Fußball-Karriere des Ludwig „Wiggler“ Kögl ist atemberaubend, und er selbst hat Mühe, diesen Stellen Aufstieg zu verkraften. „An die Nationalmannschaft habe ich nie gedacht. Ideal für mich ist eigentlich die U 21“, meinte der 19-Jährige, über den sein Trainer Udo Lattek sagt: „Es ist seine Stärke, daß er mit beiden Füßen auf dem Boden der Realität steht und nicht abhebt.“

„Bevor sich Teamchef Franz Beckenbauer bereits am Samstag nach Mexiko verabschiedete, hatte er Kögl auf eine mögliche Nominierung vorbereitet - als Ersatz für den angeschlagenen Rudi Völler. DFB-Trainer Horst Köppel, der in der Heimat die Vorbereitung leitete, mußte dann auf den 1,69 m großen Münchner zurückgreifen, weil der Hamburger Wolfgang Rolf wegen einer Adduktoren-Zerrung ausfällt.“

„Ich weiß, daß dies im Grunde etwas zu früh kommt, aber Franz und ich sind der Meinung, daß Kögl ein Mann für die WM 1986 ist“, erklärte Köppel. Ähnlich denkt Udo Lattek: „Zweifelloser besitzt Wiggler glänzende Perspektiven. Aber er bräuchte jetzt dringend vier Wochen Urlaub. Deshalb sollte er in Mexiko nicht eingesetzt werden.“

Allerdings sind die Chancen, daß Kögl zu seiner Premiere kommt und so in der Statistik der Nationalspieler die laufende Nummer 700 wird (die 600 war übrigens Uli Hoeneß), sehr groß. Denn angeschlagen ist neben Rudi Völler auch Klaus Allofs. Der Torschützenkönig aus Köln laboriert

an einer Knöchelprellung, und sein Vereinsarzt sowie Trainer Hannes Löh drängten auf eine Absage.

Horst Köppel aber setzte die Teilnahme durch. Die Begründung: „Ohnehin fehlen Rummenigge, Briegel und Förster. Zudem soll Frontzeck wegen seiner Sperre nicht eingesetzt werden. Einen weiteren Ausfall können wir nicht verkraften.“ Köppel hofft sogar, daß Klaus Allofs am Mittwoch (22 Uhr/ live in der ARD) mit seinem Kölner Partner Pierre Littbarski den deutschen Angriff gegen England bilden kann. In der Abwehr sind vor Torwart Schumacher Libero Herget sowie Berthold, Jakobs und Brehme vorgesehen. Das Mittelfeld sollen Matthäus, Magath, Rahn und Thon bilden.

Dazu Horst Köppel: „Wir möchten testen, wie Thomas Berthold im Kampf Mann gegen Mann aussieht. Diese Aufgabe könnte jedoch auch Klaus Augenthaler übernehmen. Dann würde Berthold ins Mittelfeld rücken.“ Für das zweite Spiel gegen WM-Gastgeber Mexiko am Samstag (20 Uhr/ live im ZDF) ist bereits fest der Einsatz des Hamburger Torhüters Uli Stein geplant.

Folgende Aufstellung ist am Mittwoch gegen England vorgesehen: Schumacher (1. FC Köln) - Herget (Bayern Uerdingen) - Berthold (Eintracht Frankfurt), Jakobs (Hamburger SV), Brehme (1. FC Kaiserslautern) - Matthäus (Bayern München), Magath (Hamburger SV), Rahn (Borussia Mönchengladbach), Thon (Schalke 04) - Littbarski, Allofs (beide 1. FC Köln).

Weiter im Aufgebot, das heute nach Mexiko fliegt, stehen: Stein (Hamburg), Frontzeck, Mill (beide Mönchengladbach), Augenthaler, Kögl (München), Völler, Waas (Leverkusen).

Uli Stielikes bitterer Abschied von Real Madrid

dpa, Madrid
Der deutsche Libero Uli Stielike verläßt Real Madrid nach acht Jahren und wandert zu Xarnax Neuchâtel in die Schweiz ab. Der 30 Jahre alte Stielike war nach einer Unterredung mit Ramon Mendoza, dem neuen Präsidenten von Real Madrid, niedergeschlagen. Mendoza habe ihn wieder einmal vertröstet und keine feste Zusage gegeben, daß sein Wunsch nach einer Vertragsverlängerung um zwei Jahre erfüllt werde.

„Ich verstehe nicht, warum sie jetzt diese Haltung einnehmen“, sagte er, „wo doch der Präsident selbst von Vertragsverlängerung gesprochen hat. Warum soll es jetzt nötig sein, bis zum 16. Juni zu warten, für den (Trainer Luis) Molowny einen Bericht in Aussicht gestellt hat.“ Darauf hatte der Präsident bestanden. Auf wenig elegante Art, so Stielike, habe ihm die Vereinsleitung zu verstehen gegeben, daß sein Vertrag bei Real ja erst am 30. Juni auslaufe und daß er vor diesem Datum keine neue Verpflichtung eingehen dürfe. „Es macht mich traurig, den Verein auf diese Weise nach acht Jahren zu verlassen. Ich dachte, alles würde einfacher sein, nach allem, was ich dem Klub gegeben und was ich von ihm erhalten habe. Ich glaube, ich habe keinen solchen Abgang verdient“, fügte er bitter hinzu.

Stielike wäre gern noch in Madrid geblieben. „Hier habe ich die besten Jahre meines Lebens verbracht“, bekannte er. „Immer werde ich diese Stadt in meinem Herzen tragen. Aber andererseits freue ich mich, denn in Neuchâtel werde ich die Weichen für meine Zukunft stellen.“

Stielike gibt seine Madrider Abschiedsvorstellung am 15. Juni, wenn er gegen Atletico Madrid im zweiten Endspiel um den spanischen Pokal antritt. Das erste Treffen hatte Real beim Lokalrivalen mit 2:2 verloren.

Voraus

der Saison: Es wird gespielt als wenn es es (Vorjahr) in Schöcker Tübingen die gelbe Karte (wurden 37 Spieler). 100 Elmerer (18 Spieler) 178 Spieler. Bremen kam nicht zum Spiel (17). Komplette Mannschaft (20) für die Ampfing (17). Von den 57 920 Zuschauern (17) 178 Spieler.

nach Team

zurück. Spiel a Verlust zum Real Uli Hoeneß gesehen hat nur stand in der Teil der Spieler, überprämien, mit Mannschaft, gelistet 000 bis 30 000 Mark veröffentlichten. In Millionenbetrags. Die beiden die armen Hände in längeren Leben. Der verischen Pflichten.

Titel ist mein wert. Er mit einer Leistung wurde, die in die Klugung und im 1. Klopft sich Lattek a Schulter. Daß er besonders stark ist, nicht extra betont. In ungerechnet in die tummenige, in die Paule Breiner, in n Manager des Klubs.

bleibt gner?

morgen auf den aus jubeln zehner er einem bayrischen Himmel. Braunsell farnschaft von Ober Kronawitter. Doch Trainer, Mannschaft lassen sich nun, en Stimmung nicht, enthaler, Lattek en sich eher artig vor. 1. so als sei eine G. mit anschließender r in einer Staats solvieren. Manager ser schwierigen Se lannschaft wackeln. en. Ihr Fans laubt e teil daran, daß en. - Präsident Hoff ziner Ansprache nach r FC Bayern (dieser Unterstützung wähl Saison. Jetzt greifen des 1. FC Nürnberg, chstes Jahr unsem

hindert nicht unsmäßige Ungeschwanger der Gefühl, ohnehin nicht mög s dessen, was sich p-Finale in Brüssel ussen zu feiern. Uli Jahre alte Weibchen atte das vor den trug en in Brüssel gepa. Fans" abgesetzt. Auf r Marienplatz sage Vorfälle von Brüssel, unmöglich gemacht. s Ersatz am 14. Juli s offenen Tür gebende ingsgelände des 9. Säbener Straße. ans, die gestern mit tz von München le wolten, redete Hoeneß ins Gewissen. 1 dringenden Appell, 1 Ereignisse wie in Brä einern Rahmen ge en dürfen.“ Und die die eigentlich in Antwort im Chä esse“.

Europäische General-Vertretung der DENIMAR sucht Agenten
für den ganzen deutschen Markt mit Erfahrung im Liegenschafts-handel, speziell im Ausland, für den Verkauf unserer Objekte an der „Costa Brava“ in Dania, Spanien: Bungalows, Villen, Wohn-häuser und Grundstücke. Sehr gute Verdienstmöglichkeiten.
Bewerbungen bitte an: Fa. Catra-Handels AG, Zielstr. 5, CH-8482 Rheinfelden, Tel. 00 41 70 52 / 43 11 07.

Gebietstanz (Vertrieb) für ein wissenschaftlich geprüftes und erprobtes Frühdiagnosegerät zu vergeben.
Zuschriften unter N. 2464 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Auslieferungslager für Süddeutschland
zentr. Lage, Autobahnanschl. in der Nähe, ebenerdig, vielseitig benutzbar, erfahrene Büroorganisation, allem. Verwaltung, Fuhrpark usw. für sämtliche Arbeiten ist vorh., Standort Dorstetten bei Freudenstadt.
Angeb. erb. unt. F 2458 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Berliner Kunststoff-Verarbeiter
Befert Kunststoffteile schnell, gut und preiswert (techn. Zubehör, Spielzeug etc.) nach Ihren Angaben. An Dauer-Verbindung interessiert.
Angeb. erb. unt. N. 2463 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Abschlussfähiger Herr
für Verhandlungen mit vorliegenden Interessenten (Vergabe von Agenturen, Organisationsarbeit) von RG gesucht. Bestzustage. Info unter F 2424 an WELT-Verlag, Post-fach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebspartner gesucht für Mobile Telefonanlagen
Für Auto und Altkanister. 20-40 km Reichweite ab DM 4.000,- Vt Günstige Provision. Zuschriften an: P.O. Box 103, 6430 AC Hoersbroek, Holland.

MULTIPLE SKLEROSE GESELLSCHAFT
DMSG - LÄNDERSCHAFT

Multiple Sklerose

100.000 brauchen Ihre Hilfe

Über 100.000 junge Erwachsene haben diese Diagnose schon hören müssen: „Multiple Sklerose“
Die Multiple Sklerose ist eine heimtückische Erkrankung des Zentralnervensystems, die von leichten bis zu schwersten Lähmungen, Seh- und Sprachstörungen, sogar zu völliger Hilflosigkeit führen kann. Sie drängt den MS-Kranken in die Isolation.

Jeder kann an MS erkranken, besonders im Alter von 19 bis 45 Jahren. Bis heute ist noch keine Heilung möglich.

Bitte unterstützen Sie die Arbeit der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. Sie braucht Geld, um durch medizinische Forschung, Beratung und soziale Betreuung das Leben mit der Krankheit zu erleichtern.

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e. V., Rosental 5/4, 8000 München 2.
Zentrales Spendenkonto: 31 31 31 Stadtparkasse München (BLZ 700 500 00).

„Um Bargeld zu bekommen, auch abends und am Wochenende, brauche ich nichts als meine Karte.“



Jos Geominy, Flugbegleiter

„Wenn das Bargeld nicht reicht und die Banken geschlossen haben - die Karte vom Diners Club hilft mir weiter.“
Die Diners Club-Karte befreit Sie auch abends und an Wochenenden aus der Verlegenheit, wenn Sie einmal dringend Bargeld brauchen. Überall dort, wo Sie auf Bahnhöfen und Flughäfen Schalter der DVKB (Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank) mit dem blauen Diners Club-Zeichen sehen, können Sie die Karte vorlegen und sich mit Bargeld

eindecken. Ebenso in den Airport-Lounges des Diners Club und in Kürze auch in großen deutschen Hotels, in denen Sie zu Gast sind.
Die ausgezahlten Summen werden - zuzüglich 3% Gebühr - in Ihrer monatlichen Gesamtabrechnung ausgewiesen. So bleibt Ihre persönliche Buchhaltung vollständig und übersichtlich. Wir beraten Sie gern - rufen Sie uns an (0 69) 15 39-1 oder schreiben Sie uns: Diners Club Deutschland GmbH, Postfach 44 45, 6000 Frankfurt 1.



Diners Club. Die Karte und mehr.

BASKETBALL / 88:94-Niederlage gegen Israel

Das deutsche Team, Kapitän Sowa und die unberechenbare Psyche

ULLA HOLTHOFF, Leverkusen. Selbst der Kapitän war ratlos: „Wir hätten dieses Spiel einfach gewinnen müssen“...



Die deutsche Mannschaft hat viel Arbeit in diese Europameisterschaft investiert. „Basketball ist mein Lebensinhalt geworden“...

Ein Problem, dessen Lösung er noch nicht gefunden hat. Obwohl er oft darüber nachgedacht hat...

TENNIS / Großartiges Damen-Finale in Paris - Weltranglisten-Erste Navratilova verlor 3:6, 7:6, 5:7



Jubelsprung in Paris: Chris Evert-Lloyd.

Chris Evert: „Martina hat Zauber verloren, unschlagbar zu sein...“

Überglücklich kommentierte die neue französische Meisterin: „Das war sicher das dramatischste und vom Ergebnis her das engste Spiel...“

Nach einem furiosen Start war sie schnell mit 3:0 in Führung gegangen und hatte ihre Gegnerin völlig verunsichert...

Martina Navratilova ging, die drohende Niederlage schon dicht vor Augen, aufs Ganze. Sie riskierte alles, brachte in fast artistischer Manier auch scheinbar schon verlorene Bälle noch übers Netz...

NACHRICHTEN

Roboter in den Ring

Düsseldorf (sid) - Nach dem Triumph der „DDR“-Boxer bei den Europameisterschaften in Budapest...

Dresden holt „DDR“-Cup

Berlin (sid) - Im 34. Endspiel des „DDR“-Pokals bezwang Cup-Verteidiger Dynamo Dresden den Meister...

Ins Finale gerollt

Duisburg (dpa) - Der deutsche Rollhockey-Vizemeister RESG Walsum zieht als erste deutsche Mannschaft in ein europäisches Pokalfinale ein...

Weltrekordlerin geschlagen

Leipzig (dpa) - Am vorletzten Tag der 36. DDR-Schwimm-Meisterschaften in Leipzig erreichte die Potsdamerin Susanne Bönike eine Weltklasseleistung über 200 Meter Lagen...

Stielikes Abschied

Madrid (sid) - Uli Stielike geht nach acht Jahren bei Real Madrid in den Ruhestand.

ENGLAND

Geldnot nach Spielverbot

Erste finanzielle Auswirkungen zeigen der von UEFA und FIFA verhängte Bann englischer Fußball-Klubs...

Monaco Cup-Sieger

Paris (sid) - Zum vierten Mal sicherte sich der AS Monaco den französischen Fußball-Pokal.

Das fünfte Double

Leverkusen (dpa) - Zu ihrem fünften Fokaltrophium kamen die Handball-Frauen des TSV Bayer 04 Leverkusen...

Erster Sieg für Wimmer

Nürnberg (sid) - Martin Wimmer erzielte bei der Deutschen Tourist Trophy auf dem Nürburgring seinen ersten Saisonserfolg...

Ein Schönheitsfehler

Körner, der zwei Medaillen in den Einzelwettbewerben geplant hatte, die zweite Medaille, die ihm schon sicher schien, verlor die 23-jährige Düsseldorfer Studentin Volga Kilian...

So befand dem Rolf Ebeling von Bundesausschuss für Leistungssport (BAL), das „unser System verbessert werden muß“...

SPORTBUND / 14 Leitlinien zum Spitzensport einstimmig verabschiedet

Großes Ziel: Platz vier in der Welt halten

Ansicht Weyers präjudizierte die Entscheidung der Europäischen Fußball-Union (UEFA) in der Berlin-Frage...

KANU

Wildwasser-WM in Garmisch-Partenkirchen. Kajak-Einer, Dameris, 1. Wahl, 2. Hötendorfer (beide Deutschland)...

GEWINNZAHLEN

Lotto: 12, 23, 28, 30, 45, 47, Zusatzzahl: 32 - Spiel 77: 4 07 8 8 9

ZAHLEN

Handball: Düsseldorf - Köln 3:1 - Aachen 5:0 - Bonn 4:1 - Elmpt 4:0 - Charlottenburg - Wuppertal 0:4 - DSV-Falke - Paderborn - Ost-Berlin - Dynamo Berlin - Dresden 2:2

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Leverkusen - Mühlheim 1:0, Großflottbek - Gießen 1:0, Eintracht Frankfurt - Bamberg 1:0, Hannover - Gießen 1:0, Mühlheim - SW Köln 1:0, RW Köln - Leverkusen 2:2...

WASSERSKI

Bundesliga, 14. Spieltag: Hamm - Hannover 1:0, Aachen - Elmpt 1:0, Hamburg 1:0, ASG 1:0, Elmpt - Elmpt 1:0, Hohenstein - Duisburg 0:0...

ISCHTATLETIK

Europäische Hallen-EM Männer-Vereinsmannschaften in Harrogate (England), Stand nach dem ersten Tag: 1. Bielefeld 1:0, Elmpt 1:0, Elmpt 1:0...

IN AUSGEZEICHNETER FORM

Präsentierten sich neben Wilander und Lendl auch die beiden Australier Mark Edmondson und Kim Warwick...

GRUPPE A

Spanien sorgte für die bisher größte Überraschung der Basketball-EM. Es besiegte den 13maligen Europameister Sowjetunion mit 99:92...

GRUPPE B

Titelverteidiger Italien ist die einzige Mannschaft des Turniers, die bisher noch kein Spiel verloren hat. Der 112:67-Sieg über die Niederlande war der höchste des vierten Spieltages der Vorrunde...

LEICHTATHLETIK / Schwache Leistungen beim Grand Prix in Moskau

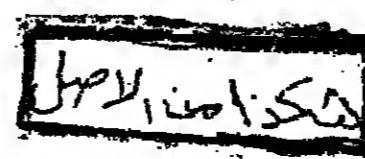
Willie Banks dicht am Uralt-Weltrekord

Über 400 m. In einem hochklassigen Rennen verwies der 23-jährige die beiden Amerikaner Darrell Robinson (44,71) und Ray Armstrong (44,91) auf die Plätze...

SPORTBUND / 14 Leitlinien zum Spitzensport einstimmig verabschiedet

Großes Ziel: Platz vier in der Welt halten

Auf neuen Wegen soll der deutsche Spitzensport bei den Olympischen Spielen 1988 den vierten Rang im Weltvergleich halten. Das ist das Ziel von 14 Leitlinien...



Deutschland leidet unter der Schafskälte

dpa, Hamburg

Zwei Wochen vor Sommeranfang hält die Schafskälte Deutschland fest im Griff. Am Wochenende begaben sich die Temperaturen von Nord nach Süd auf Talfahrt: Das Quecksilber stürzte mancherorts um 14 Grad. In den Alpen und auf dem 1500 Meter hohen Feldberg im Schwarzwald schneite es. Im Rhein-Main-Gebiet gingen in der Nacht zum Sonntag 15 Minuten lang erbsengroße Hagelkörner nieder. Das österreichische Salzkammergut erlebte eines der schwersten Unwetter seit 40 Jahren.

Die Wetterkapriolen nach dem herrlichen Frühsommerwetter sind nach Darstellung des Wetteramtes in Offenbach auf ein „plötzliches Umkippen der Atmosphäre“ zurückzuführen: Binnen einer halben Stunde waren am Sonntag 30 Grad kalte Luftmassen aus etwa 5000 Meter Höhe auf die 16 Grad warme Luft am Boden gestoßen. Die Meteorologen rechnen damit, daß der Zustrom kühler Meeresluft auch in den nächsten Tagen anhält. Das Motto zur Schafskälte: „Schäfer, hol' Deine Schafse rein“ behält also seine Gültigkeit.

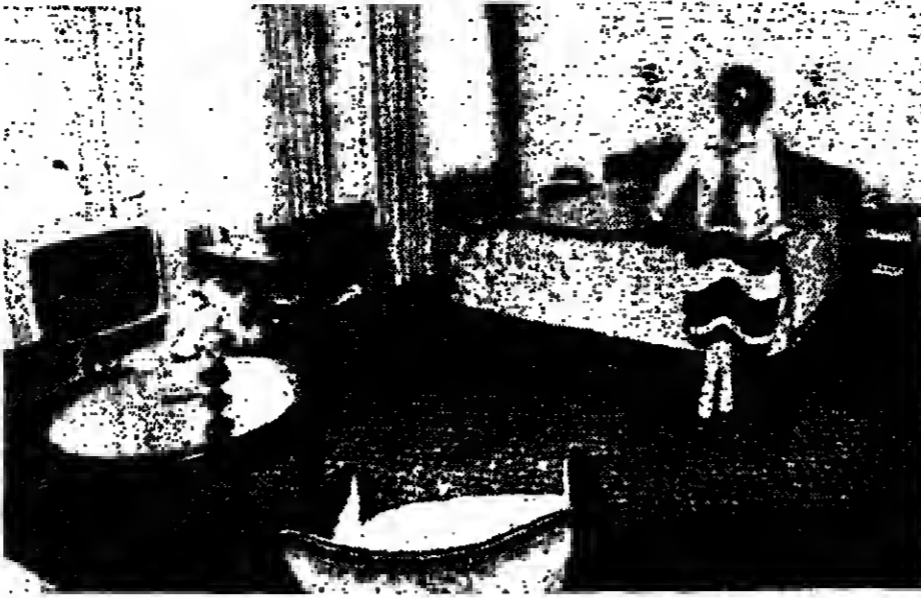
Begleitet von Donnerschlag gingen über weite Teile des Rhein-Main-Gebietes Hagelstürme nieder, die viele Straßen in wenigen Minuten in eine gefährliche Rutschbahn verwandelten. Angesichts der bis zu drei Zentimeter hohen Hageldecke rief die Polizei die Autofahrer zur vorsichtigeren Fahrweise auf. Die Besatzung eines Streifenwagens der Darmstädter Autobahnpolizei wurde allerdings Opfer der extremen Glätte. Auf dem Weg zu einem Unfallort auf der Autobahn zwischen Frankfurt und Darmstadt kam das Fahrzeug ins Schleudern und landete im Straßengraben. In Bayern, wo auf der Zugspitze Schnee und bis auf etwa 2000 Meter Höhe Schneeregen fiel, kam das Quecksilber über die 15-Grad-Marke nicht hinaus.

Von WILM HERLYN

Ein winziger sprachlicher Schnitzer enthält den Hintergrund: „Meine drei Schwestern, die Kommandistinnen sind, haben beschlossen, das Hotel und mich zu verkaufen“, klagt Renate Linsenmeyer. Sie, die vierte im Bunde, die dem Haus über Jahre hinweg erst die Note gegeben hat, gesteht ein: „Wenn ich allein gewesen wäre - ich wäre dagegen.“ Und doch hat die ungeliebte Hotel-Königin vom Düsseldorfer „Breidenbacher Hof“ nicht unrecht. Die neuen Besitzer, Regent International Hotels, kaufen en bloc - vom Hotel-Silber über das Gebäude, von den kostbaren Antiquitäten bis zu den Geschäften, vom Restaurant bis zur kleinsten Serviette, vor allem aber das Personal. Nur den Direktor Toni Andreaea, Lebensgefährtin von Renate Linsenmeyer, den bekommen sie nicht.

Mit dem Wechsel schließt ein Kapitel „Deutsche Hotel-Geschichte“. Das Fünf-Sterne-Haus blickt auf eine Tradition von 173 Jahren zurück. 1933 kam es in den Besitz der Linsenmeyers, als das Familienoberhaupt Georg Linsenmeyer den Komplex von Wilhelm Breidenbacher kaufte. Kein Geringerer als Adolph von Vagedes hatte es gebaut, renoviert wurde es von Professor Emil Fahnenkamp, im Krieges völlig zerstört und 1949 nach Fahnenkamps Plänen wieder aufgebaut. 1970 vererbte Georg Linsenmeyer das Hotel zu gleichen Anteilen seinen vier Kindern. Aber der Tochter Renate - zuvor leitete sie die renommierte Petersburg bei Bonn und das Schloßhotel Pontresina in St. Moritz - gelang es, diesem Haus ihren persönlichen Stil - eine dezente, schwerlich zu überbietende Eleganz - zu übertragen.

Es war sehr hell in der Halle, angenehm gelblich hell, dazu brannten hellrot beschirmte Lämpchen an den Wänden, das strahlten grüne Fontänen in das venezianische Becken. Ein Kellner flitzte vorbei, trug ein silbernes Tablett, darauf standen drei, vier Gläser, in jedem Glas war nur ein bißchen goldbrauner Cognac, in dem



Renate Linsenmeyer in der Prominenten-Salze Nr. 211

FOTO: PUNJA

Breidenbacher Hof verkauft

Cognac schwamm Eis... Nein, nicht der Breidenbacher Hof wird hier beschrieben, vielmehr das legendäre „Adlon“ in Berlin, das - wer kennt es nicht? - Vicky Baum als Vorlage für „Mensch im Hotel“ diente. Aber Helke Vicky Baum Renate Linsenmeyers Haus gekam, hätte sie auch dort ihre Studien machen können - nur die Farbe müßte sie wechseln in ein zartes Blau für die Halle.

Zurückhaltender Luxus, die Wände mit wertvollen Stoffen bespannt, italienische Möbel, kostbare Antiquitäten, seidene Vorhänge und stolze Preise in dem 230-Betten-Haus: Für ein Doppelzimmer bis zu 400 Mark pro Nacht, versteht sich.

Diskretion ist Ehrensache, vor allem bei der zahlreichen Prominenz, für die das Breidenbacher ein „must“ ist: Jane Mansfield, der Busenstar der 50er Jahre, und ihr weißes Hündchen „Powder Puff“ versetzten die knapp 200 Angestellten vom Küchenmädchen bis zum Chef in helle Aufregung. „Powder Puff“ verschluckte ei-

nen Eiswürfel und erkrankte sich. 1967 war das. Die Mansfield wie eine Legion von Berühmtheiten, ob Glanz des Geldes oder Patina des Adels, sie alle schloßen in demselben Bett: Winston Churchill, Ali Khan, Pandit Nehru, Prinzessin Margaret, Helena Rubinstein und - Konrad Adenauer. Kaiserin Haile Selassie von Äthiopien ebenso wie die Maharani von Baroda, Christian Dior und Jean Cocteau. Die Nummer der Suite: 211.

Fünf Jahre lang wurde im „Regine“ - 1980 im Keller des Breidenbacher emigriert - gefeiert und geflüstert. Amanda Lear gab auch hier das Geheimnis nicht preis, ob Mann oder Frau, Nadja Tilier stellte ihr Töchterchen Natacha vor, Gina Lollobrigida trank Scharpup mit Julio Iglesias. Im Dezember 1984 brannte das „Regine“ dann nieder. Ursache: Unbekannt.

Gerüchte über den Verkaufs schwirren schon lange durch die Luft, setzten sich hartnäckig fest in den Klatschspalten. Summen bis zu 100 Millionen Mark wurden genannt

doch auch Karsten Trompeter von den „Industrie-Immobilien-Müller“, die das Geschäft einführten, schweigend beharrlich. „Zufriedenstellend“ sei die Provision, sagt er und verzicht keine Miene zu der realistischen Schätzung von 65 Millionen Mark. Nur von Steuerexperten ist wohl auszusagen, wie und wohin die verschlungenen Wege verlaufen: Zum 1. Juli geht das Hotel in die Hände der in Hongkong als Gesellschaft britischen Rechts residierenden Gruppe „Regent International Hotels“ über. Deren drei Eigentümer - der Belgier Georg Rafael sowie Robert H. Burns und Adrian Zecha - erwerben das Haus als Mitbeteiligter einer holländischen Investorengruppe, die gerade erst zusammengestellt wird. Immerhin: Die „Regent“-Leute betreiben weltweit 14 Spitzenhotels mit insgesamt 6000 Zimmern und 8000 Mitarbeitern. Das „Fairmont“ in San Francisco, das zu den teuersten der Welt zählt und gestern Abend in der neuen ZDF-Serie „Hotel“ zu bewundern war, gehört dazu allerdings nicht.

Vielleicht hätte Renate Linsenmeyer mehr gekämpft - aber ihr 24-jähriger Sohn Bernhard zeigt überhaupt keine Neigung zum Hotelfach. Georg Rafael selbst will - wenn auch aus seiner Wohnung an der fashionable New Yorker Park Avenue fernher - sein besonderes Augenmerk auf die Neuerungsbereitschaft der Investoren will er. Aber der Stil bleibt erhalten.

Und Renate Linsenmeyer? Eine der bestgekleideten Frauen der Welt freut sich zwar auf Privatizierern, aber „schwer, sehr schwer“ fällt ihr das alles doch.

LEUTE HEUTE

Nutznieserin

Elisabeth Taylor hat den Schlußstrich unter die Affäre mit Denis Hooch gezogen. Das schließt der Londoner „Mirror“ aus der Tatsache, daß die Diva für 16 000 Mark teures Hochzeitskleid versehen hat. Nutznießerin dieser Geste ist die Tochter ihrer mexikanischen Köchin, der es völlig gleichgültig zu sein scheint, daß es sich bei dieser Kreation keineswegs um eine weiße Robe handelt. Schließlich heiratet die 24-jährige Carmelita zum ersten Mal.

Bissig

Ein „Buch der Enthüllungen“ will der Arztswindler „Dr. Dr. Bartholdy“ alias Gerd Uwe Postel (37) herausgeben, der sieben Monate als falscher Psychiater und Amtsarzt in Flensburg tätig war. Der Expostbote wurde im vergangenen Jahr zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Unter dem Arbeitstitel „Die Straiche des Dr. Dr. Bartholdy“ - ein falscher Amtsarzt packt aus“ soll das Buch im Herbst erscheinen, berichtet die Bremer Sonntagszeitung „Weser Report“. Ziel sei, die deutsche Psychiatrie in der Hoffnung bloßzustellen, daß niemand jemals den verhängnisvollen Irrtum begehen sollte zu glauben, diese sogenannten Wissenschaftler könnten ... etwa helfen.

Großzügig

Das Leben des 23-jährigen Teil Kennedy, Sohn des inzwischen über 80-jährigen Schwergewichtes Edward Kennedy, soll verfilmt werden. Der junge Kennedy, dem mit zwölf Jahren ein Bein wegen Knochenerkrankung abgenommen werden mußte, gilt längst als der markanteste unter der Nachwuchs-Riege des Bostoner Familiennamens. Ted, sportlich aktiv, hat sich inzwischen einen Namen als Sprecher der Körperbehinderten gemacht. Sein Filmhonorar von 100 000 Dollar hat er einer von ihm ins Leben gerufenen Stiftung vermacht.

Rätselraten um Kollision im Armelkanal

HELMUTH HETZEL, Rotterdam

Während einer dramatischen Rettungsaktion in der Nacht zum Sonntag gelang es der niederländischen Küstenwache, das leckgeschlagene britische Frachtschiff „Norland“ (12 000 BRT), das bei Windstärke acht mit starker Schlagseite und 700 Passagieren an Bord manövrierunfähig auf der Nordsee trieb, zu bergen und zurück in den Rotterdammer Hafen zu schleppen. Die Flotte, auf dem Weg in den ostenglischen Hafen Hull, mußte bei stürmischer See ein gewagtes Ausweichmanöver einleiten, um dem deutschen Frachter „Sebnitz“ zu entgehen, der mit voller Fahrt auf das Frachtschiff zusteuerte. Ein Augenzeuger: „Der Frachter kam immer näher. Erst rund zehn Meter vor der Nordsee kam er plötzlich ins Schlingens. Dann fiel das Licht aus. Über Lautsprecher wurden wir an Deck gerufen, wo man uns Schwimmwesten ausbänderte. Noch immer ist unklar, ob es tatsächlich zu einer Kollision kam. Wir wissen noch nicht, was der Sprecher der Rotterdammer Hafenpolizei, warum die Nordsee leckgeschlagen ist.“ Fast steht offenbar klar, daß der Kapitän des Hamburgers „Frachters“ ganz schön einen in der Krone hatte, wie es der Polizeisprecher selbigen kommentierte. Der 53-jährige deutsche Kapitän sitzt daher auch in holländischer U-Haft. Schon Ende nächster Woche soll die Verhandlung gegen ihn stattfinden.

Schelte zurückgewiesen

dpa, Stuttgart
Die Arbeitsgemeinschaft „Deutscher Verkehrsfluglinien (ADV) hat die Schelte des Pilotenverbandes als unangebracht zurückgewiesen. In einer in Stuttgart veröffentlichten Stellungnahme erklärte ADV-Geschäftsführer Hans Achtmann: „Die sogenannte Mängelliste 1985 des Pilotenverbandes ignoriert die deutschen Flugsicherheits- und internationalen nationalen verbindlichen Vorschriften.“ Die Flugsicherheits- und Rettungsmaßnahmen aller deutschen Flughäfen seien völlig in Ordnung. Das gelte auch für die von dem Pilotenverband beanstandete Gleitwindkelberhebung.

Camorra-Boss gefaßt

dpa, Neapel
Die italienische Polizei hat am Wochenende den seit Jahren gesuchten neapolitanischen Unterwelt-Boss Valantino Giotta gefaßt. Giotta gilt als Chef der Camorra-Bande „Nuova Famiglia“. Er war am 28. August 1984 einem blutigen Raubakt einer rivalisierenden „Unterwelt-Organisation“ entkommen. Damals erschossen Kiler, die es auf Giotta abgesehen hatten, in einem Lokal von Torre Annunziata acht Menschen.

Aufgetaucht

dpa, Florenz
Zwei italienische Höhlenforscher, Sergio Venturi und Giuseppe Piro, sind am Wochenende aus einer 170 Meter tiefen Grotte in der Provinz von Florenz, in der sie 34 Tage eingesperrt hatten, aus der Erdoberfläche zurückgekehrt. Ihr einziger Kontakt mit der Außenwelt war seit dem 5. Mal ein Klingelzeichen als Zeichen dafür, daß alles in Ordnung sei. Trotz erheblicher Gewichtsverluste befinden sich die Forscher in bester Verfassung.

Wenn Recht und Ordnung für Sie ein Thema ist:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG VON DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abendpost) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 34.

AN DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 34

Bestellbedingungen: Bitte liefern Sie mit zum nächstbestmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 24,50 (Abendpost). Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Beruf: _____
 Telefon: _____
 Datum: _____

Unterschrift: _____
 Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abendpost) gegen schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 34.

Unterschrift: _____

ZU GUTER LETZT

„Ein toller Mann, ein starker Mann, so zärtlich und dabei nicht arm.“ Ingrid Isenhardt über ihren Neuen in der „Bild am Sonntag“

Erdbeben löste Grubenunglück in Südafrika aus / Mindestens acht Opfer / Ein Arbeiter vermißt / Extreme Bedingungen in der tiefsten Mine der Welt

Höllensqualen im Bauch der Erde bei der Suche nach Gold

Acht schwarze Bergleute starben am Freitag bei einem Grubenunglück in der Westem-Deep-Levels-Goldmine der tiefsten Grube der Welt. Das Unglück wurde durch ein leichtes Erdbeben hervorgerufen. Die Arbeitsbedingungen in den extremen Tiefen von knapp 4000 Metern, über die sich vor kurzem unser Korrespondent unterrichten konnte, gelten als ungeheuer schwierig und gefährlich.

Von W. LÜTZENKIRCHEN

Grubenfahrt zum „Carbon Leader Reef“, einer dünnen Falte aus goldführendem Gestein, fast 4000 Meter unter der Erdoberfläche. Der Förderkorb rast mit zehn Metern je Sekunde durch einen Abgrund. Unten endet der Schacht in einem Schlammkessel mit dampfender, klebriger Luft. Wassermassen rauschen aus den schwarz glänzenden Felsgalerien. Es schüttet wie bei einem tropischen Wolkenbruch, ohne Unterbrechung. Aus allen Poren im Berg quillt das Grundwasser. Der warme unterirdische Regen trommelt auf die Helme und Plastikjacken der Männer der Bohrmannschaft. Schemenhaft gestalten im Dunst, die sich durch Schlamm und Geröll wühlen, oft bis zu den Knien im öligen Wasser versinken. Die beklemmende schwere Luft vibriert vom Jaulen und Dröhnen der Pumpen, die verhindern, daß der Schacht absäuft - und die Goldgräber wie Maulwürfe ertränkt.

Schill, ohrenbetäubend der Maschinenlärm. Präzisionshammer und Bohrgestänge fräsen sich in den Berg, drillen Sprenglöcher in die Stollen. Wütendes Getöse, das nur verstummt, wenn der Countdown für

neue Sprengungen läuft. Nach dem Großen der Detonation kriechen dicke Staubnebel durch die engen Stollen. Erst die Kommandos der Sprengmeister, die Entwarnung geben, beenden die unheimliche Stille. Im Dunst flackern Grubenlampen, Scheinwerfer flammten auf, tauchen das aufgesprengte Deckgebirge in grelles Licht. Keuchend schaufeln sich die Männer tiefer in den Berg...

Bergbau im tiefsten Schacht der Erde: Fast vier Kilometer unter der Erdoberfläche entwickelt das Gestein Temperaturen um 60 Grad. Die Kumpels in der südafrikanischen Goldmine Western Deep Levels arbeiten an den Grenzen physischer Belastbarkeit. Nur ein gewaltiges Energiesystem mit Pumpen und Kühlanlagen ermöglicht den Einsatz von Menschen in diesem stickigen Höllenloch. Eine Klimakammer im Bauch der Erde, eine von Computern gesteuerte Tauchstation am unterirdischen Goldriff. Mit Bewässerungsmaschinen, die die Temperatur im Stollen auf 27 Grad abkühlen, Grubenwasser ablassen und Frischluft zuführen. Mit einem Netz von Sensoren für Gebirgsspannungen und Temperaturerhöhungen, die einem zentralen Rechner die Risiken für Gebirgsschläge und Brände melden. 70 Megawatt Energie verschlingen die elektrischen Anlagen von Western Deep Levels, vor allem für die Kühlung der brutend heißen Stollen.

Eine Welt der Extreme, eine in die Erdkruste gesprengte Höhlenlandschaft, Goldfieber an den Grenzen von Phantasie und Technik: Das ist Western Deep Levels, das tiefste Bergwerk der Erde überhaupt. Es liegt bei Cartouville, rund 70 Kilometer südwestlich von Johannesburg.

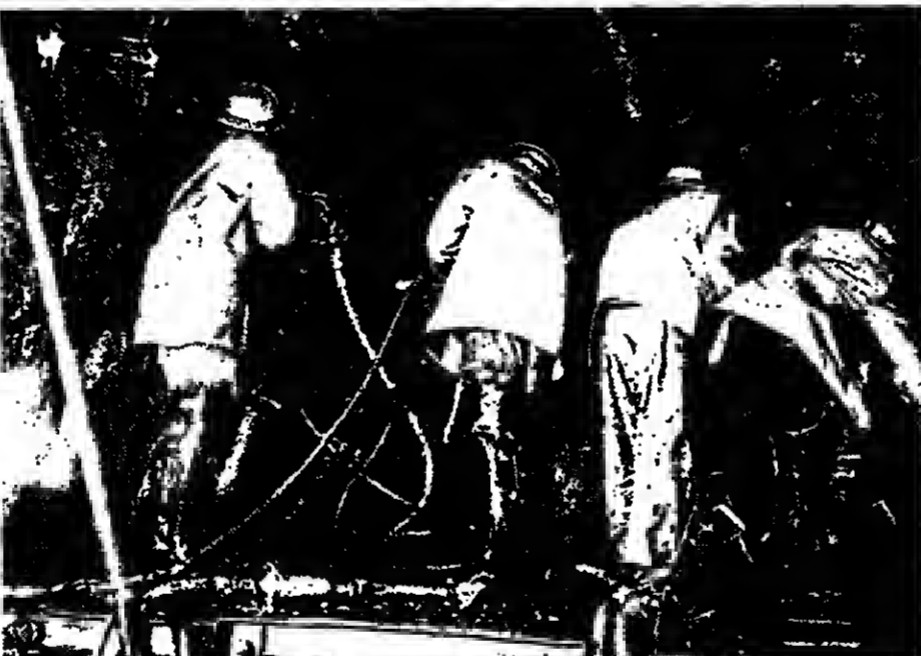
Nirgendwo sonst ist der Einsatz höher, um goldhaltiges Erz aus dem Berg zu brechen. Im Schacht Nummer drei von Western Deep Levels wird Gold aus einer Tiefe von 3900 Metern gefördert. Zum Vergleich: Im deutschen Steinkohlenbergbau geht's nicht tiefer als 1400 Meter. Nur in bestimmten Regionen mit geologisch alten Grundgebirgen, wo der Wärmefluß aus dem Erdinneren verhältnismäßig gering ist, kann der Bergbau überhaupt tiefer vordringen. Die geringe geothermische Energie in den präkambrischen Gesteinen Südafrikas, eine alte Festlandsscholle des Urkontinentes Gondwana, läßt berg-

männische Aufschlüsse bis in viertausend Meter Tiefe zu. Die geothermische Tiefenstufe, wie sie in den meisten Festlandteilen der Erde gilt, ist, rechnet man mit einem Temperaturanstieg von 30 Grad je tausend Meter Tiefe. Danach müßten in den Western Deep Levels 120 Grad Hitze herrschen, tatsächlich werden aber nur Temperaturen um 60 Grad gemessen. Für die Nutzung mineralischer Rohstoffe in großen Tiefen wird die Erdwärme zum wichtigsten Faktor, der enge Grenzen setzt.

Western Deep Levels markiert im Bergbau den Vorstoß in neue Tiefen, auch wenn die geologischen Rahmen-

bedingungen hier besonders ungünstig sind. Keine andere Mine auf der Erde führt ihren Betrieb unter solch extremen Bedingungen, was Tiefengebirgsdruck, Temperatur, Energieverbrauch, Wasserversatz, Kosten für Bohrung und Bewässerung - und Unfallrisiken betrifft. Der Gebirgsdruck im Fels entspricht dem Druck in den größten Tiefen der Ozeane, ohne Kühlsysteme sind die Temperaturen höher als im heißesten Teil der Sahara, das austretende Grundwasser fällt in die Schächte wie ein endloser Wellenbruch. Der neue, 500 Millionen Mark teure Schacht von Western Deep Levels verspricht eine Bonanza:

Das Carbon Leader Reef, der hauchdünne Goldhorizont, eine etwa 30 bis 50 Zentimeter starke Erzader, hat einen überraschend hohen und profitablen Goldgehalt: 15 bis 22 Gramm Gold je Tonne abgebautes Gestein. Die mittlere Goldkonzentration in den südafrikanischen Minen lag 1983 nur noch bei 6,55 Gramm je Tonne Erz. Im Jahre 1972 waren noch 12,7 Gramm Gold pro Tonne Erz gefördert worden. Die Erschöpfung der hochwertigen Lagerstätten zwingt die südafrikanischen Goldminen zum Anbohren neuer Vorkommen in tieferen Stockwerken der Erdkruste. Die Reserven sollen aber noch



Goldsucher vor Ort - in 3900 Meter Tiefe einer der ungünstigsten Plätze dieser Welt

FOTO: CAMERA PRESS

WETTER: Kühles Schauerwetter

Wetterlage: Frische und wolkenreiche Alltagsluft fließt von Westen her nach Mitteleuropa unter Mitführung von Regenfrenten und Schauerstaffeln.



3. Juni 1985, Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Montag:

Norden und Westen: Wechselnd, meist stärker wolkig, Schauerartige Regenfälle. Nachmittags 10 bis 15 Grad, nachts 8 bis 10 Grad. Lebhafter Westwind. Südwest- und Süddeutschland: Überwiegend starke Bewölkung und zeitweiliger Regen. Höchsttemperatur um 14 Grad. Tiefstwerte um 8 Grad. Frischer Südwestwind. Schneefallgrenze in den Alpen in 1600 m.

Weitere Aussichten: Unbeständig und kühl mit weiteren Regenfällen.

Temperaturen am 9. 6., 12 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	32°
Bonn	11°	Kopenhagen	12°
Dresden	11°	Las Palmas	22°
Essen	10°	London	12°
Frankfurt	12°	Madrid	18°
Hamburg	14°	Mallorca	23°
List/Sylt	12°	Mallorca	23°
München	11°	Moskau	17°
Stuttgart	13°	Nizza	22°
Algier	24°	Oslo	10°
Amsterdam	12°	Paris	12°
Alger	28°	Prag	17°
Bari	20°	Rom	20°
Berlin	11°	Stockholm	10°
Budapest	15°	Tel Aviv	31°
Bukarest	29°	Tunis	25°
Helsinki	11°	Wien	15°
Istanbul	28°	Zürich	14°

Sonnenanfang: am Dienstag 5:06 Uhr, Untergang: 21:38 Uhr; Mondanfang: 2:28 Uhr, Untergang: 14:10 Uhr in MEZ, zentraler Ort Kassel

Seit Köhnlechner im Gespräch - der Heilpraktiker

Im Berufsbild angesiedelt zwischen Lückenschließer und Lückenbüßer / Erster Verbandstag in Karlsruhe beendet

H. WATERMANN/DW, Karlsruhe

Annancen in der Tagespresse und in Magazinen werben mit hohem Sozialprestige und mit Traumeinkommen von mehr als 100 000 Mark jährlich. Gebührenvergleiche mit Kassenärzten in jüngster Zeit haben gezeigt, daß Heilpraktiker höhere Honorare als Kassenärzte liquidieren. Für eingehende Untersuchung und Beratung erhalten sie mehr als doppelt soviel wie Kassenärzte, für jede weitere Beratung sogar mehr als das Dreifache.

Richtig entdeckt haben die Illustranten den Heilpraktiker erst gemeinsam mit dem Ex-Bertelsmann-Manager Manfred Köhnlechner. Die deutschen Patienten - annähernd fünf Millionen lassen sich von Heilpraktikern regelmäßig behandeln und beraten - vertrauen dieser Berufsgruppe schon lange. Die Zulassungsbestimmungen für diesen Beruf sind kurios: Mindestalter 25 Jahre, deutsche Staatsangehörigkeit, mindestens abgeschlossene Volksschulbildung, sittliche Zuverlässigkeit, körperliche und geistige Gesundheit, Nachweis entsprechender Kenntnis-

se und Fähigkeiten bei einer Überprüfung durch das Gesundheitsamt, die ergibt, daß die Ausübung der Heilkunde durch den betreffenden keine Gefahr für die „Volksgeundheit“ bedeutet.

Dennoch können sich die Heilpraktiker mit mehr als 13 Millionen jährlichen Patientenkontakten als einen wichtigen „Lückenschließer des Gesundheitssystems“ und als „unverzichtbaren Teil des Gesundheitswesens“ betrachten. Dies betonte der Sprecher der „Kooperation Deutscher Heilpraktikerverbände“, Karl F. Liebau, denn auch im Wochenende in Karlsruhe auf dem 1. Deutschen Heilpraktikertag vor mehr als 4000 Teilnehmern.

Nach langen berufständischen Querelen über Ausbildungen, Prüfungen und Heilverfahrenfragen haben sich in der Kooperation die Verbände „Deutsche Heilpraktiker“ in Bonn, die „Union Deutscher Heilpraktiker“ in Stuttgart und der „Verband Deutscher Heilpraktiker“ in Hannover zusammengeschlossen. Sie vertreten rund 7000 der 8000 zugelassenen Heilpraktiker in der Bundesre-

publik Deutschland, die jährlich etwa zwei Milliarden Mark umsetzen und sich einer Ubersicht von 150 000 Medizinern gegenübersehen.

Laut Liebau versteht sich der Heilpraktiker als ergänzender und alternativer Behandler. Gleichwohl will er jedoch nicht zum Lückenbüßer eines konkurrierenden Berufsstandes werden, der ständig Angriffen gegen die Existenzberechtigung des Heilpraktikerstandes führe. Vielmehr seien Freiheit und Vielfalt der Therapie letztendlich die wesentlichen Grundlagen der Naturheilkunde.

Eine Eingliederung in das staatliche Gesundheitssystem, etwa durch die Zulassung zu den gesetzlichen Krankenkassen, streben die Heilpraktiker nach eigenen Angaben nicht an, da sie ihre Behandlungsweisen weder in den allgemeinen Vorschriften noch in der Gebührenordnung für Ärzte repräsentiert sehen.

Die Tagungsteilnehmer beklagten, daß es sich die Schulmedizin seit jeher mit den Heilpraktikern zu einfach gemacht hat. Offiziell darf man auch nicht miteinander reden; die Zusammenarbeit mit den Heilprakti-

kern ist den Ärzten sogar verboten, das Ständerecht will es so - kein Wunder, daß eine Streichung dieses Verbots während des Heilpraktikertages gefordert wurde. Gleichzeitig hat die Kooperation jede Schnell- und Kurzausbildung zum Heilpraktiker abgelehnt und sich für eine Beibehaltung des derzeit geltenden Heilpraktikergesetzes ausgesprochen.

Jüngsten Behauptungen über eine angebliche Heilpraktikerschwemme analog der Ärzteschwemme tritt die Kooperation entgegen. Im Gegensatz zu der Zahl der rund 8000 zugelassenen Heilpraktiker habe sich die Anzahl der tätigen, praktizierenden Heilpraktiker seit Jahren unter 5000 eingependelt.

Zur Zeit werden etwa 1200 Heilpraktiker ausgebildet. Das in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 750 neuere Heilpraktiker-Praxen stünden 600 Schließungen aus wirtschaftlichen oder sonstigen (privaten) Gründen gegenüber.

Handwritten signature: J. P. ...